

PRAXIS
KULTUR- UND
SOZIALGEOGRAPHIE 25

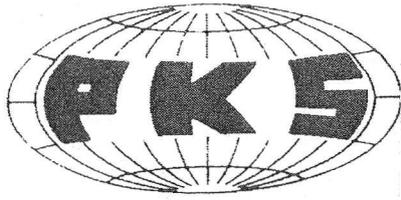
Robert Knippschild

Die EU-Strukturpolitik an Oder und Neiße

Chancen einer nachhaltigen Regionalentwicklung in der
Grenzregion mit dem EU-Beitrittskandidaten Polen



Herausgegeben von den Abteilungen Humangeographie und Geoinformatik
des Instituts für Geographie der Universität Potsdam



PRAXIS
KULTUR- UND
SOZIALGEOGRAPHIE 25

Robert Knippschild

Die EU-Strukturpolitik an Oder und Neiße

Chancen einer nachhaltigen Regionalentwicklung in der
Grenzregion mit dem EU-Beitrittskandidaten Polen



Herausgegeben von den Abteilungen Humangeographie und Geoinformatik
des Instituts für Geographie der Universität Potsdam

Die Deutsche Bibliothek - CIP Einheitsaufnahme

Knippschild, Robert:

Die EU-Strukturpolitik an Oder und Neiße : Chancen einer nachhaltigen
Regionalentwicklung in der Grenzregion mit dem EU-Beitrittskandidaten Polen
/ Robert Knippschild. Hrsg. von den Abteilungen Humangeographie und
Geoinformatik des Instituts für Geographie der Universität Potsdam.

[Federführender Hrsg.: Wilfried Heller]. - Potsdam : Univ.-Bibliothek,
Publ.-Stelle, 2001

(Praxis Kultur- und Sozialgeographie ; 25)

ISBN 3-935024-32-0

Herausgegeben von Wilfried Heller (Potsdam) und Hartmut Asche (Potsdam) in
Verbindung mit Günter Beck (Flensburg) und Hans-Joachim Bürkner (Erkner)

Federführender Herausgeber: Wilfried Heller

Schriftleitung: Waltraud Lindner

Erscheinungsjahr: 2001

Druck: Audiovisuelles Zentrum der Universität Potsdam

Vertrieb: Universitätsbibliothek
Publikationsstelle
Postfach 60 15 53
14415 Potsdam
Fon +49 (0) 331 977 4517 / Fax 4625
e-mail: publikationen@info.ub.uni-potsdam.de

ISBN 3-935024-32-0
ISSN 0934-716X

Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt. Es darf ohne vorherige
Genehmigung des Autors nicht vervielfältigt werden.

Abkürzungsverzeichnis	4
Abbildungsverzeichnis	5
Tabellenverzeichnis.....	6
Vorwort	7
Kurzfassung	8
1 Einführung	11
1.1 Die polnisch-deutsche Grenze – Eine Region mit Handlungsbedarf ...	11
1.2 Aufbau und Methodik dieser Arbeit.....	12
2 Theorieansätze zur Regionalentwicklung.....	15
2.1 Bedeutung ausgewählter Regionalentwicklungstheorien und -thesen für die Grenzregion	15
2.1.1 Die Konvergenz- und Divergenzthese	16
2.1.2 Der Potenzialfaktoransatz	17
2.1.3 Die U-These	17
2.1.4 Die Williamson-Hypothese	18
2.1.5 Keine glänzenden Zukunftsperspektiven.....	19
2.2 Nachhaltige Regionalentwicklung und die Bedeutung für die Grenzregion	20
2.2.1 Eine Perspektive für die Grenzregion?	21
2.2.2 Bausteine einer nachhaltigen Regionalentwicklung.....	22
2.2.3 Chancen für die Grenzregion	26
3 Die Grenzregion an Oder und Neiße – Eine Analyse	28
3.1 Definition einer grenzübergreifenden Region.....	28
3.2 Stärken und Schwächen der Grenzregion	30
3.2.1 Bilder und Zahlen – Ein erster Eindruck.....	31
3.2.2 Stärken-Schwächen-Analyse	37
3.3 Die Rahmenbedingungen für die Entwicklung der Grenzregion	40
3.3.1 Die Rolle der Regionalpolitik in Polen im Vergleich zu Deutschland	40
3.3.2 Die Akteure der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit	42
3.4 Wo besteht Handlungsbedarf?	45

4	Instrumente und Projekte der EU-Strukturpolitik an der polnisch-deutschen Grenze	49
4.1	Bewertungsmethoden für Programme und Projekte	49
4.1.1	Die Mapping-Methode bei der Ziel-2-Untersuchung in Nordrhein-Westfalen.....	50
4.1.2	Die IPSP-Methode (Interactive Project Selection Procedure) des TAURUS-Instituts	50
4.1.3	Die Multikriterien-Analyse	51
4.1.4	Ableitung einer eigener Bewertungsmethodik	52
4.2	Die Instrumente Interreg A und Phare CBC der EU-Strukturpolitik.....	54
4.2.1	Die Gemeinschaftsinitiative Interreg	55
4.2.2	Das Heranführungsinstrument Phare CBC	58
4.2.3	Interreg A und Phare CBC – wichtige Instrumente mit Schwächen	61
4.3	EU-geförderte Projekte in der Grenzregion.....	63
4.3.1	Die Projektauswahl.....	64
4.3.2	Deutsch-Polnisches Umweltschulungszentrum Criewen	65
4.3.3	Gemeinsamer Umweltbericht Frankfurt (Oder) – Słubice 1998	69
4.3.4	Räumliches Strukturkonzept Eurostadt Guben-Gubin	73
4.3.5	Internationales Begegnungszentrum St. Marienthal in Ostritz.....	77
4.4	Mit der EU-Strukturpolitik zu einer nachhaltigen Regionalentwicklung?	80
5	Zwei Entwicklungspfade für die Grenzregion bis zum Jahr 2016.....	82
5.1	Warum Entwicklungspfade?	82
5.2	Entwicklungspfad „Zukunftsfähigkeit durch regionale, transnationale Kooperation“	85
5.2.1	Entwicklungsstrang „Umwelttechnologie-Netzwerke“	87
5.2.2	Entwicklungsstrang „Regionale Entscheidungsstrukturen bei der EU-Förderung“	88
5.3	Entwicklungspfad „Transitregion im Wettkampf der Regionen“	91

6	Konsequenzen für die Struktur- und Regionalpolitik	93
6.1	Fünf Leitlinien für die Entwicklung der Grenzregion.....	93
6.2	Handlungsvorschläge an die Akteure zur Umsetzung der Leitlinien	96
6.3	Nachhaltige Regionalentwicklung in der Grenzregion?	98
	Literaturverzeichnis.....	101
	Konsultierte Webseiten	104
	Kartengrundlagen.....	105
	Schriftliche Auskünfte.....	105
	Anhang	106

Abkürzungsverzeichnis

BIP	Bruttoinlandsprodukt
CBC	Cross-border co-operation (Grenzüberschreitende Zusammenarbeit)
CO ₂	Kohlendioxid
EU	Europäische Union
gGmbH	Gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung
IBA	Internationale Bauausstellung
IBZ	Internationales Bildungszentrum
IPSP	Interactive Project Selection Procedure
JCC	Joint Cooperation Committee (Gemeinsamer Kooperationsausschuss)
JPD	Joint Planning Document (Gemeinsames Planungsdokument)
KMU	Kleine und mittlere Unternehmen
PARR	Polska Agencja Rozwoju Regionalnego S. A. (Polnische Agentur für die Regionale Entwicklung)
PLN	Polnische Zloty
PMU	Programme Management Unit (Programm-Management-Einheit)
USD	US Dollar

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1.1 Methodische Arbeitsschritte	3
Abbildung 2.1 Übertragung der Zwei-Regionen-Modelle auf unterschiedliche räumliche Ebenen	5
Abbildung 2.2 Perspektivenwechsel in der regionale Wirtschaft	14
Abbildung 3.1 Abgrenzung der Grenzregion	20
Abbildung 3.2 Die polnisch-deutsche Grenzregion	22
Abbildung 3.3 Die Neiße trennt die Innenstadt von Görlitz (links) und Zgorzelec (rechts)	22
Abbildung 3.4 Die Frankfurter Straße ist die Hauptgeschäftsstraße in Guben und liegt direkt am Grenzübergang	23
Abbildung 3.5 Die Friedensbrücke verbindet Frankfurt (Oder) mit dem polnischen Ślubice	24
Abbildung 3.6 Die Oder bei Kostrzyn	25
Abbildung 3.7 Der Neuwarper See liegt zwischen dem polnischen Nowe Warpno und dem deutschen Altwarp am Oderhaff	25
Abbildung 3.8 Verfallene Häuser in Frankfurt (Oder)	27
Abbildung 4.1 Der Interreg-geförderte Abfertigungsterminal am Grenzübergang in Altwarp	48
Abbildung 4.2 Verfahrensablauf einer Projektförderung im Rahmen von Interreg III	50
Abbildung 4.3 Phare CBC-geförderte Radwegebeschilderung	52
Abbildung 4.4 Verfahrensablauf einer Projektförderung im Rahmen von Phare CBC	53
Abbildung 4.5 Das Schloss Criewen im unteren Odertal	58
Abbildung 4.6 Die Lage des Umweltschulungszentrums an der polnisch-deutschen Grenze	59
Abbildung 4.7 Der Umbau zum Umweltschulungszentrum	61
Abbildung 4.8 Flussauenlandschaft im unteren Odertal	61
Abbildung 4.9 Der Gemeinsame Umweltbericht Frankfurt (Oder) - Ślubice 1998	62
Abbildung 4.10 Das Städtepaar Frankfurt (Oder) - Ślubice	63
Abbildung 4.11 Das Räumliche Strukturkonzept Eurostadt Guben-Gubin	66
Abbildung 4.12 Die geteilte Stadt Guben-Gubin	67
Abbildung 4.13 Das Kloster St. Marienthal bei Ostritz	70
Abbildung 4.14 Die sanierten Gebäude des Internationalen Begegnungszentrums	71
Abbildung 4.15 Das Wasserkraftwerk des Klosters	73
Abbildung 5.1 Ableitung der Entwicklungspfade aus der bisherigen Arbeit	77
Abbildung 5.2 Entwicklungspfad „Zukunftsfähigkeit durch regionale, transnationale Kooperation“	78
Abbildung 5.3 Das Jahr 2006: Transfer in die Region	80
Abbildung 5.4 Das Jahr 2011: Transfer in der Region	80
Abbildung 5.5 Das Jahr 2016: Transfer aus der Region	80
Abbildung 5.6 Entscheidungsstrukturen im Jahr 2006	81
Abbildung 5.7 Entscheidungsstrukturen im Jahr 2011	82
Abbildung 5.8 Entscheidungsstrukturen im Jahr 2016	83
Abbildung 5.9 Entwicklungspfad „Transitregion im Wettkampf der Regionen“	84
Abbildung 6.1 Ableitung der Leitlinien aus der bisherigen Arbeit	87

Tabellenverzeichnis

Tabelle 2.1 Ableitung von räumlichen Tendenzen aus den ökonomischen Theorieansätzen	9
Tabelle 3.1 Bevölkerung und Einwohnerdichte	26
Tabelle 3.2 Arbeitslosenquote nach deutschen und polnischen Teilregionen	26
Tabelle 3.3 Regionale BIP im Vergleich, 1992	27
Tabelle 3.4 Durchschnittlicher Bruttoverdienst und Altersrente 1996 beispielhaft in der Euroregion Neiße-Nisa-Nysa	28
Tabelle 3.5 Anteil der Beschäftigten in den drei Hauptwirtschaftsbereichen 1997 beispielhaft in der Euroregion Spree-Neiße-Bober	28
Tabelle 3.6 Stärken-Schwächen-Analyse für die Grenzregion	30
Tabelle 4.1 Katalog von Bewertungskriterien	45
Tabelle 4.2 Unterschiedliche Zielsetzungen innerhalb der Gemeinschaftsinitiative Interreg	48
Tabelle 4.3 Auswahl der zu bewertenden Projekte	57
Tabelle 4.4 Bewertung Umweltschulungszentrum Criewen	60
Tabelle 4.5 Bewertung Gemeinsamer Umweltbericht Frankfurt (Oder) - Słubice	64
Tabelle 4.6 Bewertung Räumliches Strukturkonzept Eurostadt Guben-Gubin	68
Tabelle 4.7 Bewertung Internationales Begegnungszentrum St. Marienthal	72

Vorwort

Die vorliegende Studie entstand im Rahmen einer Diplomarbeit an der Fakultät Raumplanung der Universität Dortmund. Das rege Interesse an der Fragestellung sowie die positive Resonanz auf die Arbeit waren Grundlage für eine Veröffentlichung, die die erarbeiteten Ergebnisse interessierten Akteuren in Fachkreisen sowie vor Ort zugänglich machen soll.

Die derzeit geführten Diskussionen um Auswirkungen der EU-Osterweiterung auf die Regionen entlang der EU-Außengrenze verleihen der angeschnittenen Thematik weiterhin Aktualität. Des Weiteren bietet die im Moment verzögert anlaufende Förderperiode der EU-Strukturpolitik 2000-2006 Anlass - die bevorstehenden „Calls“ zu Projektvorschlägen im Rahmen der Programme Interreg III und Phare CBC II stehen bevor - den Blick zurück zu richten und die Wirkung der Projekte zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in der abgelaufenen Förderperiode zu diskutieren. Hierzu möchte die vorliegende Arbeit einen Beitrag leisten.

Kurzfassung

Inwieweit sind die Instrumente der EU-Strukturpolitik in der Lage, eine nachhaltige Regionalentwicklung in der Grenzregion mit dem EU-Beitrittskandidaten Polen zu unterstützen? Mit Hilfe einer Untersuchung der beiden Instrumente Interreg A und Phare CBC zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit soll dieser Frage nachgegangen werden.

Während die klassischen regionalökonomischen Ansätze der Grenzregion eine negative Entwicklung prognostizieren, stellt der Ansatz der nachhaltigen Regionalentwicklung mit seinen vier Bausteinen

- der Konzentration auf regionale Potenziale,
- der Förderung regionaler Netzwerke und Ökonomien,
- der Schließung regionaler Stoffkreisläufe und
- der Förderung kooperativer Planungskultur

eine mögliche Perspektive dar. Eine Besinnung auf die regionalen Gegebenheiten ermöglicht der Region, ihre charakteristischen Merkmale als Chance und nicht als Entwicklungshemmnis zu sehen.

Stärken und Schwächen der Grenzregion

Die polnisch-deutsche Grenzregion ist geprägt von der **ländlichen Struktur, von hoher Arbeitslosigkeit und von Abwanderung**. Es fehlt an grenzüberschreitender Infrastruktur. Daher können die Potenziale der Grenzregion, wie die Internationalität und die Marktnähe zu zwei Volkswirtschaften kaum genutzt werden. Zu den Stärken der Region gehören die zahlreichen **Akteure auf regionaler Ebene**, die eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit und Entwicklung positiv beeinflussen können. Mit den Euroregionen existieren in der Grenzregion grenzübergreifend kompetente Akteure zur Koordinierung und Initiierung von Prozessen.

Wie können regionale Potenziale aufgespürt und entwickelt werden? Folgende Handlungsbedarfe leiten sich für eine nachhaltige Regionalentwicklung in der Grenzregion ab.

- Der Strukturschwäche in der polnisch-deutschen Grenzregion muss durch grenzübergreifende Kooperationen entgegengewirkt werden. Die Koordination zwischen den verschiedenen Akteuren kann durch die Förderung von Kooperations- und Kommunikationsprozessen erleichtert werden.
- Die Potenziale des Natur- und Kulturräumens und der natürlichen Ressourcen in der Grenzregion müssen geschützt und gestärkt werden sowie regionale Stoffkreisläufe geschlossen werden.
- Regionale Identitäten müssen grenzübergreifend gefördert werden. Hemmnisse aufgrund der unterschiedlichen Kulturen und Sprachen sind abzubauen.
- Die regionale Verwaltungsebene in Polen muss weiter gestärkt und mit Kompetenzen und Mitteln ausgestattet werden.

Die Rolle der EU-Strukturpolitik für eine nachhaltige Regionalentwicklung

Ohne die Instrumente Interreg A und Phare CBC wäre eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit im derzeitigen Umfang nicht denkbar. Die Best-practice-Beispiele der Interreg A- und Phare CBC-geförderten Projekte zeigen, wie wichtig die Projektförderung zur Unterstützung einer nachhaltigen Regionalentwicklung ist und welche Spielräume dabei möglich sind.

Inwieweit allerdings eine nachhaltige Regionalentwicklung unterstützt wird, hängt vom Bewusstsein und der Verantwortung der Akteure vor Ort ab. Aufgrund der unterschiedlichen Vorgehensweisen bei der Vorauswahl der Projektvorschläge und Bewertung der Projekte in den Euroregionen ist eine Prioritätensetzung bei der Projektförderung schwierig. Eine Konzentration der Fördermittel auf die Unterstützung einer nachhaltigen Regionalentwicklung, wie es in den Zielsetzungen der Programme gefordert wird, findet nur bei einem starken Engagement der Euroregionen statt.

Zwei Entwicklungspfade bis zum Jahr 2016

Eine nachhaltige Regionalentwicklung, bei der es gelingt, der Strukturschwäche zu begegnen, indem endogenen Potenziale aufgespürt und entwickelt werden, beschreibt der Entwicklungspfad **Zukunftsfähigkeit durch regionale, transnationale Kooperation**. Durch das Entstehen von Umwelttechnologie-Netzwerken mit grenzübergreifend agierenden Forschungsbetrieben und Unternehmen und das Aufkommen regionaler Entscheidungsstrukturen bei der EU-Förderung kann der Negativtrend durchbrochen werden. Der Entwicklungspfad **Transitregion im Wettkampf der Regionen** schreibt hingegen den derzeitigen Trend fort, also ein Verharren der Region in den vorhandenen Strukturen. Endogene Potenziale werden nicht aufgespürt. Die Region versucht durch weitere Maßnahmen im Infrastrukturausbau und der Flächenausweisung den Anschluss an andere Regionen zu erlangen und entfernt sich langfristig von einer nachhaltigen Regionalentwicklung.

Leitlinien für eine nachhaltige Regionalentwicklung in der polnisch-deutschen Grenzregion

Um diesen Entwicklungspfad abzuwenden, ist ein Handeln auf überregionaler und regionaler Ebene erforderlich. Auf europäischer Ebene müssen die Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Regionalentwicklung bereitgestellt werden, während innovative Prozesse nur aus der Region heraus angestoßen werden können.

Es müssen **einheitliche Auswahl- und Bewertungsmethoden für die Projektförderung** gefunden und implementiert werden, sodass eine Schwerpunktsetzung in Richtung nachhaltiger Regionalentwicklung möglich wird. Daher ist eine einheitliche Vorgehensweise bei der Auswahl der Projektvorschläge und eine abschließende Bewertung zur Kontrolle notwendig.

Das **Leitbild der nachhaltigen Regionalentwicklung** muss in der Grenzregion aufgegriffen, diskutiert und entwickelt werden, da dieser Ansatz trotz der schwierigen Ausgangslage Perspektiven aufzeigt. Die Region darf nicht am Wettkampf um Erreichbarkeit und Attraktivität im herkömmlichen Sinne mit anderen Regionen teilnehmen. Die polnisch-deutsche Grenzregion muss sich auf ihre endogenen Potenziale, wie zum Beispiel die Qualitäten des Umwelt- und Kulturrums, das regionale Know-how oder die erneuerbaren Energien konzentrieren. Diese Bereiche müssen konsequent gefördert werden.

Zur **Förderung der Kommunikation und Koordination zwischen den verschiedenen Akteuren** in der Grenzregion müssen Formen der Zusammenarbeit, wie zum Beispiel Regionalforen oder Regionalkonferenzen angedacht werden. Langfristig ist über ein Regionalparlament für die Grenzregion zu diskutieren. Ein wichtiger Baustein der nachhaltigen Regionalentwicklung ist die Kommunikation und Kooperation zwischen den verschiedenen Akteuren. Aufgrund der Schwierigkeiten bei der Kommunikation zwischen den beiden Nationen besteht gerade in der Grenzregion in diesem Bereich großer Nachholbedarf. Bei der EU-Förderung muss hier eine klare Priorität gesetzt werden.

Bei der **Umsetzung** dieser Leitlinien kommt den Euroregionen eine maßgebliche Rolle zu. Sie stimmen sich untereinander bei der Auswahl und Bewertung der geförderten Projekte ab und koordinieren die verschiedenen Akteure in der Grenzregion. Durch eine solche institutionalisierte Form der regionalen Kommunikation ist es möglich auch bisher nicht einbezogene Akteure in die Entscheidungsprozesse einzubinden.

1 Einführung

Grenzregionen üben mit ihren Gegensätzen und Spannungen, mit den aufeinandertreffenden Kulturen, Sprachen und Landschaften zweier Nationen einen besonderen Reiz aus. Die Grenze mit dem Nachbarland Polen nimmt hierbei eine Sonderrolle ein. Aufgrund ihrer bewegten Geschichte sind viele Emotionen, bewusst oder unterbewusst, mit der Region an Oder und Neiße verbunden. Die polnisch-deutsche Grenze war schon unzählige Male Gegenstand unterschiedlichster Untersuchungen. In der vorliegenden Arbeit erscheint diese Grenze in einem anderen Licht. Unter dem derzeit intensiv diskutierten Leitbild der nachhaltigen Regionalentwicklung sollen Visionen für die zukünftige räumliche Entwicklung in der polnisch-deutschen Grenzregion aufgezeigt werden. Mittlerweile treten die bitteren Erinnerungen an die jüngere Geschichte in dieser Region in den Hintergrund, und es scheinen sich neue Perspektiven zu ergeben für die Zukunft in einem vereinten Europa, dessen Schwerpunkt unweigerlich weiter östlich liegen wird. Die von der Europäischen Union bereitgestellten Mittel zur Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit sind Anlass gewesen, die Perspektiven einer nachhaltigen Regionalentwicklung in dieser Region abzuschätzen.

1.1 Die polnisch-deutsche Grenze – Eine Region mit Handlungsbedarf

Seit die Europäische Union im November 1998 Beitrittsverhandlungen mit der Republik Polen aufgenommen hat, und der Beitritt näher rückt, ändern sich die Bedingungen der räumlichen Entwicklung der Grenzregion¹ zwischen Polen und Deutschland erheblich. Seit 1994 fließen EU-Fördermittel auch in die künftigen Beitrittsländer, welche die Entwicklung in der Grenzregion erheblich beeinflussen, so dass sich die Frage stellt, wie sich die Regionen auf beiden Seiten der Grenze in Zukunft entwickeln sollen.

Zur Vorbereitung des EU-Beitritt Polens erscheint schon jetzt eine Intensivierung der Zusammenarbeit auf regionaler Ebene sinnvoll. Neben vielen erfolgreichen Programmen und Projekten ist die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit der Republik Polen jedoch nach wie vor mit vielen Problemen behaftet. Sprachbarrieren, unterschiedliche Rechtssysteme und Verwaltungsstrukturen, Vorbehalte gegenüber den unterschiedlichen Mentalitäten und Kulturen des Nachbarn sowie Belastungen aufgrund der schwierigen Geschichte während und nach dem Zweiten Weltkrieg auf beiden Seiten der Grenze erschweren eine grenzüberschreitende Kooperation (Tilkorn 1998, S. 17, Groß 1994, S. 31 ff.).

Das Beitrittsland Polen zeichnet sich durch große regionale Disparitäten aus (Gorzela 1998, S. 63 ff.). Die Grenzregion gehört auf polnischer und auch deutscher Seite zu den schwächsten Regionen. Mit einer weiteren raumökonomischen Angleichung Polens an den EU-Standard ist ein weiteres Abrutschen der Grenzregion gegenüber den zentraler gelegenen und ökonomisch stärkeren Regionen auf beiden Seiten der Grenze zu befürchten. Schon heute leiden diese Regionen unter strukturellen Problemen. Dünne Besiedelung, hohe Arbeitslosigkeit, Abwanderung und Defizite in der grenzübergreifenden Infrastrukturausstattung sind Kennzeichen dieser Strukturschwäche. Hinzu kommt, dass die Grenzregionen oft als „Abschieberäume“ dienen mussten. Insbesondere der südliche Bereich der polnisch-deutschen Grenze war und ist durch Raubbau an Ressourcen und durch Industrieansiedlungen von negativen ökologischen Auswirkungen geprägt.

¹ Die Untersuchungsregion, die in dieser Arbeit als Grenzregion bezeichnet wird, umfasst die polnischen und deutschen Teile der Euroregionen. Eine genauere Definition erfolgt in Kapitel 3.1.

Mit den Programmen der EU-Strukturförderung stehen auf beiden Seiten der Grenze bereits heute bedeutende Förderinstrumente zur Entwicklung der Region zur Verfügung. Das Leitbild der nachhaltigen Regionalentwicklung wird mittlerweile auch bei der Verwendung der EU-Fördermittel gefordert (Europäische Kommission 2000, Webseite 3, S. 17 und Europäische Kommission 1997, S. A 4-5). Es gibt jedoch bisher kaum Ansätze, die Verwendung dieser Mittel im Sinne einer nachhaltigen Regionalentwicklung zu überprüfen (European Commission 1998, S. 90).

Die zentrale Fragestellung dieser Arbeit ist daher, inwieweit die Instrumente der EU-Strukturpolitik in der Lage sind, eine nachhaltige Regionalentwicklung in der Grenzregion an Oder und Neiße zu unterstützen. Diese Fragestellung ist Ausgangslage für das Vorgehen dieser Arbeit.

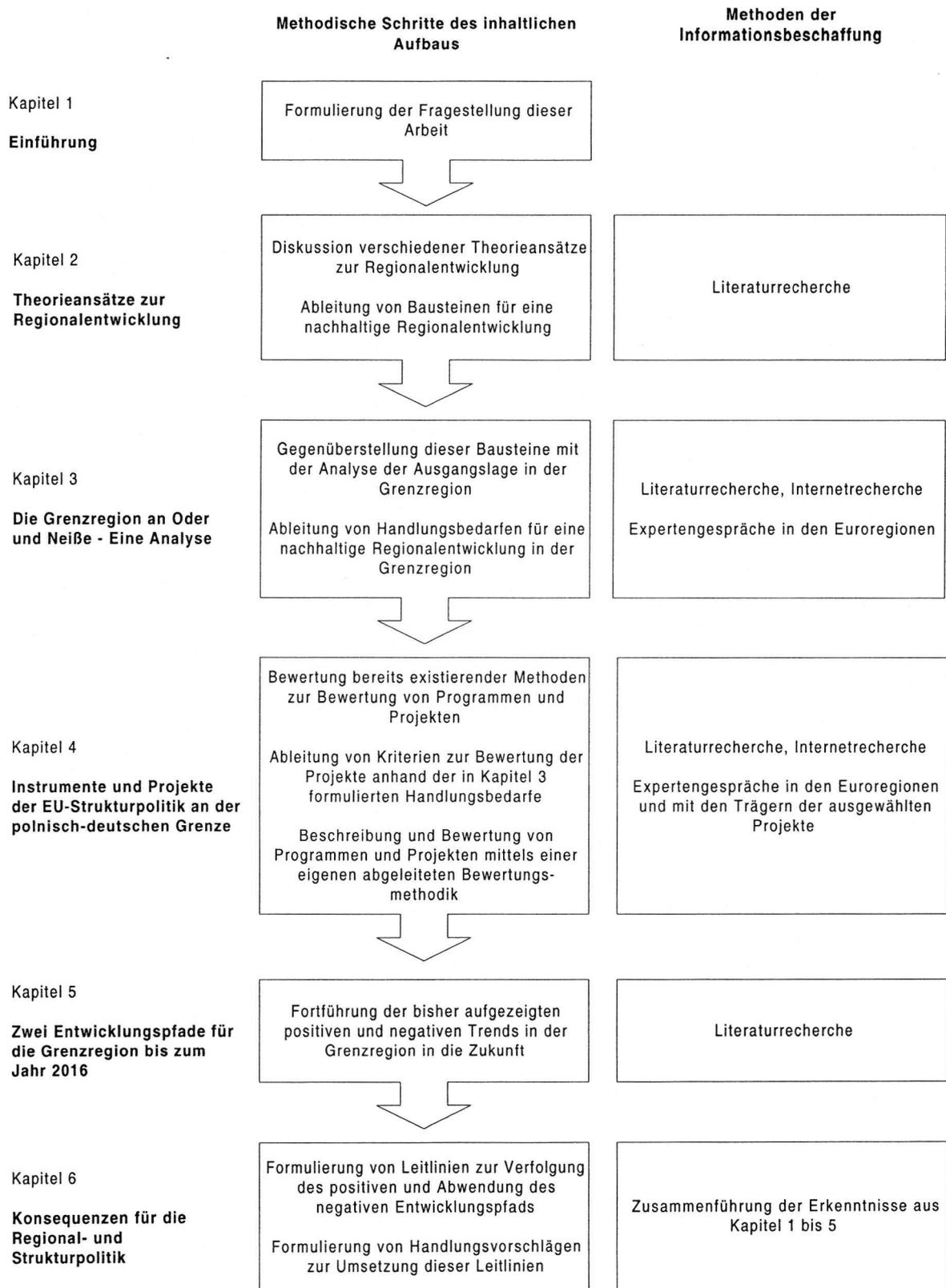
Die Arbeit richtet sich an alle Akteure, die die Entwicklung der Untersuchungsregion mit beeinflussen, steuern oder kritisch beobachten. Neben Akteuren auf EU-Ebene ist die Fragestellung auch für diejenigen von Interesse, die die Rahmenbedingungen, wie zum Beispiel die Rolle der Regionalplanung in Polen, beeinflussen. Weiterhin richtet sich die Arbeit an Akteure in der Untersuchungsregion, in Behörden der Regionalplanung, in Wirtschafts- und Interessenverbänden und in den Euroregionen. Die Arbeit möchte all diejenigen Argumente und Standpunkte liefern, die in grenzüberschreitende Projekte involviert oder von ihnen betroffen sind und denen eine nachhaltige Regionalentwicklung an der polnisch-deutschen Grenze am Herzen liegt.

1.2 Aufbau und Methodik dieser Arbeit

Nach einer kurzen Einführung in die Fragestellung, den Handlungsbedarf und den Aufbau dieser Arbeit erfolgt in **Kapitel 2** eine theoretische Betrachtung der Entwicklung der Grenzregion. Neben klassischen Theorieansätzen zur Regionalentwicklung wird der Ansatz der nachhaltigen Regionalentwicklung herangezogen, um dessen Aussagen für die zukünftige Entwicklung der Grenzregion zu bewerten. Es gilt, die Eignung dieses Ansatzes zur Lösungsfindung sowie die Potenziale in der Region zur Förderung einer nachhaltigen Regionalentwicklung darzulegen. In einem weiteren Schritt werden Ziele und Ansprüche, die im Zusammenhang mit diesem Ansatz formuliert werden, als Bausteine einer nachhaltigen Regionalentwicklung für die Grenzregion zusammengefasst. Anhand dieser Bausteine erfolgt in Kapitel 4 die Bewertung der EU-Strukturpolitik und ihrer Förderprogramme und Projekte. Mit Hilfe der verschiedenen Theorieansätze zur Regionalentwicklung können zu einem späteren Zeitpunkt verschiedene Entwicklungspfade (Kapitel 5) für die Grenzregion erarbeitet werden.

Nach einer kurzen Einführung in die Untersuchungsregion wird dem Leser in **Kapitel 3** ein Eindruck der Chancen und Gefahren dieser Region vermittelt. In einer Stärken-

Abbildung 1.1 Methodische Arbeitsschritte



Eig

ene Darstellung

Schwächen-Analyse werden die grundlegenden Kenndaten im Hinblick auf die Fragestellung bewertet, um anschließend die derzeitige Lage der Regionalpolitik in Polen im Vergleich zur Situation in Deutschland einzuschätzen. Aufgrund der Reform der Gebietsabgrenzung im

Jahre 1999 und dem damit verbundenen Aufbau einer regionalen Ebene der räumlichen Planung ist es notwendig, eine Zwischenbilanz zu ziehen und die derzeitige Stellung der Regionalplanung in Polen mit der in Deutschland zu vergleichen. Neben der Regionalplanung ist es wichtig, auch die Akteurskonstellationen auf anderen Ebenen der räumlichen Planung, wie Raumordnungskommission, Länderinitiativen, Euroregionen sowie nicht-staatliche Akteure näher zu beleuchten. Nur so kann später der Beitrag der EU-Strukturpolitik zur nachhaltigen grenzüberschreitenden Zusammenarbeit bewertet werden.

Kapitel 4 beschäftigt sich mit der EU-Strukturpolitik in der polnisch-deutschen Grenzregion sowie deren Bewertung und bildet damit den Kernpunkt dieser Arbeit. Zur Einordnung der Bewertung in die derzeitige Debatte um Bewertungsmethoden ist es zunächst erforderlich, verschiedene Methoden zur Bewertung der Programme und Projekte darzustellen und auf ihre Eignung zur Anwendung in dieser Arbeit zu überprüfen (Kapitel 4.1). In einem weiteren Schritt werden die relevanten Instrumente der EU-Strukturpolitik beschrieben. Zur Eingrenzung des Umfangs dieser Arbeit beschränkt sich diese Bewertung auf die beiden Instrumente Interreg A und Phare CBC². Anschließend erfolgt eine Bewertung dieser Instrumente im Hinblick auf die Anforderungen in der Grenzregion mittels der zuvor bewerteten Methoden (Kapitel 4.2). In einem dritten Schritt werden zunächst vier Projekte, die eine EU-Förderung genossen haben oder genießen, für die Bewertung ausgewählt. Daran anschließend ist eine kurze Vorstellung der Projekte notwendig, um sie mittels der aus den diskutierten Methoden abgeleiteten Kriterien bewerten zu können (Kapitel 4.3). Eine abschließende Zusammenfassung der verschiedenen Bewertungsschritte greift die Frage auf, inwieweit die EU-Strukturpolitik eine nachhaltige Regionalentwicklung in der Grenzregion unterstützen kann (Kapitel 4.4).

Kapitel 5 zeigt Chancen und Gefahren der zukünftigen Entwicklung der Grenzregion auf. Mit Hilfe von zwei Entwicklungspfaden bis zum Jahr 2016 werden ein positives und ein negatives Zukunftsbild einer nachhaltigen Regionalentwicklung in der Grenzregion entworfen. Die Darstellung als symbolhafte Raumbilder soll mit einer textlichen Erläuterung für eine möglichst anschauliche Beschreibung der zukünftigen Situation in der Grenzregion sorgen. Die Aussage des positiven Entwicklungspfads wird durch sogenannte Entwicklungsstränge in einzelnen Teilbereichen weiter verdeutlicht.

Die Schlussfolgerungen aus den drei Entwicklungspfaden münden in die Konsequenzen für die Regional- und Strukturpolitik (**Kapitel 6**). Hier werden Leitlinien formuliert, die bei der Bereitstellung der erforderlichen Rahmenbedingungen einer nachhaltigen Regionalentwicklung behilflich sind (Kapitel 6.1). Daran schließen sich Handlungsvorschläge an die Akteure, als eine mögliche Hilfestellung bei der Umsetzung der Leitlinien in der Region, an (Kapitel 6.2). Als Abschluss dieser Arbeit wird die zu Beginn gestellte Fragestellung aufgegriffen und ein Resümee der Arbeit gezogen (Kapitel 6.3).

² Phare steht für Poland and Hungary Assistance for Restructuring of the Economy. Die Ausrichtung CBC (Cross-border co-operation) dient der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Beide Instrumente werden in Kapitel 4.2 näher vorgestellt.

2 Theorieansätze zur Regionalentwicklung

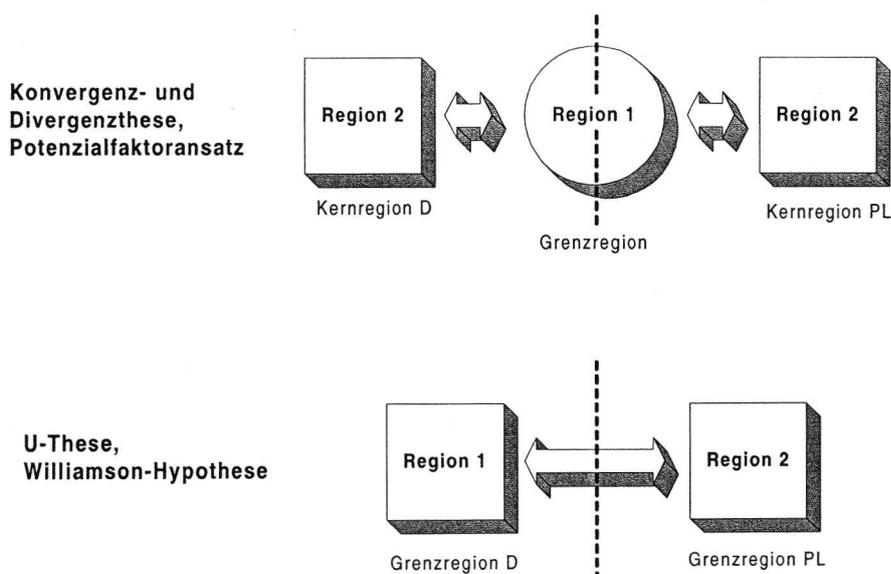
Die Fragestellung dieser Arbeit nach den Chancen einer nachhaltigen Regionalentwicklung in der polnisch-deutschen Grenzregion erfordert einen zweigeteilten Theorieansatz unter Zuhilfenahme wirtschaftsgeographischer Theorien und Thesen sowie dem Ansatz der nachhaltigen Regionalentwicklung. In einem ersten Schritt werden Ansätze zur ökonomischen Entwicklung zweier Regionen mit unterschiedlichem Entwicklungsniveau herangezogen, um in einem zweiten Schritt den Ansatz der nachhaltigen Regionalentwicklung und seine Bedeutung für die Grenzregion darzulegen. Ansprüche und Ziele der nachhaltigen Regionalentwicklung werden für die Grenzregionen interpretiert, so dass diese später zur Ableitung von Bewertungskriterien für Programme und Projekte in Kapitel 4 dienen können.

Um die theoretischen Aussagen der darzustellenden Ansätze auf die Grenzregion übertragen zu können, müssen Annahmen für die Ausgangslage in der Grenzregion getroffen werden. Im Kapitel 3 werden diese Annahmen anhand konkreter Daten überprüft.

2.1 Bedeutung ausgewählter Regionalentwicklungstheorien und -thesen für die Grenzregion

Alle hier vorgestellten Theorieansätze gehen von zwei Regionen mit unterschiedlichen Entwicklungsniveaus aus. Auf die Fragestellung übertragen sind dies zum einen, auf einer übergeordneten Ebene, die gesamte Grenzregion im Vergleich zu zentraler gelegenen Regionen und zum anderen, auf kleinräumiger Ebene, die Teilregionen auf beiden Seite der Grenze zueinander.

Abbildung 2.1 Übertragung der Zwei-Regionen-Modelle auf unterschiedliche räumliche Ebenen



Eigene Darstellung

Diesen zweigeteilten Ansatz rechtfertigt Krätke, indem er darlegt, dass die regionalen Disparitäten zwischen polnischen und deutschen Teilbereichen der Grenzregion kleiner sind als

zwischen den Grenzregionen und nahe gelegenen Kernregionen³, wie etwa der Wojewodschaft⁴ Poznań (Posen)⁵ oder dem Land Berlin (Krätke 1995, S. 252 ff.; vgl. Tabelle 3.3). Folgende Annahmen werden somit für die Ausgangslage in der Grenzregion getroffen:

- Es bestehen starke regionale Unterschiede in Einkommen und regionalem Bruttoinlandsprodukt (BIP) zwischen polnischer und deutscher Teilregion.
- Es bestehen Ähnlichkeiten in wirtschaftsgeographischer Lage, Agglomerationsgrad und Infrastrukturausstattung zwischen polnischer und deutscher Teilregion.
- Es bestehen starke regionale Unterschiede in wirtschaftsgeographischer Lage, Agglomerationsgrad und Infrastrukturausstattung zwischen der Grenzregion und zentraler gelegenen Kernregionen auf polnischer und deutscher Seite.

Alle hier ausgewählten Theorieansätze beziehen sich daher auf Zwei-Regionen-Modelle und können, auf unterschiedliche räumliche Ebenen übertragen werden. Die ersten beiden Theorieansätze, Konvergenz- und Divergenzthese und Potenzialfaktoransatz, beziehen sich auf eine übergeordnete Ebene. Die dargelegten Zwei-Regionen-Modelle werden auf die Beziehung Grenzregion - Kernregion übertragen. Die Modelle der U-These und Williamson-Hypothese beziehen sich auf die kleinräumige Ebene, das heißt auf die Beziehung zwischen den polnischen und deutschen Teilbereichen innerhalb der Grenzregion.

Die hier vorgestellten regionalökonomisch orientierten Ansätze können und sollen nicht zur Erklärung der derzeitig vorgefundenen Situation in der Untersuchungsregion dienen. Dazu müsste neben den klassischen Regionalentwicklungstheorien auch die geschichtlich und politisch bedingte Sonderstellung der polnisch-deutschen Grenzregion betrachtet werden. Dieser Schritt soll aufgrund der gewählten Schwerpunktsetzung im Rahmen dieser Arbeit nicht erfolgen. Die prognostische Sichtweise für die Erstellung der in Kapitel 5 folgenden Entwicklungspfade ist hier vorrangig.

2.1.1 Die Konvergenz- und Divergenzthese

Mit der Integration Polens in die Europäische Union und der damit verbundenen Öffnung der Grenzen⁶ werden die jetzt noch peripher gelegenen Grenzregionen den Kernregionen auf beiden Seiten der Grenze zugänglich gemacht. Daraus ergibt sich generell die Fragestellung, ob sich periphere Regionen im Rahmen der Integration beispielsweise an das Einkommensniveau der zentralen Regionen anpassen oder sich davon entfernen. Diese Frage wird in der Konvergenz- und der Divergenzthese aufgegriffen und beispielhaft anhand des Indikators *Einkommensniveau* fortgeführt.

Nach der **Konvergenzthese** bewirkt der freie Warenverkehr in der Grenzregion aufgrund der Integration Polens in die EU einen Ausgleich der Faktorpreise. Jede Region spezialisiert sich auf die Herstellung derjenigen Produkte, deren Produktionsfaktoren ausreichend und daher preisgünstig zur Verfügung stehen (Eser, Hallet 1993, S. 198 f.). Die Folge ist eine Angleichung der Faktorpreise und damit der Einkommen in den Regionen. Diese Aussage beruht

³ Der Begriff der Kernregion ist bisher nicht eindeutig definiert und wird hier für die Regionen verwendet, die aus Sicht der Grenzregion zentraler, also stärker im Kern der jeweiligen staatlichen Territorien liegen.

⁴ Wojewodschaften sind regionale Verwaltungseinheiten zwischen der nationalen und der lokalen Ebene. 1999 fand eine Reform dieser Einheiten statt. Während es vorher 49 Wojewodschaften gab, sind es heute 16 (siehe auch Kapitel 3.3.1).

⁵ Polnische Ortsnamen werden in dieser Arbeit zur besseren Orientierung immer auch mit der deutschen Bezeichnung in Klammern versehen.

⁶ Unter Öffnung der Grenzen wird im weiteren Gebrauch neben einer schnelleren Grenzabfertigung auch die Erleichterung grenzüberschreitender Arbeitserlaubnisse, Investitionen etc. verstanden.

auf dem Faktorpreisausgleichstheorem, welches wiederum ein Zwei-Regionen-Modell mit unterschiedlicher Ausstattung an Produktionsfaktoren als Grundlage hat. Dies spiegelt sich in den Faktorpreisen wider. Beide Regionen spezialisieren sich bei einem möglichen Außenhandel auf Produkte, deren Produktion auf den reichlich vorhandenen und somit billigen Produktionsfaktoren basiert (Schätzl 1998, S. 119 ff.).

Für die Grenzregion würde aus dieser These die langfristige Angleichung an die polnischen und deutschen Kernregionen resultieren. Annahmen dieser These sind international immobile Produktionsfaktoren, die Existenz von Transportkosten und konstante Skalenerträge (Eser, Hallet 1993, S. 198 f.).

Die **Divergenzthese** kommt unter anderen, realitätsnäheren Annahmen zu einem völlig anderen Ergebnis. Aufgrund vorhandener Transportkosten und steigender Skalenerträge kommt es zu Agglomerationsvorteilen in zentraler gelegenen Regionen. Übertragen auf die Grenzregion sind dies beispielsweise die Agglomerationen Berlin, Poznań (Posen) oder Wrocław (Breslau). Durch die Integration der peripheren Regionen im Zuge der Grenzöffnung verlieren diese den Schutz vor Abwanderung der Produktionsfaktoren. Die Folgen sind ein weiteres Zurückfallen der peripheren Regionen hinter die zentralen Regionen und größer werdende regionale Disparitäten (ebd.).

Übertragen auf die Grenzregion beschreibt diese These eine negative Prognose bezüglich der wirtschaftlichen Entwicklung auf beiden Seiten der Grenze zugunsten der nah gelegenen Kernregionen Berlin, Poznań (Posen) oder Wrocław (Breslau) (Krätke 1998 S. 256).

2.1.2 Der Potenzialfaktoransatz

Der Potenzialfaktoransatz nach Biehl (1995, S. 59 ff.) geht davon aus, dass die Entwicklung einer Region von der Nutzung sogenannter öffentlicher Potenzialfaktoren und privater Produktionsfaktoren abhängt. Diese Potenzialfaktoren sind die Infrastruktur, die wirtschaftsgeographische Lage, der Agglomerationsgrad mit der Siedlungsstruktur und die sektorale Struktur. Wenn in diesen Bereichen Potenziale vorhanden und deren Kapazitäten nutzbar sind, die diese Region von anderen abhebt, besitzt sie Entwicklungsvorteile gegenüber anderen Regionen. Es ist eine Dynamik bei der regionalen Entwicklung zu erwarten (ebd., S. 59).

Auf die Grenzregion übertragen, würde der Potenzialfaktoransatz unter derzeitigen Annahmen ein Entwicklungshemmnis prognostizieren. Infrastruktur, wirtschaftsgeographische Lage und Agglomerationsgrad sind unterdurchschnittlich vertretene Potenzialfaktoren. Allerdings sind die Zukunftsaussichten für die Grenzregion nach dem Potenzialfaktoransatz nicht schlecht. Infrastrukturengpässe werden derzeit beseitigt, und durch die schrittweise Öffnung der polnisch-deutschen Grenze verbessern sich wirtschaftsgeographische Lage und Agglomerationsgrad.

2.1.3 Die U-These

Konvergenz- und Divergenzthese machen deutlich, dass die näheren Umstände der Integration, also die Frage nach dem Mobilitätsgrad der Produktionsfaktoren oder der Höhe der Transportkosten, von großer Bedeutung sind.

Die sogenannte U-These⁷ geht auf diese Fragestellung näher ein (Abraham, Eser 1999, S. 89 ff.). Alle Hindernisse des Warenaustauschs zwischen noch nicht integrierten Regionen, wie Zölle, Transport- und Kommunikationskosten, unstabile Wechselkurse etc. gehen als Tauschkosten in die Argumentation ein. Es wird ein Modell mit zwei Ländern unterschiedlicher Marktgröße angenommen. Bei anfänglich noch hohen Tauschkosten ist die Produktion im ärmeren Land noch vor den Wettbewerbsvorteilen des reicheren Landes geschützt. Bei niedriger werdenden Tauschkosten geht dieser Schutz verloren, die Belieferung des reichen Landes wäre jedoch noch zu teuer. Erst bei sehr niedrigen Tauschkosten könnte sich ein Handel mit dem reichen Land einstellen, indem sich das arme Land wiederum nach dem Faktorpreisausgleichstheorem⁸ auf bestimmte Produkte spezialisiert (ebd., S. 90).

Auf die Grenzregion lässt sich dieses Modell wie folgt übertragen. Die polnische Teilregion stellt das „arme“ Land dar, der deutsche Teil das „reiche“. Die beschriebenen Tendenzen und die U-Form der regionalen Entwicklung sind bereits heute erkennbar. Nach der Grenzöffnung im Jahr 1990 brachen viele Märkte der polnischen Wirtschaft in der Grenzregion ein. Mittlerweile hat sich die Lage jedoch normalisiert, die polnische Teilregion profitiert vom Handel mit der deutschen Seite sowie von ausländischen Investitionen (Gorzalak 1998, S. 81 und Friedrich-Ebert-Stiftung 1999, S. 19 f.). Für die deutsche Teilregion bedeutete dies allerdings alles andere als Prosperität. Deutlich höhere Lohnkosten bei ähnlicher Infrastrukturausstattung ließen die deutschen Teilbereiche für Investoren unattraktiv erscheinen (Eser 1998, S. 602).

2.1.4 Die Williamson-Hypothese

Unter wiederum anderen Annahmen kommt die Williamson-Hypothese zu ähnlichen Ergebnissen wie die Divergenzthese. Die Transformation einer Volkswirtschaft ist laut dieser These durch zwei Phasen gekennzeichnet. In einer ersten Phase nehmen die regionalen Disparitäten trotz eines leicht steigenden Bruttoinlandprodukts (BIP) zu. Es kommt zu einem sogenannten Entzugs- bzw. Polarisierungseffekt⁹, das heißt zu Wanderungen von Arbeitskräften und Kapital in reichere Länder bzw. Regionen. Eine zentrale Regierung fördert die Entwicklung auf nationaler Ebene und unterstützt daher vor allem Regionen, die als Wachstumspole mit der größten Profitrate angesehen werden (Abraham, Eser 1999, S. 89). In einer zweiten Phase kommt es infolge des steigenden nationalen Wohlstands in der ärmeren und Agglomerationsnachteilen in der reicheren Region zu einer Angleichung der regionalen BIP (ebd.).

In der Grenzregion läßt sich beobachten, dass der erste in der Williamson-Hypothese formulierte Prozess in der polnischen Teilregion bereits im Gange ist. Die Entwicklungsachse Berlin–Poznań (Posen)-Warszawa (Warschau) genießt eine spezielle Förderung und soll so weit gestärkt werden, dass auch periphere Regionen wie die Grenzregion davon profitieren (Strzelecki 1999, S. 90). Verfolgt man die Annahmen der Williamson-Hypothese weiter, kommt man zum Ergebnis, dass sich das BIP der polnischen Teilregion bald dem der deutschen angleichen wird (vgl. Tabelle 3.3). Die in der Transformation befindliche Volkswirtschaft Polens würde zunächst weniger schnell wachsen als die deutsche. Nach einer kurzen Phase der Arbeitskräfte- und Kapitalwanderung in die deutsche Teilregion käme es nach der

⁷ Der Name der Theorie ist vom U-förmigen Verlauf der regionalökonomischen Entwicklung in der entsprechenden Region abgeleitet.

⁸ Zur Erinnerung: Die Ausgangslage beim Faktorausgleichstheorem ist wiederum ein Zwei-Regionen-Modell mit unterschiedlicher Ausstattung an Produktionsfaktoren. Dies spiegelt sich in den Faktorpreisen wider. Beide Regionen spezialisieren sich bei einem möglichen Außenhandel auf die Produkte, deren Produktion auf den reichlich vorhandenen, also billigen Produktionsfaktoren basiert (Schätzl 1998, S. 119 ff.)

⁹ Unter Entzugs- und Polarisierungseffekt versteht man alle negativen Auswirkungen, die durch Wanderungen mobiler Produktionsfaktoren in reichere Regionen verursacht werden (Schätzl 1998, S. 154 ff.).

Williamson-Hypothese längerfristig, aufgrund des steigenden Wohlstands in Polen und Agglomerationsnachteilen in Deutschland, zu sich angleichenden BIP in der Grenzregion.

2.1.5 Keine glänzenden Zukunftsperspektiven

Zusammenfassend lässt sich aus den theoretischen, regionalökonomischen Ansätzen folgende Schlussfolgerung für die Grenzregion ziehen. Unter realistischen Annahmen besteht bei der Intensivierung der polnisch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen für die Grenzregion die Gefahr des Übergangens. Die Agglomerationen Poznań (Posen) und Berlin, aber auch weiter entfernte Wirtschaftszentren ziehen internationale Investitionen an, während die Grenzregion aufgrund ihrer relativ schwachen Ausstattung mit Infrastruktur und Humankapital übergangen wird¹⁰ (Krätke 1998, S. 254 f.).

Tabelle 2.1 Ableitung von räumlichen Tendenzen aus den ökonomischen Theorieansätzen

Entwicklungstheorie oder -these	Mögliche räumliche Tendenzen in der Grenzregion
Konvergenzthese	Angleichung der beiden Regionen
Divergenzthese	Wirtschaftliche Entwicklung in zentraler gelegenen Regionen in Deutschland und Polen geht zu Lasten der Grenzregion; ein weiteres Zurückfallen ist zu erwarten
Potenzialfaktoransatz	Derzeit Entwicklungshemmnisse; langfristig können mit dem EU-Beitritt Polens Entwicklungspotenziale, unter anderem aufgrund der geänderten wirtschaftsgeographischen Lage, genutzt werden
U-These	Polnische Teilregion profitiert noch von Billiglohn-Produktion; langfristig Angleichung an Niveau der deutschen Teilregion; hier jedoch Stagnation
Williamson-Hypothese	Langfristige Angleichung der polnischen Teilregion an das Niveau der deutschen Teilregion

Eigene Darstellung

Während die polnische Teilregion in einer Übergangsphase Chancen auf Billiglohn-Produktion hat, sind die Zukunftsperspektiven für die deutsche Seite aufgrund der derzeit vielfach höheren Lohnkosten eher ernüchternd, zumal die Ausgangslage in Anbetracht des schon jetzt erreichten Stands der Arbeitslosigkeit und Deindustrialisierung ungünstiger ist (ebd., S. 253, vgl. Tabelle 3.2). Laut Schmidt (1999, S. 24) ist die Divergenzthese zutreffender, allerdings zugunsten der „stärkeren“ deutschen Seite. Da das Kapital der schwachen in starke Regionen fließt, kommt es in den schwächeren Regionen zu einer fallenden Kapital- und Arbeitsproduktivität und somit zu größer werdenden Disparitäten zwischen den Regionen. Dies ist in den Grenzregionen darauf zurückzuführen, dass die Mobilität des Produktionsfaktors Arbeit aufgrund der Sprachprobleme, der emotionalen Vorbehalte etc. geringer ist als in nicht grenzüberschreitenden Regionen. Aus den selben Gründen bietet auch der Netzwerk-Ansatz kurzfristig keine Entwicklungsperspektiven für die Grenzregion. Geringe Transaktionskosten durch räumliche Nähe und gemeinsame Nutzung von Informationen und Ressourcen sind Standortvorteile der Grenzregion, die erst genutzt werden können, wenn das nötige gegenseitige Vertrauen und eine regionale Identität aufgebaut sowie die Defizite der grenzüberschreitenden Infrastruktur abgebaut sind.

¹⁰ Diese Ansicht wird gestützt von Prof. Roman Szul, Institute of Physical Planning and Municipal Economy in Warszawa (Warschau) (nach mündlicher Auskunft vom 13.04.2000).

Nach Auslegung der dargestellten theoretischen Ansätze liegt der Handlungsbedarf im Infrastrukturausbau, um die Erreichbarkeit zu erhöhen und die derzeit noch ungünstige wirtschaftsgeographische Lage zu kompensieren. Durch eine weitere Öffnung der Grenzen könnte der Agglomerationsgrad der Grenzregion erhöht werden. Derzeit noch geteilte Städte wie Görlitz/Zgorzelec, Guben/Gubin oder Frankfurt (Oder)/Ślubice, aber auch zentralörtliche Ausrichtungen, wie etwa von Vorpommern nach Szczecin, würden gestärkt. Ob diese Potenziale tatsächlich zu einer Trendwende in der Untersuchungsregion führen können, ist zweifelhaft, da viele Maßnahmen sowohl zur Grenzöffnung als auch zum Infrastrukturausbau bereits abgeschlossen sind und positive Wirkungen zeigen müssten. Diese sind aber nicht erkennbar.

Die zu Beginn getroffenen Annahmen zur Ausgangslage in der Grenzregion werden in der Analyse (Kapitel 3) anhand der Untersuchungsbereiche

- Wirtschaftsgeographische Lage, Agglomerationsgrad,
- Arbeitsmarkt, wirtschaftliche Situation, sektorale Struktur,
- Einkommensstruktur und
- Infrastrukturausstattung

überprüft, um den tatsächlichen Aussagegehalt der wirtschaftsgeographischen Theorieansätze für die Beispielregion näher zu untersuchen.

2.2 Nachhaltige Regionalentwicklung und die Bedeutung für die Grenzregion

Das vorangegangene Kapitel hat gezeigt, dass unter Anwendung klassischer Theorie- und Strategieansätze die Zukunft der Grenzregion aus rein ökonomischer Sicht perspektivlos erscheint. Daher soll hier mit dem Ansatz der nachhaltigen Regionalentwicklung Perspektiven aufgezeigt werden, die eine andere, regional orientierte Wirtschaftsweise zugrunde legen. Die nachhaltige Regionalentwicklung geht auf die Erkenntnis zurück, dass die Regionalentwicklung ein wichtiges Thema im Rahmen der Diskussion um eine nachhaltige Entwicklung ist (Peters et al. 1996, S. 61). Die überschaubaren Beziehungen und Dimensionen auf lokaler und regionaler Ebene ermöglichen die Einflussnahme der Akteure und Betroffenen in Prozesse und Debatten um eine nachhaltige Entwicklung. Das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung liegt dem Denkansatz in dieser Arbeit zugrunde. Fast zehn Jahre nach Festschreibung der nachhaltigen Entwicklung als verpflichtendes Leitbild durch 172 Staaten ist ein Perspektivenwechsel bis heute nicht zu erkennen, so dass dieser Ansatz weiterhin als Maxime zur räumlichen Entwicklung angesehen wird.

Im Folgenden wird versucht, Gründe für das Scheitern klassischer Regionalentwicklungsstrategien in der Grenzregion zu identifizieren. Es werden anhand der Ansätze einer nachhaltigen Regionalentwicklung Perspektiven für die Grenzregion und deren Potenziale in dieser Hinsicht aufgezeigt. Um zu einem späteren Zeitpunkt in Kapitel 4 Kriterien für die Bewertung der Instrumente und Projekte in der Grenzregion ableiten zu können, werden sogenannte Bausteine einer nachhaltigen Regionalentwicklung benannt. Diese Bausteine sollen dieses Thema nicht abschließend zusammenfassen, sondern die für die Grenzregion relevanten Aussagen des Ansatzes darlegen.

2.2.1 Eine Perspektive für die Grenzregion?

Warum nachhaltige Regionalentwicklung? Die Strategien und Maßnahmen der klassischen Regionalpolitik, wie Infrastrukturausbau oder Flächenbereitstellung, scheinen bei der schwierigen Ausgangslage in der Grenzregion zu versagen. Die Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung und die Anbindung einer Region an internationale Wirtschaftsräume scheinen keinen Erfolg mehr zu garantieren. Peters et al. (1996, S. 38 ff.) nennen folgende Gründe für das Versagen der klassischen Instrumente und das Erfordernis geänderter Strategien in der Regionalpolitik:

- trotz steigender Investitionen und Wirtschaftswachstum kommt es zum Abbau von Lohnarbeitsplätzen;
- Wirtschaftswachstum verursacht ökologische und gesundheitliche Beeinträchtigungen. Effizienzverbesserungen und Schadensminimierung werden durch Wachstumprozesse aufgezehrt;
- die Grenzen der Regenerationsfähigkeit natürlicher Ressourcen ist vielfach überschritten. Beeinträchtigungen der Gesundheit sind die Folge;
- eine steigende Politikverdrossenheit führt zu Innovationsunfähigkeit und fehlender Flexibilität von Politik und Planung. Die Bereitschaft zur Beteiligung an Planungs- und Entscheidungsprozessen nimmt ab.

Diese Erkenntnisse treffen die Grenzregion in ihrer derzeitigen Ausgangslage hart. Ein überdurchschnittlicher Verlust von Arbeitsplätzen, ökologische Altlasten und die fehlende Kooperationsbereitschaft zwischen den beiden Nationen sind Probleme, die im Wettbewerb mit anderen Regionen besonders in Erscheinung treten (siehe Kapitel 3.2). Der Wettbewerb droht zum Konkurrenzkampf mit ernüchterndem Ende für die Grenzregion zu werden. Die Ansätze der nachhaltigen Regionalentwicklung versuchen hingegen die Chancen dieser Region zu nutzen.

Regionsspezifische Potenziale müssen ausgebaut werden. Laut Foißner (2000, S. 300) sind in den folgenden Bereichen endogene Potenziale auszumachen:

- „soziokulturelles Potenzial
- Entscheidungspotenzial
- Flächenpotenzial
- Umweltpotenzial
- Landschaftspotenzial
- Infrastrukturpotenzial
- Arbeitskräftepotenzial
- Kapitalpotenzial
- Nachfragepotenzial“ (ebd.)

Für die Untersuchungsregion bedeutet dies, dass die grenzregionsspezifischen Merkmale nicht länger als Entwicklungshemmnis verstanden werden dürfen, sondern genutzt und gestärkt werden müssen. Infrastrukturen auf beiden Seiten der Grenze können grenzübergreifend zugänglich gemacht werden. Die Grenznahe kann dazu dienen, aus den Erfahrungen des Nachbarn zu lernen. Grenzüberschreitende Kooperation im Bereich Wirtschaft und Kultur kann für ein innovatives, aufgeschlossenes Milieu sorgen. All diese Ansätze stellen im Sinne der nachhaltigen Regionalentwicklung Entwicklungspotenziale der Grenzregion dar.

Weshalb sollte eine Problemlösung auf regionaler Ebene stattfinden? Die Grundannahme der nachhaltigen Regionalentwicklung basiert auf der Idee der öffentlichen Einflussnahme. Daher ist es notwendig, den Wirkungsraum so abzugrenzen, dass die Überschaubarkeit und Identifizierung für die Bewohner erhalten bleibt (Kanatschnig, Fischbacher, Schmutz 1999, S. 11 f.).

„In einer erweiterten Union besteht die einzige Möglichkeit, den Bürger einzubeziehen, darin, den Regionen bei gleichzeitiger Bereitstellung der erforderlichen Mittel das Recht einzuräumen, sich mit allen Fragen zu befassen, die sie unmittelbar betreffen.“ (Chabert 2000, S. 2)

Gleichzeitig existieren auf regionaler Ebene Institutionen mit entsprechenden Fachkräften. Regionen bieten die Möglichkeit zur interkommunalen und im Falle der Grenzregion zur internationalen Kooperation bei der Entwicklung von Lösungsstrategien. Laut Thierstein und Walser (1996, S. 15) besteht generell eine Tendenz zur politischen Aufwertung der Regionen. Weiterhin ist die regionale Ebene Ausgangspunkt für die Schließung von Stoffkreisläufen und die Nutzung endogener Ressourcen (ebd.). Dennoch sind die Regionen bei weitem nicht für alle Aspekte einer nachhaltigen Entwicklung maßgeblich. Globale Probleme, wie etwa die Klimaveränderung, können auf regionaler Ebene nur bedingt angegangen werden. Es sind Vereinbarungen auf nationaler und globaler Ebene notwendig. In jedem Fall sind jedoch flankierende Maßnahmen und Initiativen auf regionaler Ebene sinnvoll.

Die polnisch-deutsche Grenzregion verfügt über Potenziale für eine nachhaltige Regionalentwicklung. Freiherr von Malchus (1996b, S. 51 f.) betont außerdem die naturräumlichen und raumstrukturellen Potenziale der Region, wie hohe Qualitäten im Erholungs- und Umweltbereich. Mit den vier Euroregionen sind auf regionaler Ebene Institutionen vorhanden, die grenzüberschreitend Projekte zur ökonomischen, ökologischen und sozialen Integration innerhalb der Dimensionen einer nachhaltigen Regionalentwicklung koordinieren.

2.2.2 Bausteine einer nachhaltigen Regionalentwicklung

Nach der Darlegung der Perspektiven einer nachhaltigen Regionalentwicklung in der Grenzregion werden im Folgenden Bausteine zur Umsetzung dieses Ansatzes formuliert. Diese vier Bausteine enthalten die wichtigsten Aussagen der nachhaltigen Regionalentwicklung für die Grenzregion und erweisen sich daher für die Bewertung der Programme und Projekte zu einem späteren Zeitpunkt als geeignet.

Es sei jedoch darauf hingewiesen, dass diese Bausteine für eine tiefergehende Einschätzung der Strukturen und Prozesse in der Grenzregion im Hinblick auf eine nachhaltige Regionalentwicklung zu abstrakt sind. Dafür wäre es erforderlich, Methoden und Indikatoren zur Nachhaltigkeitsanalyse auszuwählen und zu verwenden. Dieser Schritt würde den Schwerpunkt dieser Arbeit jedoch verschieben und ist daher im Rahmen der gewählten Vertiefung nicht zu leisten. Der hohe Komplexitätsgrad bei der Bewertung der Programme und Projekte (Kapitel 4) in einer so großen und teilweise heterogenen Region wie der polnisch-deutschen Grenzregion rechtfertigt die Anwendung der folgenden allgemein gehaltenen Bausteine als Ausgangslage für die Bewertung. Bei einer Vertiefung der Fragestellung wäre die Anwendung konkreterer Methoden, wie etwa der Einsatz von Nachhaltigkeitsindikatoren für Regionen, in Erwägung zu ziehen.

Baustein 1: Konzentration auf regionale Potenziale statt Aufholjagd um jeden Preis

Die vorangegangenen Ausführungen haben gezeigt, dass eine Aufholjagd um klassische Standortvorteile der Grenzregion mit anderen, stärkeren Regionen nahezu aussichtslos ist. Die nachhaltige Regionalentwicklung verfolgt den Grundsatz der Konzentration einer Region auf ihre endogenen Potenziale. Nach Peters et al. (1996, S. 72 f.) können in folgenden Bereichen Potenziale einer Region ausgemacht werden:

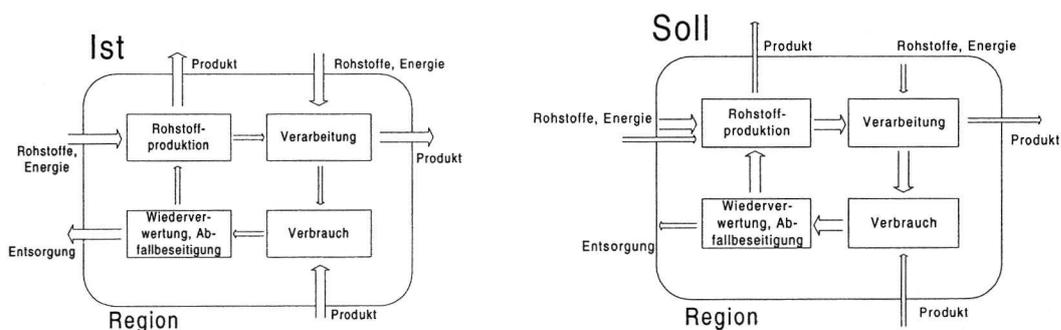
- Grundstoffpotenziale, wie nachwachsende Rohstoffe oder regenerative Energien;
- Potenziale, wie regionales Know-how, vor allem für die Erwirtschaftung nachhaltiger Produkte und Dienstleistungen;
- Potenziale im Bereich der regionalen Grundversorgung, wenn eine ökonomische Binnenorientierung sinnvoll ist;
- Institutionen und Schlüsselpersonen mit Problembewusstsein für eine nachhaltige Regionalentwicklung.

Dies ist der wichtigste Baustein einer nachhaltigen Regionalentwicklung in der Grenzregion. Die weiteren beziehen sich hierauf und konkretisieren die Aussage des ersten Bausteins. In Kapitel 3.2 und 3.3 ist zu überprüfen, inwieweit Potenziale im Sinne einer nachhaltigen Regionalentwicklung in der Grenzregion bereits genutzt oder noch aufgespürt und ausgebaut werden müssen.

Baustein 2: Förderung regionaler Netzwerke und Ökonomien

Ein zentraler Grundsatz der nachhaltigen Regionalentwicklung ist die Stärkung regionaler Ökonomien und Netzwerke. Regionale Ökonomien und Netzwerke orientieren sich am regionalen Bedarf, an regionalen Märkten und regionalen Wirtschaftskreisläufen (Peters et al. 1996, S. 46). Durch den Aufbau von Netzwerken kann die Standortqualität „räumliche Nähe“ aufgewertet werden. Eine Region wird weiterhin auf externe Absatzmärkte und Zulieferung angewiesen sein. In einer regional orientierten Wirtschaft kann jedoch auf unerwartete Ereignisse flexibler reagiert werden, indem der Austausch von Informationen und Waren erleichtert wird (ebd., S. 65). Externe Impulsgeber, wie zum Beispiel die EU, können durch die Förderung einzelner Projekte die Entwicklung von regionalen Netzwerken unterstützen.

Abbildung 2.2 Perspektivenwechsel in der regionalen Wirtschaft



Quelle: Peters et al. (1996, S. 70). Eigene Darstellung

Baustein 3: Schließen regionaler Stoffkreisläufe

Neben den Wertschöpfungskreisläufen sind für eine nachhaltige Regionalentwicklung auch Stoffkreisläufe von Bedeutung. Hier gilt es, regionale Kreisläufe herzustellen und zu schließen sowie lineare Stoffströme zu vermindern. Kanatschnig, Fischbacher, Schmutz (1999, S. 44 ff.) nennen dazu folgende Möglichkeiten auf regionaler Ebene:

- Einsatz erneuerbarer Rohstoffe
- Reduzierung der Abbauraten nicht erneuerbarer Rohstoffe
- Nachhaltige Wassernutzung
- Regionalisierung des Energiesystems
- Verringerung des energetischen Durchsatzes
- Einsatz regenerativer Energien aus der Region

Neben der Schließung intraregionaler Stoffkreisläufe sind interregionale und im Falle der Grenzregion somit grenzüberschreitende Stoffströme zu verringern (ebd., S. 45).

Baustein 4: Kooperative Planungskultur statt Wettkampf der Regionen

Ein wichtiger Eckpunkt der nachhaltigen Regionalentwicklung ist die Forcierung von Kooperations- und Kommunikationsprozessen.

„Entscheidungen, die durch Einbeziehung der „unteren Ebene“ zustande kommen, sind in vielen Fällen ökologisch und sozial verträglicher und damit als nachhaltiger einzustufen als top-down-Entscheidungen [...]“ (Kanatschnig, Fischbacher, Schmutz 1999, S. 63).

Sowohl auf intraregionaler als auch auf interregionaler Ebene ist der Aufbau von Netzwerken und Kommunikationsbeziehungen wichtig. Statt viel Energie auf den Wettkampf mit stärkeren Konkurrenten zu verwenden, sollten sich Regionen vor allem darauf konzentrieren, Solidarisierung nach außen zu unterstützen; vor allem dann, wenn regionsübergreifende Problemlagen und Interessen dies sinnvoll erscheinen lassen (ebd., S. 65). Auf der intraregionalen Ebene ist es wichtig, dezentrale Entscheidungskompetenzen und das Gefühl von Gestaltbarkeit zu fördern. Dies ist zum Beispiel durch unkonventionelle Planungsverfahren, wie Runde Tische oder Foren auf interkommunaler Ebene, möglich (Peters et al. 1996, 56 f.). Regionale und lokale Agenden sind mittlerweile eine weit verbreitete Form der Einflussnahme von Vereinen, Initiativen und Bürgern in Entscheidungs- und Gestaltungsprozesse vor Ort. In dieser Hinsicht besteht in der Grenzregion ein großes Potenzial an grenzübergreifend kooperierenden Institutionen. Um dieses zu aktivieren, ist Anschubhilfe von außerhalb der Region durch den Transfer positiver Erfahrungen oder die Förderung von Initialprojekten erforderlich.

Exkurs: Beispiele für Initiativen zur regionalen Kooperation

Im Folgenden werden zur Veranschaulichung des Baustein 4 *Kooperative Planungskultur statt Wettkampf der Regionen* exemplarisch einige Beispiele derzeit aktueller Initiativen zur regionalen Kommunikation vorgestellt.

Regionalkonferenzen, Regionalforen und regionale Agenden

Die **Regionalkonferenz Magdeburg** besteht aus Vertretern der Landeshauptstadt Magdeburg und fünf umliegenden Landkreise. Ziele dieses freiwilligen Zusammenschlusses sind die Förderung der interkommunalen Zusammenarbeit, der zielgerichtete Einsatz von EU-Fördermitteln, die Förderung regional bedeutsamer Projekte und die

Erschließung bisher ungenutzter Potenziale mit regionsspezifischen Ideen. Organisatorisch existieren neben einer Lenkungs- und Koordinierungsgruppe vier Arbeitsgruppen mit verschiedenen thematischen Schwerpunkten. Außer den Vertretern der Gebietskörperschaften nehmen keine weiteren Akteure an der Regionalkonferenz Magdeburg teil (Stadt Magdeburg, Webseite 1).

Weitere Informationen unter: http://www.magdeburg.de/Wirtschaft_Verkehr/RKM1.htm

Die **Regionalkonferenz Region Aachen** besteht neben den Gebietskörperschaften aus zahlreichen weiteren Akteuren, wie IHK, Einzelhandelsverband, Bezirksregierung, Hochschulen etc. Die Regionalkonferenz entscheidet unter anderem über die Leitlinien der regionalisierten Strukturpolitik der EU. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die Regionalkonferenz nicht die Kompetenzen oder Zuständigkeiten bestehender Institutionen beschneidet, sondern „die Basis für eine engere Abstimmung zwischen den gesellschaftlichen Gruppen und ihren Institutionen sowie zwischen den Politikfeldern“ bereitstellt (Aachener Gesellschaft für Innovation und Technologietransfer mbH, Webseite 1). Zur Initiierung und Begleitung strukturwirksamer Projekte gibt es einen 15-köpfigen Arbeitssausschuss. Weiterhin ist eine Geschäftsstelle für die Vorbereitung der Sitzungen, die Umsetzung der Beschlüsse und die Vorbereitung und Evaluierung der Projekte zuständig (ebd.).

Weitere Informationen unter: <http://www.agit.de/Regionalkonferenz/organisation.htm>

Beim **Regionalforum Halle-Leipzig** handelt es sich um eine bisher unregelmäßig stattfindende Veranstaltung. Initiator ist das Institut für Länderkunde an der Universität Leipzig. Ziel des Regionalforums ist es, die eigenständige Wirtschaftskraft durch regionale Entwicklungskonzepte zu stärken, „indem endogene Potenziale im Hinblick auf Weinbau und Tourismus aktiviert und ausgeschöpft werden“ (Universität Leipzig, Webseite 1). Weitere Informationen unter: <http://www.uni-leipzig.de/ifl.htm>

Die im Aufbau befindliche **Regionale Agenda Region Starkenburg**¹¹ umfasst die Landkreise Bergstraße, Darmstadt-Dieburg, Groß-Gerau, den Odenwaldkreis und die Stadt Darmstadt auf freiwilliger Basis. Ziel ist die Erhaltung und Entwicklung der Region als Lebens-, Wirtschafts-, Natur- und Kulturraum, das Anstreben eines offenen Dialogs mit regionalen Akteuren und der Bevölkerung sowie die Kooperation mit anderen Regionen, auch außerhalb Europas, zu pflegen. Die Landkreise bemühen sich um die Schaffung der erforderlichen Strukturen für einen erfolgreichen Prozessablauf. Sie verpflichten sich weiterhin, „gemeinsam mit allen relevanten Akteuren geeignete Projekte zu initiieren und zu realisieren“ (Landkreis Bergstraße, Webseite 1), einen Trägerverein zu gründen und im wechselnden Turnus die Sprecherfunktion der Regionalen Agenden zu übernehmen (ebd.). Weitere Informationen siehe unter: <http://www.kreis-bergstrasse.de/agenda21/agenda21-regional.htm>. Weiteres Beispiel ist die Regionale Agenda Saalebogen.

Weitere Informationen unter: <http://www.saalebogen.de/forum/agenda.htm>

Regionalmanagement

Der Ansatz des Regionalmanagements ist bisher vor allem in Österreich erfolgreich. Ein Beispiel ist das **Regionalmanagement im Mostviertel** in Niederösterreich. Aufgaben eines Regionalmanagements sind Beratung und Service für Gemeinden und Unternehmen, Marketing- und Imageförderung, Regionalvermarktung, Kooperation mit maßgeblichen Stellen, Initiativen und Personen und die Akquisition und Koordination von Projekten. Ein Büro bildet die Anlaufstelle für alle Akteure der Region. Im Fall des Mostviertels erfolgt die Finanzierung des Regionalmanagements durch einen Pro-Kopf-Beitrag und die Unterstützung durch das Bundesland Niederösterreich, die Republik Österreich und die EU, aber auch durch eigene Einnahmen, wie etwa durch die Vermarktung regionaler Produkte. In der Region Mostviertel-Eisenwurzen ist es in den letzten Jahren gelungen, Strukturprobleme

¹¹ Die Region Starkenburg ist eine der Wettbewerbsregionen beim Wettbewerb **Regionen der Zukunft**. Dabei handelt es sich um eine neue Form der Regionalförderung, bei der eine nachhaltige Raum- und Siedlungsentwicklung in Regionen angestoßen werden soll. 26 Regionen in ganz Deutschland wurden ausgewählt, deren regionale Agenden beispielhaft für andere Regionen sind. Weitere Informationen unter: <http://www.zukunftsregionen.de.htm>

wie Arbeitslosigkeit, Abwanderung und Monostruktur zu bewältigen¹² (Regionalverband Mostviertel – Eisenwurzen 2000, S. 1). Weitere Informationen siehe unter: <http://www.mostviertel.at.htm>. In Deutschland ist das Regionalmanagement Rottal-Inn zu erwähnen.

Weitere Informationen siehe unter: http://www.rottal-inn.de/twist/reg_management/projektumsetzung.htm

Internetplattform, Infopool

Eine unkonventionelle Form der Kommunikation auf regionaler Ebene können Internetplattformen oder Infopools darstellen. Im Vordergrund steht hierbei der Informationsaustausch zwischen verschiedenen Regionen. Beispiel für eine solche Form des Austauschs stellt die **Wissens- und Kommunikationsplattform für Regionen und Kommunen** dar. Idee ist es, ein „frei zugängliches, öffentliches Internetportal für die Kommunikation, ein integriertes Wissensmanagement und die Ideengenerierung zwischen den lernenden Regionen [...] europaweit“ zu schaffen (Bürgerconsulting.de i.G. o.J.). Es handelt sich um ein interaktives Informationsmedium, das heißt, jede Region oder Kommune stellt ihre Erfahrungen, Projekte oder erfolgreich angewendeten Methoden unter der entsprechenden Rubrik zur Verfügung. Somit profitiert der Nutzer von einem stetig wachsenden Pool an Informationen (ebd.).

Weitere Informationen siehe unter: <http://www.wissen-regional.de>

Die vorangegangene Aufstellung zeigt, dass bereits viele Ansätze zur Förderung von Kommunikationsprozessen auf regionaler Ebene erfolgreich umgesetzt worden sind. Die Auswertung dieser Beispiele wird zu einem späterem Zeitpunkt aufgegriffen, wenn in Kapitel 6 Handlungsvorschläge für die Grenzregion formuliert werden.

2.2.3 Chancen für die Grenzregion

Im Gegensatz zu den ökonomisch orientierten Ansätzen in Kapitel 2.1 zeigen die Ansätze der nachhaltigen Regionalentwicklung langfristig Chancen für die Entwicklung der Grenzregion auf. Die dargestellten Entwicklungshemmnisse sollen durch die Nutzung der endogenen Potenziale kompensiert werden. Was bedeutet das? Die klassischen Ansätze der Regionalentwicklung haben gezeigt, dass besonders in der Grenzregion die Gefahr des Übergangens besteht. Das Anstreben einer regionalorientierten Wirtschaftsweise ist daher die Konsequenz. Weiterhin ist es wichtig, kooperative Prozesse anzustreben. Gerade in der Grenzregion können durch verstärkte Kooperation und Kommunikation neben Akzeptanzverbesserungen auch Potenziale einer grenzüberschreitenden Region besser genutzt werden.

Dies bedeutet jedoch nicht, dass klassische Maßnahmen der Regionalplanung auszuschließen sind. Gerade die polnische Teilregion ist auf weiteres Wachstum im klassischen Sinne angewiesen. Hierzu sind vereinzelte Lücken, wie zum Beispiel beim Infrastrukturausbau, zu schließen. Trotzdem wird im weiteren Verlauf der Arbeit der Ansatz der nachhaltigen Regionalentwicklung als Perspektive verstanden, da sie Wege aufzeigt, wie die Grenzregion von ihren speziellen Charakteristika profitieren kann.

Aus den von der nachhaltigen Regionalentwicklung ausgehenden Voraussetzungen lässt sich folgender Handlungsbedarf ableiten. Die regionalen Potenziale der Grenzregion, wie die Umweltqualität, die Internationalität und die damit verbundenen Chancen zur grenzüberschreitenden Kooperation und zum transregionalen und transnationalen Wissenstransfer, müssen gestärkt werden. Dazu ist es notwendig, diese Chancen als solche in das regionale Bewusstsein zu bringen, auch nach außerhalb der Grenzregion zu transportieren und eine

¹² nach mündlicher Auskunft von Herrn Becker, Regionalmanager in der Region Mostviertel-Eisenwurzen, am 24.10.2000 in Leipzig

regionale Identität aufzubauen bzw. zu stärken. Bei der Initiierung solcher Prozesse ist zu beachten, dass es keine Patentrezepte zur Umsetzung dieser Ansätze gibt. Jede Region muss den Diskussionsprozess erneut aufgreifen und für sich selbst durch Initiativen, Projekte und Maßnahmen mit Leben füllen.

Abschließend kann festgehalten werden, dass die aufgezeigten Chancen für ein nachhaltige Regionalentwicklung als eine Entwicklungsperspektive in der Grenzregion nur genutzt werden können, wenn die in den vier Bausteinen formulierten Forderungen gestützt werden.

Konzentration auf regionale Potenziale (zum Beispiel nachwachsende Rohstoffe, regenerative Energien, Bodenschätze, regionales Know-how, ökonomische Binnenorientierung, erfahrene Institutionen und Schlüsselpersonen)

Förderung regionaler Netzwerke und Ökonomien (zum Beispiel durch Kooperationen zwischen Forschungseinrichtungen und Unternehmen oder die Vermarktung regionaler Produkte)

Schließen regionaler Stoffkreisläufe (zum Beispiel durch Einsatz erneuerbarer Energien, Reduzierung der Abbauraten nicht erneuerbarer Rohstoffe, nachhaltige Wassernutzung, Regionalisierung des Energiesystems, Verringerung des energetischen Durchsatzes)

Förderung kooperativer Planungskultur (zum Beispiel durch Regionalforen, regionale Agenden etc.)

Im folgenden Abschnitt dieser Arbeit ist es notwendig, die derzeitige Ausgangslage in diesen Bereichen herauszuarbeiten, um zu einem späteren Zeitpunkt in Kapitel 4 EU-Instrumente und geförderte Projekte bewerten zu können.

Um zunächst die Ausgangslage in der Grenzregion im Hinblick auf eine nachhaltige Regionalentwicklung zu überprüfen, werden die in den *Bausteinen einer nachhaltigen Regionalentwicklung* verwendeten Größen

- energetischer Durchsatz, Einsatz regenerativer Energien,
- Naturraum, natürliche Ressourcen, Abbauraten nicht erneuerbarer Rohstoffe,
- regionales Know-how, Institutionen und Schlüsselpersonen für eine nachhaltige Regionalentwicklung sowie
- regionale Identität und Kooperationsbereitschaft

in der Analyse des Kapitel 3 aufgegriffen. In diesen Bereichen liegen potenzielle Stärken einer Region, die eine nachhaltige Regionalentwicklung unterstützen und ermöglichen können. Diese Potenziale gilt es im weiteren Verlauf der Arbeit in der Grenzregion aufzuspüren.

3 Die Grenzregion an Oder und Neiße – Eine Analyse

Im folgenden Kapitel wird die Ausgangslage in der polnisch-deutschen Grenzregion im Hinblick auf eine nachhaltige Regionalentwicklung dargelegt und bewertet. Basis für diese Analyse ist der aus den vorhergegangenen Theoriekapiteln abgeleitete Untersuchungsbedarf. Diese Untersuchungsbereiche werden aufgegriffen, für die Grenzregion mit Daten gefüllt und im Hinblick auf die in den Theorieansätzen formulierten Anforderungen bewertet.

Zu Beginn der eigentlichen Analyse ist eine Definition und Abgrenzung der Untersuchungsregion, die in dieser Arbeit als Grenzregion bezeichnet wird, notwendig (siehe Kapitel 3.1). Daran schließt sich eine erste Einführung in die Untersuchungsregion an, die Eindrücke vermittelt und relevante Kenndaten darlegt. Anschließend folgt eine Stärken-Schwächen-Analyse, die die Charakteristika der Grenzregion im Hinblick auf die in Kapitel 2 diskutierten Theorieansätze ergänzt und bewertend zusammenfasst (siehe Kapitel 3.2).

Nach dieser regionalen Sichtweise folgen allgemeinere Rahmenbedingungen, die die Entwicklung in der Grenzregion beeinflussen. Dazu gehört ein Zwischenstandsbericht des kürzlich begonnenen Aufbaus der regionalen Verwaltungsebene in Polen und eine ausschnittshafte Darstellung der Institutionen und Akteure, die in die grenzüberschreitende Zusammenarbeit eingebunden sind (siehe Kapitel 3.3).

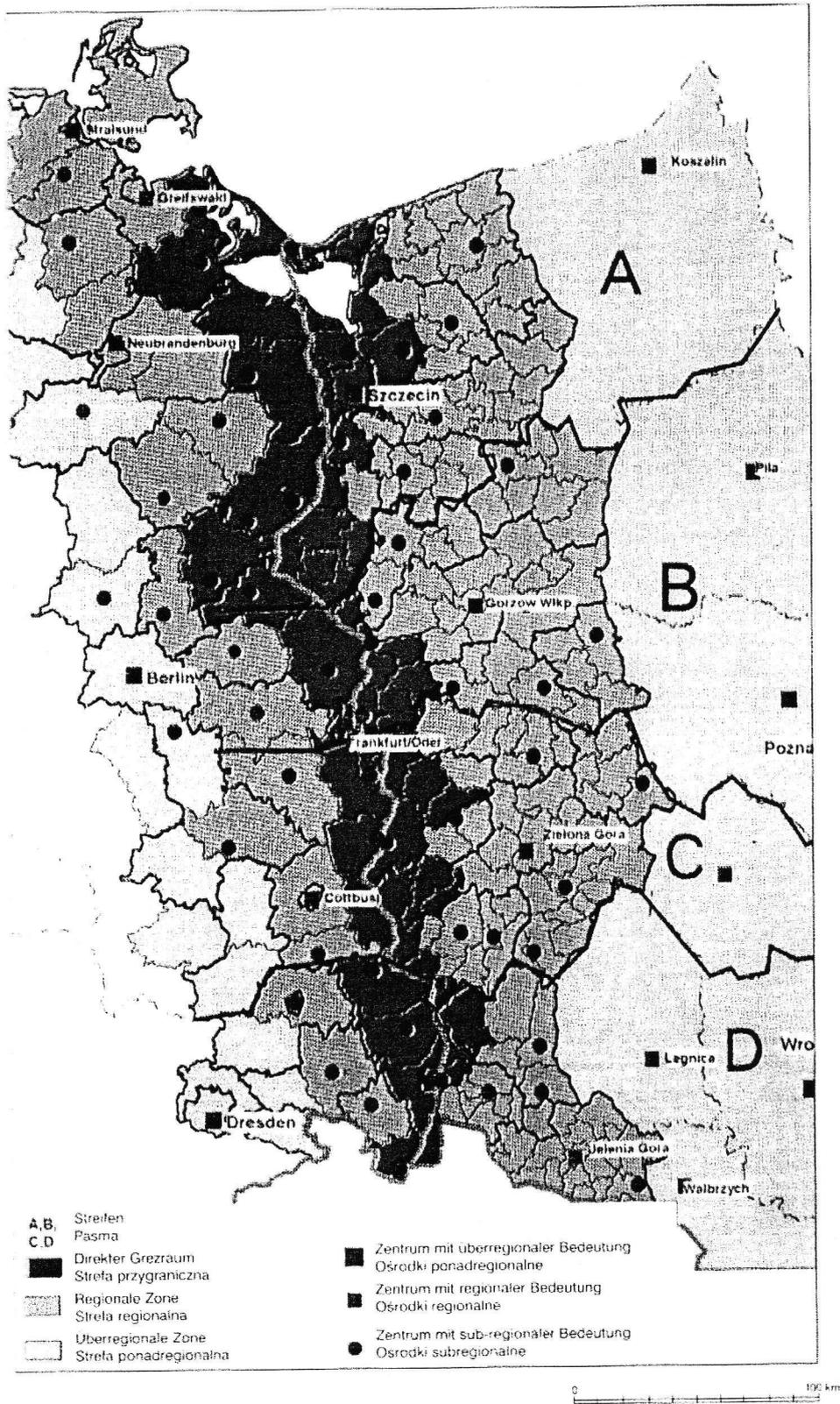
Abschließend werden die Ergebnisse der Analyse zusammengefasst und mit den Anforderungen an eine nachhaltige Regionalentwicklung konfrontiert. Somit ist es möglich, Stärken und Schwächen der Grenzregion im Sinne einer nachhaltigen Regionalentwicklung für die weitere Arbeit handhabbar zu machen. Fünf Handlungsbedarfe bilden die Schnittstelle zwischen Analyse und den folgenden Kapiteln (siehe Kapitel 3.4).

3.1 Definition einer grenzübergreifenden Region

Die in dieser Arbeit definierte Grenzregion ist keine bestehende regionale Einheit. Sie ist inhomogen und lässt sich nicht anhand administrativer Grenzen oder funktionaler Zusammenhänge definieren. Eine Abgrenzung als Wirtschafts- oder Kulturregion ist aufgrund der unterschiedlichen Hintergründe auf beiden Seiten der Grenze ebenfalls schwierig. Dies ist ein generelles Problem grenzübergreifender Regionen und trifft ebenso für die Euroregionen entlang der polnisch-deutschen Grenzregion zu. Für die Abgrenzung von Grenzregionen müssen daher andere Kriterien gefunden werden.

Ziel einer solchen Abgrenzung muss es sein, das Leitbild „regionale Entwicklung durch regionale Identität“ (Freiherr von Malchus 1996c, S. 59) zu verfolgen. Dieses Leitbild war bei der Abgrenzung der Euroregionen maßgeblich. Gemeinsame Interessen und Probleme verbinden die Regionen auf beiden Seiten der Grenze, daher ist auch die Suche nach Lösungen gemeinsam anzugehen.

Abbildung 3.1 Abgrenzung der Untersuchungsregion. Die Grenzregion deckt sich mit der „regionalen Zone“ in dieser Karte



Quelle: Institute of Physical Planning and Municipal Economy (1998, Tafel II.4.1)

Die Untersuchungsregion dieser Arbeit besteht daher aus den vier Euroregionen „Pomerania“, „Pro Europa Viadrina“, „Spree-Neiße-Bober“ und „Neiße-Nisa-Nysa“, mit Ausnahme der schwedischen Teilregion in der Euroregion „Pomerania“ und der tschechischen Teilregion in der Euroregion „Neiße-Nisa-Nysa“. Bei den Euroregionen handelt es sich ebenfalls um selbstdefinierte Regionen¹³. Diese gesamte polnisch-deutsche Grenzregion hat wesentliche gemeinsame Charakteristika, wie die wirtschaftliche Randlage, eine verhältnismäßig dünne Besiedlung und eine unterschiedliche Siedlungsstruktur mit kleineren Zentren auf deutscher und wenigen überregionalen auf polnischer Seite (Freiherr von Malchus 1996c, S. 60). Probleme ergeben sich aus den unterschiedlichen Gebietskategorien bei der Abgrenzung der Euroregionen in Deutschland und Polen. Während auf deutscher Seite Kreise und kreisfreie Städte die Mitglieder der Euroregionen darstellen, sind dies in Polen weitgehend noch die Gemeinden. Weiterhin sind die verschiedenen Gebietskategorien in Polen und Deutschland mit unterschiedlichen Kompetenzen ausgestattet; vor allem die Regionalplanung hat in Polen eine schwächere Rolle als in Deutschland (siehe auch Kapitel 3.3.1). Ein Vorteil bei der gewählten Gebietsabgrenzung ist die vorhandene Datenbasis, die von den Euroregionen auf beiden Seiten der Grenze bereitgestellt wird.

Im Hinblick auf die Fragestellung einer Bewertung der EU-Strukturpolitik im Rahmen dieser Arbeit ist die Abgrenzung entlang aller vier polnisch-deutschen Euroregionen sinnvoll, da diese weitgehend die Gebietskulisse für EU-geförderte Projekte darstellen. Eine Einschränkung der Betrachtung auf nur eine Euroregion hätte den Blick nach Meinung des Autors zu sehr verengt.

3.2 Stärken und Schwächen der Grenzregion

Die Grenzregion wird im Folgenden anhand von kennzeichnenden Daten und fotografischen Eindrücken charakterisiert. Die in der theoretischen Diskussion in Kapitel 2 verwandten Größen werden aufgegriffen und mit Daten der Grenzregion gefüllt. In einem zweiten Abschnitt werden diese Daten mittels einer Stärken-Schwächen-Analyse ergänzt und bewertend zusammengefasst.

¹³ nach mündlicher Auskunft von Herrn Wulf, Koordinator Interreg Euroregion Pomerania in Löcknitz, am 25.09.2000

Abbildung 3.2 Die polnisch-deutsche Grenzregion



Quelle: Polskie Przedsiębiorstwo Wydawnictw Kartograficznych, S.A. (1999), Maßstab 1:2.000.000

3.2.1 Bilder und Zahlen – Ein erster Eindruck

Bei großen Teilen der Bevölkerung auf deutscher und polnischer Seite hat die Grenzregion ein negatives Image und wird oft als „land’s end“ angesehen (Schmidt 1999, S. 31). Den Besucher erwartet jedoch zwischen Świnoujście (Swinemünde) und Zittau eine vielfältige Kulturlandschaft mit etlichen, vielleicht unerwarteten, landschaftlichen und baulichen Höhepunkten.

Abbildung 3.3 Die Neiße trennt die Innenstadt von Görlitz (links) und Zgorzelec (rechts)

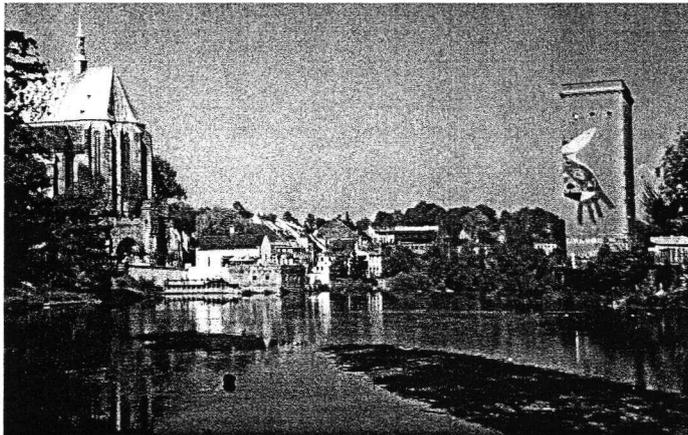


Foto: R. Knippschild

Geschichtliche Hintergründe

Die polnisch-deutsche Grenze geht auf eine relativ junge Grenzziehung im Zuge des Potsdamer Abkommens im Jahre 1945 zurück. Gegen Ende des Zweiten Weltkriegs wurde über die neue Grenzziehung zwischen den Alliierten verhandelt (Foschepoth 1995, S. 88 ff.). Die geteilten Städte Kostrzyn/Küstrin, Frankfurt (Oder)/Słubice, Guben/Gubin und Görlitz/Zgorzelec sind Folgen dieser Grenzziehung und typisch für die polnisch-deutsche Grenzregion.

Abbildung 3.4 Die Frankfurter Straße ist die Hauptgeschäftsstraße in Guben und liegt direkt am Grenzübergang. Kirche und Rathaus gehören bereits zum polnischen Gubin.



Foto: R. Knippschild

Erst mit dem Grenzvertrag vom 14. Juli 1990 wurde diese Grenze als unverletzliche Staatsgrenze anerkannt (Freiherr von Malchus 1996b, S. 30). Dieses Abkommen wurde im Jahr 1991 durch die Verträge über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit bekräftigt (ebd.). Heute existieren jedoch immer noch Ängste oder Desinteresse gegenüber der anderen Seite, unter anderem aufgrund der schwerwiegenden geschichtlichen Erfahrungen auf beiden Seiten der Grenze (Grimm 1996, S. 6). Dieser Umstand geht auch auf die

Tatsache zurück, dass sowohl deutsche als auch polnische Bewohner der Grenzregion zu großen Teilen in dieser Region wenig verwurzelt sind, sondern aufgrund der Vertreibungen in Folge des Zweiten Weltkriegs hier zwangsangesiedelt wurden (ebd.).

Abbildung 3.5 Die Friedensbrücke verbindet Frankfurt (Oder) mit dem polnischen Slubice

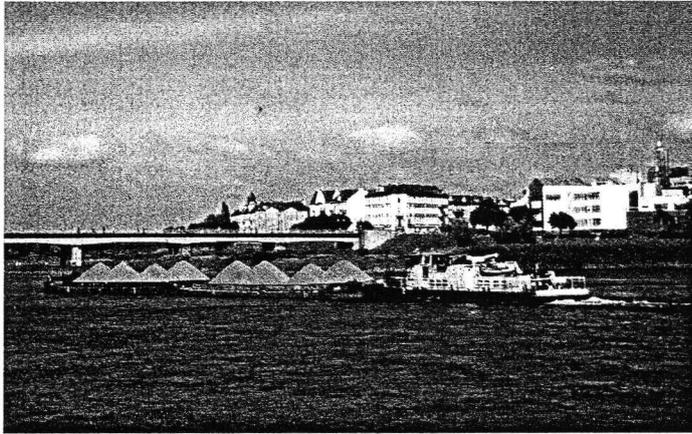


Foto: R. Knippschild

Geographische und naturräumliche Lage

Geographisch orientiert sich die polnisch-deutsche Grenze am Verlauf der Flüsse Oder und Neiße. Nur im Bereich Mecklenburg-Vorpommern verläuft eine Landgrenze. Aufgrund fehlender Brücken bzw. Grenzübergänge behindert diese Tatsache die Verbesserung der Zusammenarbeit, zumal seit 1999 keine neuen Brücken bzw. Grenzübergänge vorgesehen sind¹⁴.

Abbildung 3.6 Die Oder bei Kostrzyn. Das gegenüberliegende Ufer gehört zum deutschen Küstrin



Foto: R. Knippschild

Naturräumlich prägen die beiden Flüsse Oder und Neiße die Grenzregion. Von der Uecker-
münder Heide über die Odertalniederung und das Oderbruch verläuft die Grenzregion weiter

¹⁴ nach mündlicher Auskunft von Herrn Miros, Regierungszentrum für Strategiestudien in Warszawa (Warschau), am 14.06.2000

entlang des Guben-Forster Neißetals Richtung Zittauer Gebirge (Bertelsmann Lexikon Verlag (Hrsg.) 1989, S. 148, 196, 392).

Abbildung 3.7 Der Neuwarper See liegt zwischen dem polnischen Nowe Warpno und dem deutschen Altwarpm am Oderhaff

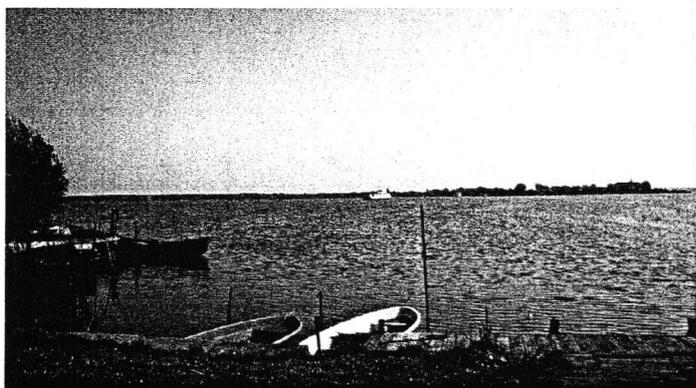


Foto: R. Knippschild

Bedeutende Städte in der Grenzregion sind Szczecin (Stettin), Frankfurt (Oder), Gorzów Wielkopolski (Landsberg (Warthe)), Cottbus, Zielona Góra (Grünberg) und Görlitz. Die Bundeshauptstadt Berlin ist nur 70 km von der polnisch-deutschen Grenze entfernt und schließt direkt an die Landkreise Märkisch-Oderland und Oder-Spree und somit an die polnisch-deutsche Grenzregion an.

Einige regionale Kennzahlen

Die hier aufgeführten Daten dienen im folgenden Kapitel der Bewertung der Grenzregion in einer Stärken-Schwächen-Analyse. Der aus den theoretischen Ansätzen in Kapitel 2 abgeleitete Untersuchungsbedarf ist Basis für diese Stärken-Schwächen-Analyse und somit auch für die nun folgenden Kennzahlen. Darüber hinaus werden im Folgenden einige weitere elementare Daten dargelegt, die der Einführung des Lesers in die Ausgangslage der Grenzregion dienen.

Tabelle 3.1 Bevölkerung und Einwohnerdichte

Euroregion	Einwohner	Einwohner/km ²
Pomerania (ohne schwedische Teilregion)	1.430.000 (1999)	73
Pro Europa Viadrina	850.000 (1999)	80
Spree-Neiße-Bober	950.000 (1999)	114
Neiße-Nisa-Nysa (ohne tschechische Teilregion)	1.250.000 (1998)	166

Quellen: Euroregion Pomerania (1999, S. 26), Euroregion Pro Europa Viadrina (1999, S. 9), Euroregion Spree-Neiße-Bober (1999, S. 8), Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen Kamenz, Statistisches Amt Jelenia Góra und Tschechisches Statistisches Amt, Bereich Liberec (1998, S. 37). Eigene Darstellung

Die Grenzregion hat eine Bevölkerung von etwa 4,5 Mio. Einwohnern. Die Bevölkerungsdichte ist in der gesamten Region gering und nimmt von Norden nach Süden leicht zu. Außer

der Agglomeration Szczecin (Stettin) ist die Grenzregion weitgehend ländlich strukturiert. Sowohl polnische als auch die deutsche Teilregion weisen in dieser Hinsicht kaum regionale Disparitäten auf. Vor allem in der deutschen Teilregion sind Abwanderungstendenzen zu beobachten. In der Euroregion Spree-Neiße-Bober verlor die deutsche Teilregion zwischen 1990 und 1997 15.000 Einwohner, was einem Bevölkerungsrückgang um 7% entspricht (Euroregion Spree-Neiße-Bober 1999, S. 8).

Tabelle 3.2 Arbeitslosenquote nach deutschen und polnischen Teilregionen

Euroregion	polnischer Teil	deutscher Teil
Pomerania (ohne schwedische Teilregion)	13,8 % (1999)	22,2 % (1999)
Pro Europa Viadrina	12,5 % (1999)	17,4 % (1999)
Spree-Neiße-Bober	15,6 % (1999)	21,8 % (1999)
Neiße-Nisa-Nysa (ohne tschechische Teilregion)	14,8 % (1998)	20,5 % (1998)

Quellen: Euroregion Pomerania (1999, S. 55), Euroregion Pro Europa Viadrina (1999, S. 12), Euroregion Spree-Neiße-Bober (1999, S. 13), Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen Kamenz, Statistisches Amt Jelenia Góra und Tschechisches Statistisches Amt, Bereich Liberec (1998, S. 66). Eigene Darstellung

Die Beschäftigungssituation auf polnischer und deutscher Seite weist erhebliche Unterschiede auf. Während die Arbeitslosigkeit in der polnischen Teilregion mit 13 bis 16% leicht über dem durchschnittlichen Wert in Polen von 13% im Jahr 1997 liegt (Institut für Management-, Markt- und Medieninformation 2000, S. 9), übersteigen die Werte in der deutschen Teilregion mit 17 bis 22% die durchschnittliche Arbeitslosenquote in Deutschland von 8,9% im November 2000 um mehr als das Doppelte (Statistisches Bundesamt, Webseite 1).

Tabelle 3.3 Regionale BIP im Vergleich, 1992

Regionen	BIP in USD pro Einwohner
Poznań (alte Wojewodschaft)	7.151
Gorzów (alte Wojewodschaft)	4.138
Zielona Góra (alte Wojewodschaft)	5.855
Ost-Brandenburg (Landkreise Frankfurt (Oder), Oder-Spree, Märkisch-Oderland, Cottbus und Spree-Neiße)	8.717
Berlin (Bundesland)	17.592
Westdeutschland (alte Bundesländer)	22.591

Quelle: Krätke (1998, S. 253). Eigene Darstellung

Die Gegenüberstellung der regionalen Bruttoinlandsprodukte verdeutlicht, dass aus Sicht der Bruttowertschöpfung die regionalen Disparitäten zwischen polnischer und deutscher Teilregion innerhalb der Untersuchungsregion im Jahre 1992 deutlich geringer waren, als zwischen der Untersuchungsregion und angrenzenden Regionen bzw. den alten Bundesländern.

Abbildung 3.8 Verfallene Häuser in Frankfurt (Oder)



Foto: R. Knippschild

Unter Annahme einer stärkeren Entwicklung der Wirtschaft in der polnischen im Vergleich zur deutschen Teilregion hat sich dieser Trend bis heute eher verstärkt. Eine wirtschaftliche Bruchkante findet sich nicht nur an der polnisch-deutschen Grenze, sondern auch zwischen der Grenzregion und den alten Bundesländern.

Tabelle 3.4 Durchschnittlicher Bruttoverdienst und Altersrente 1996 beispielhaft in der Euroregion Neiße-Nisa-Nysa

	Polnische Teilregion in DM	Deutsche Teilregion in DM
Durchschnittlicher monatlicher Bruttoverdienst	ca. 415,-	3526,-
Durchschnittliche monatliche Altersrente	ca. 270,-	1402,-

Quelle: Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen Kamenz, Statistisches Amt Jelenia Góra und Tschechisches Statistisches Amt, Bereich Liberec (1998, S. 70). Eigene Darstellung

Die Größenordnung der Bruttoverdienste und Altersrenten der polnischen und deutschen Haushalte macht den regionalen Unterschied bei den Einkommen innerhalb der Grenzregion deutlich. Während bei der Bruttowertschöpfung die regionalen Unterschiede zwischen polnischer und deutscher Teilregion nicht größer sind als zwischen starken und schwachen Regionen innerhalb Deutschlands, deuten die Vergleichszahlen der Einkommen der polnischen und deutschen Teilregion auf das große Wohlstandsgefälle hin.

Tabelle 3.5 Anteil der Beschäftigten in den drei Hauptwirtschaftsbereichen 1997 beispielhaft in der Euroregion Spree-Neiße-Bober

	Polnische Teilregion in %	Deutsche Teilregion in %
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	17,2	2,0
Produzierendes Gewerbe	25,9	35,2
Dienstleistungen	56,9	62,8

Quelle: Euroregion Spree-Neiße-Bober (1999, S. 11). Eigene Darstellung

Die Vergleichszahlen der Beschäftigten nach Sektoren macht deutlich, dass in der polnischen Teilregion im Vergleich zur deutschen Seite ein sehr viel größerer Anteil in der Landwirtschaft beschäftigt ist. Ansonsten lassen sich keine erheblichen regionalen Unterschiede feststellen.

Zusammenfassend lässt sich anhand der vorangegangenen Kenndaten festhalten, dass die polnischen und deutschen Teilregionen in den Bereichen Bevölkerung und Einwohnerdichte ähnlich strukturiert sind. Unterschiede lassen sich im Hinblick auf die Beschäftigungssituation, die Einkommen und in etwas geringerem Maße auf das regionale BIP sowie die sektorale Struktur ausmachen. Die deutschen Teilregionen weisen eine wesentlich höhere Arbeitslosenquote auf, während auf polnischer Seite der Anteil der in der Landwirtschaft Beschäftigten um ein Vielfaches höher ist.

3.2.2 Stärken-Schwächen-Analyse

In dieser Arbeit sollen die Instrumente der EU-Strukturpolitik im Hinblick auf eine nachhaltige Regionalentwicklung untersucht werden. Dazu ist es notwendig, Stärken und Schwächen aufzuzeigen, um Potenziale und Gefahren in der Untersuchungsregion benennen zu können. Im weiteren Verlauf der Arbeit ist es somit möglich, eine Bewertung im Hinblick auf die Förderung der identifizierten Stärken und die Beseitigung der Schwächen vorzunehmen. Die in Tabelle 3.6 dargestellte Stärken-Schwächen-Analyse basiert, wie bereits erwähnt, auf dem aus Kapitel 2 abgeleiteten Untersuchungsbedarf zur Überprüfung der theoretischen Ansätze.

Aus Kapitel 2.1 *Regionalentwicklungstheorien und -thesen* abgeleitete Untersuchungskategorien:

- Wirtschaftsgeographische Lage, Agglomerationsgrad
- Arbeitsmarkt, wirtschaftliche Situation, Sektorale Struktur
- Einkommensstruktur
- Infrastrukturausstattung

Aus Kapitel 2.2 *Nachhaltige Regionalentwicklung* abgeleitete Untersuchungskategorien:

- Energetischer Durchsatz, Einsatz regenerativer Energien
- Naturraum, natürliche Ressourcen, Abbauraten nicht erneuerbarer Rohstoffe
- Regionales Know-how, Institutionen und Schlüsselpersonen für eine nachhaltige Regionalentwicklung
- Regionale Identität und Kooperationsbereitschaft

Diese Untersuchungsfelder werden um die beiden Kategorien *Tourismus/Landwirtschaft* und *Bevölkerungsstruktur* ergänzt. Die genannten Untersuchungsbedarfe werden in der folgenden Stärken-Schwächen-Analyse abgehandelt. Lediglich die Kategorie *Regionales Know-*

how, Institutionen und Schlüsselpersonen für eine nachhaltige Regionalentwicklung wird zu einem späteren Zeitpunkt in Kapitel 3.3.2 bearbeitet.

Grundlage für die Analyse bilden die vorhandenen Stärken-Schwächen-Analysen der Euroregionen Pomerania, Pro Europa Viadrina und Spree-Neiße-Bober und das Jahrbuch 1998 der Euroregion Neiße-Nisa-Nysa. Ihre Aussagen werden unter Berücksichtigung der oben aufgestellten Untersuchungskategorien neu geordnet.

Tabelle 3.6 Stärken-Schwächen-Analyse für die Grenzregion

	Stärken	Schwächen
Bevölkerung, Einkommensstruktur	Hoher Anteil der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter	Wanderungsverluste im ländlichen Raum, negative Bevölkerungsentwicklung insbesondere in deutschen Teilregionen Große Unterschiede beim Einkommensniveau
Wirtschaftsgeographische Lage, Agglomerationsgrad	In Zukunft günstige geographische Lage im Hinblick auf die Erweiterung der EU	Derzeit periphere Lage aus Sicht der Binnenmärkte Gefahr der Entwicklung zur Transitregion ohne positive Effekte für die Region Ländliche Struktur ohne nennenswerte Agglomerationen trägt zur Strukturschwäche bei
Arbeitsmarkt, wirtschaftliche Situation, sektorale Struktur	Der hohe Anteil an unter 18-jährigen stellt ein kurz- und mittelfristiges Erwerbstätigenpotenzial dar, das in Zukunftsbranchen ausgebildet werden kann	Überdurchschnittlich hohe Arbeitslosigkeit insbesondere in den deutschen Teilregionen Zu schwache Exportorientierung auch bei forschungsintensiven Betrieben; Lagevorteile der Grenzregion werden nicht genutzt, unter anderem aufgrund defizitärer Infrastruktur Fehlende Fachkräfte für zukunftssträchtige Wirtschaftsbranchen Hoher Anteil der polnischen Beschäftigten in der Landwirtschaft
Infrastrukturausstattung	Ausreichend gute Verkehrsanbindungen der Teilregionen an die nationalen Zentren	Defizite bei grenzüberschreitenden Verbindungen selbst innerhalb der Euroregionen, Grenzübergänge in Anzahl und Kapazität unzureichend, vor allem für Fußgänger und Radfahrer in touristisch bedeutenden Gebieten Unterentwickelte touristische Infrastruktur
Tourismus, Landwirtschaft	Touristische Attraktionen von regionaler Bedeutung Weitgehende Bewahrung der kulturellen Identität Kleinteilig strukturierte Landwirtschaft bietet Potenziale für Tourismus	Ökologisierung der Landwirtschaft noch am Anfang Defizite bei regionaler Vermarktung Defizite beim regions- und grenzübergreifenden Tourismusmarketing
Energetischer Durchsatz, Einsatz regenerativer Energien	Teilweise gute Bedingungen zur Nutzung regenerativer Energien	Hoher energetischer Durchsatz durch Abbau und Verstromung von Braunkohle Kaum Einsatz erneuerbarer Energien
Naturraum, natürliche Ressourcen, Abbauraten nicht erneuerbarer Rohstoffe	In weiten Teilen naturbelassene Kulturlandschaft mit Reichtum an Tier- und Pflanzenarten Generell geringe Belastungen von Wasser, Luft und Böden	Punktuell starke Beeinträchtigungen der Umweltqualität. Auf polnischer Seite vor allem Probleme bei der Qualität der Fließgewässer Hohe Abbauraten nicht erneuerbarer Rohstoffe, vor allem Braunkohle
Regionale Identität und Kooperationsbereitschaft	Regionale Identität auf nationaler Ebene weitgehend bewahrt	Kaum grenzüberschreitende regionale Identität Mangelnde Sprachkenntnisse der Nachbarsprache und emotionale Vorbehalte führen zu geringer Kooperationsbereitschaft

Quelle: Quellen: Euroregion Pomerania (1999, S. 132-153), Euroregion Pro Europa Viadrina (1999, S. 18-21), Euroregion Spree-Neiße-Bober (1999, S. 33-43). Eigene Darstellung

Aus der Grenzlage der Untersuchungsregion ergeben sich für ihre Entwicklung sowohl Stärken als auch Schwächen. Mit Öffnung der Grenzen ist zu erwarten, dass Schwächen, wie

etwa die aus nationaler Sicht gesehene periphere Lage, immer mehr durch Stärken, die sich aus der Internationalität ergeben, kompensiert werden. Vor allem aus der Sichtweise einer nachhaltigen Regionalentwicklung kann die Grenzregion Stärken vorweisen, wie Potenziale im Tourismus, eine weitgehend intakte Kulturlandschaft, geringe Umweltbelastungen und die kulturelle Vielfalt. Dem stehen gravierende Schwächen, wie hohe Arbeitslosigkeit, Abwanderungstendenzen, Defizite bei der grenzüberschreitenden Infrastrukturausstattung oder die mangelnde Kooperationsbereitschaft gegenüber, denen es entgegenzuwirken gilt.

3.3 Die Rahmenbedingungen für die Entwicklung der Grenzregion

Neben der regionsspezifischen Ausgangslage ist es wichtig, auch auf externe Faktoren einzugehen, die die Entwicklung der Grenzregion beeinflussen. Zu diesen Faktoren zählen die Umstrukturierungen der Regionalpolitik in Polen sowie die zahlreichen Akteure und Institutionen, die in die grenzüberschreitende Zusammenarbeit eingebunden sind. Es gilt die Ausgangslage in diesen beiden Bereichen darzulegen und im Hinblick auf die Fragestellung der Arbeit zu bewerten.

3.3.1 Die Rolle der Regionalpolitik in Polen im Vergleich zu Deutschland

Die geänderte Situation der Regionalpolitik Polens, bedingt durch die Gebietsreform im Jahr 1999, schafft eine neue Ausgangsbasis für innovative Prozesse. Eine kompetente Verwaltung auf regionaler Ebene ist Voraussetzung für die Regionalisierung von Entscheidungsprozessen im Sinne einer nachhaltigen Regionalentwicklung. Die Ansätze einer regionalisierten Strukturpolitik der Europäischen Union setzen ebenfalls das Vorhandensein von Regionalverwaltungen voraus. Die Betrachtung der Umstrukturierungsprozesse auf regionaler Ebene ist wichtig für die Erarbeitung der Entwicklungspfade in Kapitel 5 und für die in Kapitel 6 zu formulierenden Leitlinien für die Regional- und Strukturpolitik.

Die Reform des Verwaltungsaufbaus von 1999

Am 1. Januar 1999 trat in der Republik Polen eine neue Verwaltungsgliederung in Kraft. Das bisherige zweistufige Verwaltungssystem wurde in ein dreistufiges überführt. Zuvor gab es über der Ebene der Gemeinden nur die Wojewodschaftsebene mit 49 Wojewodschaften. Seit 1999 gibt es, wie in Deutschland, eine Kreisebene; die Anzahl der Wojewodschaften ist auf 16 gesunken (Czyż 1999, S. 33 ff.).

In den neuen Wojewodschaften werden Entscheidungen auf regionaler Ebene in den Wojewodschafts-Parlamenten gefällt; sie sind mit weitreichenden Planungskompetenzen ausgestattet. Kopf der Wojewodschafts-Parlamente ist der gewählte Marschall. Der von Warschau aus in jede Wojewodschaft gesandte sogenannte Wojewode¹⁵ soll nur Kontrollfunktionen übernehmen¹⁶. Die neu eingerichtete Kreisebene spielt derzeit aufgrund fehlender Mittel noch eine untergeordnete Rolle. Mit Planungskompetenzen sind die Kreise bisher nicht ausgestattet¹⁷.

Ziel dieser Neugliederung ist die Dezentralisierung der Entscheidungsstrukturen in der Republik Polen. Der Aufbau lokaler und regionaler Verwaltungen wird erleichtert. Die neu geschaffenen Kreise und Wojewodschaften sollen nach dem Subsidiaritätsprinzip weitgehende

¹⁵ Die Wojewoden sind von der Regierung gesandte Kontrollbeauftragte in den Wojewodschaften.

¹⁶ nach mündlicher Auskunft von Herrn Miros, Regierungszentrum für Strategiestudien in Warszawa (Warschau), am 14.06.2000

¹⁷ ebd.

Selbstverwaltungsrechte erhalten, das heißt jede Ebene soll diejenigen Funktionen der Staatsgewalt übernehmen, welche sie unter Nutzung lokaler und regionaler Potenziale am effektivsten erfüllen kann (ebd.).

Akteure der Regionalpolitik in Polen

Wichtige Akteure in der Regionalpolitik sind seit der Reform der Verwaltungsgliederung die 16 neuen **Wojewodschaften**. Seit 1999 tangieren die drei Wojewodschaften Zachodniopomorskie (Westpommern), Lubuskie (Lebus) und Dolnośląskie (Niederschlesien) die deutsche Grenze. Die Marschallämter sind neben anderen Planungskompetenzen mit der Koordinierung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit beauftragt¹⁸.

Neben den üblichen staatlichen Akteuren der Regionalpolitik, wie die Wojewodschaften und die zuständigen Ministerien, gibt bzw. gab es in Polen zwei wichtige Institutionen, die hier kurz genannt werden.

Seit 1992 sind in Polen **Agenturen zur Regionalentwicklung**¹⁹ entstanden (Sartorius 1997, S. 131). Diese Agenturen sind mit 16 Geschäftsstellen dezentral in den Regionen vertreten und als Stiftung organisiert. Ziel ist es, ausgewählte Regionen in Polen in ihrer Entwicklung zu fördern, indem regionale Potenziale identifiziert, mobilisiert und unterstützt werden (PARR (Polnische Agentur für die Regionale Entwicklung) o.J., S. 1). In ausgewählten Regionen werden durch ausländische Geldgeber Hilfsprogramme zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung finanziert (ebd.).

Im Jahre 1995 wurde auf Initiative der polnischen Regierung und der Europäischen Kommission die **Task Force for Regional Development in Poland** gegründet. Die elfmonatige Tätigkeit dieser Arbeitsgruppe mündete in Vorschläge zur Gestaltung der zukünftigen Regionalpolitik Polens (Sartorius 1997, S. 131). Die Ergebnisse lassen sich folgendermaßen zusammenfassen. Die polnische Regionalpolitik sollte so gestaltet sein, dass

- sie den Prinzipien der Strukturfonds, wie Subsidiarität, integriertem Vorgehen, sozialer Partnerschaft, Kofinanzierung der Vorhaben etc. entspricht,
- ihre Maßnahmen zur Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit der Regionen beitragen,
- eine gezielte internationale Förderung mittels konkreter Projektkonzeption stattfindet (ebd., S. 132).

Die Task Force for Regional Development in Poland hat die Entwicklung der Regionalpolitik in Polen in den letzten Jahren entscheidend beeinflusst.

Ziele der Regionalpolitik in Polen

Ziel der polnischen sozioökonomischen Kohäsionspolitik ist laut dem Vorläufigen Nationalen Entwicklungsplan 2000-2002 die Grundsteinlegung für die Erhöhung der polnischen Wirtschaftskraft und die Verbesserung der Lebensbedingungen im Hinblick auf den Beitritt zur Europäischen Union (Ministry of Economy 1999, S. 21). Zur Erreichung dieses Ziels sind folgende Strategien für die Fragestellung dieser Arbeit interessant:

- Schaffung von Bedingungen für eine ausgewogene, nachhaltige Entwicklung mittels Modernisierung und Entwicklung der Infrastruktur im Umweltbereich;

¹⁸ nach mündlicher Auskunft von Herren Watterott, Geschäftsführer Euroregion Neiße-Nisa-Nysa in Zittau, am 28.09.2000

¹⁹ Polska Agencja Rozwoju Regionalnego S.A. (PARR)

- Förderung der Entwicklungspotenziale der Regionen und Entgegenwirken bei Niedergangstendenzen in bestimmten Gebieten (vgl. ebd., S. 24).

Sartorius fasst die Ziele der polnischen Regionalpolitik wie folgt zusammen:

„Ziel ist es *nicht*, eine Angleichung der Lebensbedingungen um jeden Preis durchzusetzen und die regionalen Unterschiede durch einen staatlichen Mechanismus zuzuschütten. Vielmehr ist es das Ziel der polnischen Regionalpolitik, die regionalen Unterschiede positiv zu nutzen, das heißt die vorhandenen Kräfte der Region zu stärken, die Chancen, die sich in den Regionen ergeben, aufzudecken, praktisch zu nutzen und, wo nötig, durch gezielte Maßnahmen zu unterstützen.“
(Sartorius 1997, S. 136, Hervorhebungen im Original)

Vergleich zu Deutschland

Aufgrund der sehr kurzen Zeitspanne seit der Einführung der regionalen Ebene im Verwaltungsaufbau der Republik Polen konnte sich die Regionalpolitik noch nicht in dem Maße etablieren, wie dies in Deutschland der Fall ist. Aus diesem Grund hat die Regionalpolitik in Polen noch eine schwächere Stellung. Lediglich die Ebene der Wojewodschaften wurde mit nennenswerten regionalplanerischen Kompetenzen ausgestattet. Zwischen Wojewodschaft und Gemeinde stehen die neu eingerichteten Kreise, die bisher allerdings über keinerlei planerische Kompetenzen verfügen.

Ziel der Reform der Verwaltungsstrukturen in Polen war nicht der Aufbau einer föderalen Struktur, sondern die Dezentralisierung der Entscheidungsstrukturen (Sartorius 1997, S. 140). Daraus ergeben sich Unterschiede bei den Akteuren auf regionaler Ebene. Während sich die Akteurskonstellationen in Deutschland je nach Bundesland unterscheiden, sind diese in Polen einheitlich organisiert. Wojewodschaften und regionale Entwicklungsagenturen sind landesweit gleich aufgebaut.

In beiden Ländern sind die Ziele der Regionalentwicklung ähnlich. Allerdings wird in Polen das Leitbild des Wettbewerbs zwischen den Regionen stärker formuliert als in Deutschland. Die Forderung nach einer nachhaltigen Regionalentwicklung wird in Polen stärker mit der Entwicklung der Infrastruktur und der Wirtschaft in Verbindung gebracht (Ministry of Economy 1999, S. 24).

3.3.2 Die Akteure der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit

Akteure der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit findet man in der Grenzregion auf allen Verwaltungsebenen. Auf Bundesebene existiert die Deutsch-Polnische Raumordnungskommission, auf Länderebene kooperieren die deutschen Bundesländer mit den polnischen Wojewodschaften und auf regionaler bzw. kommunaler Ebene sind die vier polnisch-deutschen Euroregionen aktiv. Neben diesen institutionalisierten Formen der Zusammenarbeit gibt es auch Kooperationen zwischen polnischen und deutschen Landkreisen²⁰ sowie weitere grenzüberschreitend arbeitende Institutionen.

Die Deutsch-Polnische Raumordnungskommission

Die Deutsch-Polnische Raumordnungskommission wurde in den Jahren 1991/92 gebildet und hat folgenden Vorhaben umgesetzt (Freiherr von Malchus 1996b, S. 40).

²⁰ Ein Beispiel ist die Kooperation zwischen dem Landkreis Zittau-Löbau und dem Kreis Lubań Śląskie (Lauban) (nach mündlicher Auskunft von Herren Watterott, Geschäftsführer Euroregion Neiße-Nisa-Nysa in Zittau, am 28.09.2000).

Am 24.05.1995 wurden die **Raumordnerischen Leitbilder für den Raum entlang der deutsch-polnischen Grenze** beschlossen (ebd., S. 41). Dieses Dokument enthält drei Leitbilder jeweils mit Begründung und Ziel, Maßnahmen zur Umsetzung, möglichen Handlungsfeldern bzw. Projekten:

- Leitbild „Sicherung und Entwicklung naturräumlicher Potenziale und Sanierung der geschädigten Flächen“;
- Leitbild „dezentrale Siedlungsstruktur“;
- Leitbild „Infrastruktur, orientiert an naturräumlichen Erfordernissen, als Verbindungselement der Städte/Zentren im Siedlungssystem“ (Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau 1994, S. 29 ff.).

Ausgangslage für die Erarbeitung des **Deutsch-Polnischen Handbuchs der Planungsbegriffe** waren Probleme bei der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit die sich aus unterschiedlichen Methoden, Definitionen, Planzeichen und gesetzlichen Grundlagen der beiden Länder ergaben. Das Handbuch enthält daher eine Übersicht über die jeweiligen Planungssysteme in Polen und Deutschland, des Staats- und Verwaltungsaufbaus und einen Katalog der wichtigsten Planungsbegriffe (Freiherr von Malchus 1996b, S. 42 f.). Das Handbuch erschien 1995 und bedarf aufgrund der angesprochenen Änderungen auf polnischer, aber auch auf deutscher Seite einer Überarbeitung.

Die **Deutsch-Polnische Wirtschaftsförderungsgesellschaft** wurde 1992 als Aktiengesellschaft gegründet und dient der Entwicklung der Unternehmenskooperation sowie der Wirtschaftsbeziehungen zwischen polnischen und deutschen Unternehmen. Sie dient als Berater- und Betreuerin bei der Beschaffung von Fördermitteln und ist darüber hinaus in den Bereichen Kultur, Umwelt und Tourismus aktiv (Deutsch-Polnische Wirtschaftsentwicklungsgesellschaft mbH, Webseite 1).

Zusammenarbeit zwischen Bundesländern und Wojewodschaften

Neben grenzüberschreitenden Planungen auf Länderebene²¹ ist in dieser Arbeit vor allem die Zusammenarbeit im Zuge der EU-Förderung von Interesse. Die Förderung der EU in der Grenzregion wurde bis 1999 durch die „Operationellen Programme“ geregelt. In der neuen EU-Förderperiode 2000-2006 werden diese Programme durch die „Gemeinsamen Deutsch-Polnischen Planungsdokumente“ ersetzt. Diese enthalten unter anderem zu fördernde Projekte und Finanzierungsvorschläge. Derzeit existieren drei dieser Teildokumente für die polnisch-deutsche Grenzregion. Sie sollen in ein so genanntes Gemeinsames deutsch-polnisches Planungsdokument (JPD – Joint Programming Document) für die gesamte polnisch-deutsche Grenzregion eingebracht werden, welches von der Europäischen Kommission verabschiedet werden soll. Die drei bisherigen Dokumente beziehen sich direkt auf die Fördermöglichkeiten im Rahmen der EU-Programme Interreg und Phare CBC (Morhard 1999, S. 16). Das heißt sie sind bei der Verteilung der Mittel der Strukturfonds in der Grenzregion maßgeblich²².

²¹ Ein Beispiel sind die Planungen im Grenzraum Brandenburg-Polen. Weitere Informationen: Institut für Stadtentwicklung und Wohnen des Landes Brandenburg (1996): Stadtentwicklung im Grenzraum Brandenburg – Polen, Beiträge zu Stadtentwicklung und Wohnen im Land Brandenburg, Schriftenreihe 3 – 96.

²² Eine ausführliche Abhandlung der EU-Instrumente Interreg und Phare CBC erfolgt in Kapitel 4.2.

Die Euroregionen

Zwischen 1991 und 1995 wurden entlang der polnisch-deutschen Grenze die vier Euroregionen Pomerania (1995), Pro Europa Viadrina (1993), Spree-Neiße-Bober (1993) und Neiße-Nisa-Nysa (1991) gegründet. Alle vier sind voneinander unabhängig organisiert und teilweise unterschiedlich strukturiert. Gemein ist allen Euroregionen, dass sie jeweils eine polnische und eine deutsche Vertretung²³ haben, wobei die deutsche Seite immer als eingetragener Verein organisiert ist²⁴. Auf polnischer Seite sind die Kommunen zu Kommunalverbänden zusammengeschlossen (Morhard 1999, S. 3). Mitglieder der Euroregionen sind in der Regel die Kommunen, das heißt die Landkreise auf deutscher und die Gemeinden auf polnischer Seite. Je nach Euroregion kommen die neu eingerichteten Kreise zu den Wirtschafts- und anderen Interessenverbänden auf beiden Seiten der Grenze hinzu. Die Euroregionen verstehen sich als Koordinatoren und Moderatoren der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, teilweise auch als Initiatoren, wenn es um Projektvorschläge kommunenübergreifender Projekte geht²⁵.

²³ In der Euroregion Pomerania gibt es außerdem eine schwedische und in der Euroregion Neiße-Nisa-Nysa eine tschechische Vertretung.

²⁴ nach mündlicher Auskunft von Herrn Wulf, Koordinator Interreg Euroregion Pomerania in Löcknitz, am 25.09.2000

²⁵ ebd.

Für alle Euroregionen lassen sich folgende Zielbereiche zusammenfassen:

- „Verminderung der hinderlichen Wirkungen der Staatsgrenzen;
- Förderung der Integration der Region und Steigerung des regionalen Bewusstseins;
- Anhebung des Wohlstandes der Einwohner beiderseits der Grenzen;
- Ausbau der Verkehrs- und Kommunikationsinfrastruktur;
- Verbesserung der Natur und der Umwelt sowie der kulturellen Lebensbedingungen und
- Entfaltung des wirtschaftlichen Potentials, Verbesserung des Arbeitsmarktes und Erhöhung der Wirtschaftskraft der Euroregionen.“ (Freiherr von Malchus 1996c, S. 66)

Die Euroregionen sind in den Prozess der Projektförderung durch die EU-Strukturpolitik direkt eingebunden. Als Entscheidungsgrundlage haben die sie so genannte Entwicklungs- und Handlungskonzepte erarbeitet²⁶. Auf die Rolle der Euroregionen im Rahmen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und der Projektförderung wird in Kapitel 4 näher eingegangen.

Sonstige grenzübergreifende Akteure

Neben den Euroregionen gibt es weitere Akteure, die auf regionaler Ebene grenzüberschreitend kooperieren. So existieren **Kooperations- und Partnerschaftsverträge** zwischen einzelnen Kreisen auf polnischer und Landkreisen auf deutscher Seite²⁷, aber auch zwischen Städten auf beiden Seiten der Grenze.

Weiterhin spielen auch die **regionalen Planungsverbände und regionalen Planungsgemeinschaften** auf deutscher Seite eine Rolle bei der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Ein Beispiel für eine grenzübergreifende Planung ist das *Strukturkonzept zur nachhaltigen Entwicklung der Insel Usedom-Wolin*, das auf eine Initiative des Regionalen Planungsverbands Vorpommern mit Sitz in Greifswald zurückgeht²⁸.

Darüber hinaus agieren weitere **nicht-staatliche Akteure** grenzüberschreitend zwischen Polen und Deutschland. Beispiele sind die Deutsch-Polnischen Gesellschaften oder der Deutsch-Polnische Umweltrat beider nationalen Regierungen mit ihren Aktivitäten im Bereich Umweltschutz (Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit 2000, S. 547 ff.).

3.4 Wo besteht Handlungsbedarf?

Im Folgenden werden die Ergebnisse der Analyse im Hinblick auf die Fragestellung der Arbeit bewertet. Es werden Stärken und Schwächen der Grenzregion zusammenfassend aufgezeigt, so dass nach dem Ansatz der nachhaltigen Regionalentwicklung Handlungsbedarfe zur Förderung der Stärken und zum Abbau der Schwächen aufgezeigt werden können. Dieser Schritt erfolgt am Schluss des Kapitels in Form von thesehaften Handlungsbedarfen,

²⁶ nach mündlicher Auskunft der Gesprächspartner in den Euroregionen

²⁷ Ein Beispiel ist die Partnerschaft zwischen dem Niederschlesischen Oberlausitzkreis und dem Kreis Żary. Weitere Informationen siehe unter: http://www.nol-kreis.de/ak3_1999.htm

²⁸ Weitere Informationen siehe unter: Regionaler Planungsverband Vorpommern (2000): Strukturkonzept zur nachhaltigen Entwicklung der Insel Usedom-Wolin – Studie zur grenzübergreifenden Planung.

die im anschließenden Kapitel 4 als Grundlage für eine Bewertung der EU-Strukturpolitik dienen können.

Stärken kontra Schwächen

Weite Teile der polnisch-deutschen Grenzregion sind strukturschwach. Die ländliche Struktur, hohe Arbeitslosenzahlen und Abwanderungstendenzen sind typische Phänomene der Region. Die Potenziale der Grenzlage können bisher nicht genutzt werden. Dies ist unter anderem auf Defizite der grenzüberschreitenden Infrastruktur, nicht nur an Grenzübergängen, sondern auch an so genannten „weicher“ Infrastruktur, wie zum Beispiel kulturellen Einrichtungen, zurückzuführen. Folgen sind, dass Potenziale, die aus den Stärken der Grenzregion, wie zum Beispiel den Qualitäten des Natur- und Kulturräumes, hervorgehen könnten, etwa für den Tourismus nicht genutzt werden. Gleiches gilt für die wirtschaftliche Nutzung der Grenzlage.

Die Region ist für grenzüberschreitend agierende Unternehmen so lange unattraktiv, wie fehlende Kooperationsbereitschaft zwischen Verwaltungen, bereits existierenden Unternehmen und Bevölkerung auf beiden Seite der Grenze herrschen. Die Schwäche der fehlenden grenzüberschreitenden Identität der Grenzregion wird durch mangelnde Sprachkenntnisse und kulturelle Hemmnisse verstärkt. Erst wenn die Schwächen der Grenzregion abgebaut werden, wird es gelingen, die Stärken zu entwickeln. Beide Strategien müssen parallel verfolgt werden, um eine zukunftsfähige und endogene Entwicklung anzustreben.

Regionale Verwaltungsebene in Polen im Umbruch

Aufgrund der kurzen Zeitspanne seit der Neugliederung der Verwaltungsstrukturen gibt es erst wenige Erfahrungen mit der neuen Regionalpolitik in Polen. Die neu geschaffene Verwaltungsebene hatte kaum die Möglichkeit sich zu etablieren. Die Koordination zwischen den Institutionen ist gemäß der kurzen Zeiträume seit der Neugliederung stellenweise noch mangelhaft. Eine Bewertung der neuen Rolle der Regionalpolitik in Polen ist daher nur in Ansätzen möglich.

Im Allgemeinen ist positiv hervorzuheben, dass es nach der Reform in Polen mit den neuen Wojewodschaften eine starke regionale Ebene mit weitreichenden Kompetenzen in der Regionalplanung gibt. Die Ebene der Kreise spielt in der Regionalpolitik derzeit leider keine Rolle.

Maxime zur Entwicklung auf regionaler Ebene ist die Stärkung des Wettbewerbs zwischen den Regionen (Szlachta 1999, S. 168). Die regionalen Potenziale sollen gefördert und als Wettbewerbsvorteil ausgebaut werden (Strzelecki 1999, S. 90). Allerdings ist zu befürchten, dass schwächere Regionen diesen Wettbewerb aufgrund fehlender Mittelzuweisungen verlieren und den großen regionalen Disparitäten in Polen nur unzureichend entgegengewirkt werden kann. Es wird jedoch weiterhin eine nachhaltige Entwicklung in den Regionen gefordert (Ministry of Economy 1999, S. 24 ff.). Allerdings fehlen neben konkreten Maßnahmen geeignete Strategien zur Erreichung dieses Ziels.

Die institutionellen Voraussetzungen für eine Regionalpolitik, die eine nachhaltige Regionalentwicklung unterstützt, sind in Polen mit der Ebene der Wojewodschaften gegeben. Allerdings gehen die Kompetenzen auf regionaler Ebene noch nicht weit genug. Ebenso fehlen konkrete Strategien zur Umsetzung der bereits formulierten Ziele.

Fehlende Koordination zwischen den Akteuren

Entlang der polnisch-deutschen Grenze ist eine Vielzahl von Akteuren auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene planerisch aktiv. Im Hinblick auf eine nachhaltige Regionalentwicklung stellen diese Akteure ein nicht zu vernachlässigendes Potenzial dar, auch wenn die meisten von ihnen nur in geringem Maße über planerische Kompetenzen verfügen (Górka 1999, S. 86).

Mit den reformierten Wojewodschaften steht in Polen eine kompetente, dezentrale Verwaltungsebene den deutschen Bundesländern gegenüber. Die Euroregionen stellen auf regionaler Ebene zusätzlich ein großes Potenzial dar. Nur sie sind als planerische und dauerhaft agierende Akteure grenzüberschreitend tätig und bilden die Basis für eine Zusammenarbeit auf lokaler und regionaler Ebene. Im Hinblick auf eine nachhaltige Regionalentwicklung kommt ihnen eine große Bedeutung zu. Weiterhin sind die nicht-staatlichen Akteure in der Grenzregion nicht zu unterschätzen. Sie stellen im Hinblick auf eine stärkere Kooperation und Partizipation bei der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit ebenfalls ein Potenzial dar.

Bei der institutionellen Ausstattung der Grenzregion unterbleibt die Koordination zwischen den Akteuren. Es fehlen federführende Institutionen zur Koordinierung der Aktivitäten auf den verschiedenen Ebenen. Viele Prozesse der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit sind wenig transparent und machen die Einbindung weiterer Akteure schwierig. Hier ist eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit nötig.

Aus der Analyse abgeleitete Handlungsbedarfe für die Grenzregion

Die in Kapitel 2.2 formulierten Bausteine einer nachhaltigen Regionalentwicklung waren Basis für die Analyse der Grenzregion in diesem Kapitel. Im Folgenden werden die Ergebnisse der vorangegangenen Analyse den Bausteinen einer nachhaltigen Regionalentwicklung gegenübergestellt. Es ergeben sich Handlungsbedarfe zur Erreichung des Leitbilds einer nachhaltigen Regionalentwicklung unter Beachtung der gegebenen Ausgangslage der Grenzregion. Die folgenden thesenhaft formulierten Handlungsbedarfe bilden somit die Schnittstelle zwischen der Analyse und den Arbeitsschritten im Anschluss. Sie dienen im weiteren Verlauf der Arbeit als Hilfe bei der Aufstellung von Kriterien für die Bewertung der EU-Instrumente und Projekte.

Handlungsbedarf 1

Der Strukturschwäche in der polnisch-deutschen Grenzregion muss entgegengewirkt werden. Grenzübergreifende Kooperation zwischen Verwaltungen, Unternehmen und auf kultureller Ebene muss durch einen Ausbau der grenzüberschreitenden Infrastruktur gefördert werden. Nur so kann die Region Potenziale, die sich aus ihrer Grenzlage ergeben, nutzen.

Handlungsbedarf 2

Die Potenziale des Natur- und Kulturräumens und der natürlichen Ressourcen in der Grenzregion müssen geschützt und gestärkt werden. Beeinträchtigungen der Umweltqualität muss entgegengewirkt, regionale Stoffkreisläufe müssen geschlossen werden.

Handlungsbedarf 3

Regionale Identitäten müssen auch grenzübergreifend gefördert werden. Hemmnisse aufgrund der unterschiedlichen Kulturen und Sprachen müssen abgebaut werden.

Handlungsbedarf 4

Die regionale Verwaltungsebene in Polen muss weiter gestärkt und mit Kompetenzen und Mitteln ausgestattet werden.

Handlungsbedarf 5

Die Koordination zwischen den verschiedenen Akteuren in der Grenzregion muss erleichtert werden. Kooperations- und Kommunikationsprozesse müssen gefördert werden.

4 Instrumente und Projekte der EU-Strukturpolitik an der polnisch-deutschen Grenze

Die Bewertung der EU-Strukturpolitik unter dem Leitbild einer nachhaltigen Regionalentwicklung stellt den Kernpunkt dieser Arbeit dar. Neben zwei relevanten Instrumenten der EU-Strukturpolitik werden exemplarisch auch ausgewählte Projekte, die eine EU-Förderung genießen oder genossen haben, in die Betrachtung einbezogen. Zu Beginn des folgenden Kapitels werden zunächst verschiedene Methoden zur Bewertung von Programmen und Projekten vorgestellt und für die Eignung im Rahmen dieser Arbeit bewertet (Kapitel 4.1). In einem zweiten Schritt gilt es, die zwei für die Grenzregion relevanten Instrumente, Interreg A und Phare CBC, vorzustellen und mittels den zuvor diskutierten Methoden zu bewerten (Kapitel 4.2), um in einem dritten Teil auf die durch diese Programme geförderten Projekte einzugehen und die Wirkung der EU-Instrumente zu überprüfen (Kapitel 4.3). In einer Zusammenfassung der verschiedenen Bewertungsschritte wird die Frage nach der Förderung einer nachhaltigen Regionalentwicklung durch die EU-Strukturpolitik aufgegriffen (Kapitel 4.4).

Zur Eingrenzung des Untersuchungsfeldes dieser Arbeit beschränkt sich die Betrachtung auf die Programme Interreg A und Phare CBC. Diese beiden Instrumente dienen der Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und der Entwicklung von Grenzregionen und sind daher für die Fragestellung dieser Arbeit maßgeblich. Die weiteren Instrumente der EU-Strukturpolitik beeinflussen in unterschiedlichem Maße ebenfalls die Entwicklung der polnisch-deutschen Grenzregion, ihre Betrachtung würde jedoch den Rahmen dieser Arbeit sprengen bzw. ist aufgrund des gesetzten Schwerpunkts nicht zu leisten. Daher beschränken sich die vorgestellten Projekte in Kapitel 4.3 ebenfalls auf solche, die eine Interreg A- oder Phare CBC-Förderung genossen haben oder genießen.

Der Frage, welche Auswirkungen die EU-Osterweiterung auf die zukünftige Strukturpolitik der EU, aber auch auf die Regionalpolitik in Mitglieds- und Beitrittsstaaten haben wird, soll in dieser Arbeit nicht nachgegangen werden²⁹. Hier werden lediglich die Aussagen der gegenwärtigen EU-Strukturpolitik für die Grenzregion bewertet und die Auswirkungen durch die von ihr geförderten Projekte abgeschätzt.

4.1 Bewertungsmethoden für Programme und Projekte

Die Diskussion um Bewertungsmethoden der Strukturpolitik befindet sich laut Europäischer Union in einer Reifephase (European Commission 1999c, S. 3). Seitens der Europäischen Kommission selbst, aber auch von Forschungsinstituten sind bereits verschiedene Methodikansätze zur Bewertung entwickelt worden. Im Folgenden werden drei der derzeit diskutierten Ansätze zur Programm- und Projektbewertung vorgestellt. Während sich die zuerst vorgestellte Mapping-Methode auf die Bewertung von Programmen bezieht, dienen die Interactive Project Selection Procedure (IPSP)-Methode und die Multikriterienanalyse der Bewertung von Projekten. Abschließend muss erwähnt werden, dass es bisher keine Methode gibt, die sich ohne Einschränkungen im Rahmen der Bewertung anwenden ließe. Daher wird in Kapitel 4.4.1 eine eigene Bewertungsmethodik unter Zuhilfenahme der dargelegten Methoden abgeleitet.

²⁹ Zur weiteren Vertiefung dieser Fragestellung seien hierzu folgende Quellen empfohlen: Eser, T.: Räumliche Auswirkungen der geplanten Osterweiterung auf die Regionen der EU. In: Informationen zur Raumentwicklung 9/1998, S. 587-607 und Eser, T., Hallet, M.: Der mögliche Beitrag der EG-Regionalpolitik bei der Osterweiterung der EG: Hilfe oder Hindernis. In: Osteuropa-Wirtschaft 3/1993, S. 195-217

4.1.1 Die Mapping-Methode bei der Ziel-2-Untersuchung in Nordrhein-Westfalen

Die Mapping-Methode wurde vom Institut ECOTEC Research and Consulting Ltd. in Großbritannien entwickelt und in Deutschland zur Einschätzung des Beitrags des nordrhein-westfälischen Ziel-2-Programms 1997-1998 für eine nachhaltige Entwicklung angewendet. Dabei sollte überprüft werden, ob wesentliche Aspekte der Nachhaltigkeitsdiskussion durch das Programm abgedeckt werden (Ministerium für Wirtschaft und Mittelstand, Technologie und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen 1999, S. 32). Die Ausrichtung des Ziel-2-Programms wurde dabei den drei folgenden Kategorien von Aktionsbereichen zugeordnet und anhand dieser überprüft:

- „Weiter wie bisher
- Minimierung der Umweltbelastungen
- Neuorientierung auf nachhaltige Entwicklung“ (ebd., S. 3)

Zunächst erfolgt eine Einordnung der Maßnahmen des Programms in die genannten Kategorien. Dabei werden für jede Maßnahmenart Untersuchungsfragen und Beispiele formuliert. „Die Anwendung der Methode besteht nun darin, den in bestehenden Ziel-2-Programmen formulierten Maßnahmen mittels der Fragen und Beispiele den vorgegebenen Maßnahmen zuzuordnen“ (ebd., S. 5). Dieser Prozess wird als Mapping bezeichnet. In einem weiteren Schritt wird die Gegenüberstellung ausgewertet und interpretiert (ebd., S. 24 f.).

Bei der Anwendung der Mapping-Methode für die Bewertung des Ziel-2-Programms in Nordrhein-Westfalen wurde die begrenzte Aussagekraft deutlich. Kritisch anzumerken ist etwa, dass es mittels dieser Methode nicht möglich ist, positive Wirkungen von nicht explizit auf Nachhaltigkeit ausgerichteten Programmen bewerten zu können. So können beispielsweise durch eine Maßnahme nachhaltige Projekte gefördert werden, obwohl dies nicht ausdrückliches Ziel des Programms war. Nach Auffassung des Ministeriums für Wirtschaft und Mittelstand, Technologie und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen (1999, S. 32) ist daher eine Erweiterung dieser Methode erforderlich. Hierzu ist beispielsweise die Überprüfung von Projekten zur Konkretisierung der Bewertung erforderlich, die durch das entsprechende Programm gefördert wurden. Diese Aussage rechtfertigt die vorgenommene Bewertung von Interreg A- und Phare CBC-geförderten Projekten im weiteren Verlauf dieses Kapitels.

4.1.2 Die IPSP-Methode (Interactive Project Selection Procedure) des TAURUS-Instituts

Ausgangslage bei der Entwicklung der IPSP-Methode durch das TAURUS-Institut³⁰ war die Erkenntnis, dass die Schritte der Aufstellung eines Programms, der Projektauswahl und der Bewertung bei der EU in der Regel zu eng beieinander liegen, so dass eine unabhängige und neutrale Auswahl der Projektvorschläge und Bewertung der Projekte kaum möglich ist (Eser, Sauerborn, Tischer 2000, S. 5). Daher handelt es sich bei der IPSP-Methode um eine interaktive und prozessbegleitende Bewertungsmethode, mit dem Ziel, größtmögliche Transparenz, Partizipation, Offenheit und Akzeptanz im Bewertungsprozess zu erreichen. Die Methode setzt bereits bei der Auswahl der Projektvorschläge an und begleitet den gesamten Förderprozess. Dabei leitet ein Team von Moderatoren und Helfern den Bewertungsprozess an (ebd., S.21). Folgende Schritte kennzeichnen die IPSP-Methode:

- Benennung eines Auswahlkomitees

³⁰ TAURUS - Gesellschaft für Umwelt-, Regional- und Wirtschaftsentwicklung mbH Institut an der Universität Trier

- Überprüfung der Projektvorschläge auf Eignung
- Gemeinsame Einigung über Bewertungskriterien
- Einschätzung der Projekte durch jedes einzelne Mitglied (Assessor) des Auswahlkomitees
- Vorbereitung eines Überblicks der Ergebnisse der Einzeleinschätzungen
- Präsentation der Einzeleinschätzungen vor dem Komitee; Herausstellen der Übereinstimmungen und Konfliktpunkte
- Einschätzung und letztendliche Auswahl
- Dokumentation der Ergebnisse für die spätere Projekt- und Programmbewertung und Veröffentlichung für die Projektantragsteller (ebd., S. 22 ff.)

Die IPSP-Methode dient in erster Linie der Auswahl von Projektvorschlägen und der späteren Bewertung anhand der erarbeiteten Auswahlkriterien. Es ist ein Auswahlkomitee erforderlich, welches den Auswahl- und Bewertungsprozess begleitet. Die Methode ist daher für die Bewertung der Projekte in dieser Arbeit nicht geeignet. Die IPSP ist jedoch eine interessante Alternative zu herkömmlichen Auswahl- und Bewertungsmethoden.

Allerdings nennen Eser, Sauerborn und Tischer (2000, S. 25 f.) auch Schwächen der von ihnen weiterentwickelten Methode. Die Anforderungen an die Assessoren in Hinblick auf Zeit und Arbeitsaufwand sind erheblich, vor allem dann, wenn es sich, wie im Fall der Grenzregion, um eine Vielzahl von auszuwählenden und zu bewertenden Projektvorschlägen handelt. Der Informationsfluss zwischen den Assessoren dürfte aufgrund der unterschiedlichen Interessen nicht einfach zu steuern sein, zumal in der Grenzregion Sprachprobleme zu erwarten sind. Aufgrund der Notwendigkeit einer Vielzahl von Assessoren für eine fachliche Bewertung kann es außerdem zu Schwierigkeiten und Verzögerungen bei Diskussionen um die Bewertung kommen (ebd., S. 26).

Auch wenn diese Methode sich nicht zur Projektbewertung in dieser Arbeit eignet, so ist langfristig ein interaktives und prozessorientiertes Bewertungsverfahren in der Grenzregion anzustreben. Nur so ist es möglich, frühzeitig solche Projektvorschläge zu fördern, die in ein Zielsystem, etwa einer nachhaltigen Regionalentwicklung, passen. Nach Abschluss der Förderung ist es darüber hinaus möglich, die Projekte mit den ausgewählten Bewertungskriterien auf die Erfüllung des Förderziels hin zu überprüfen. Gerade in einer Grenzregion besteht Handlungsbedarf bei der grenzüberschreitenden Kooperation und Kommunikation, der durch die IPSP-Methode gefordert und instrumentalisiert wird. Daher wird diese Methode in den Leitlinien dieser Arbeit (siehe Kapitel 6) erneut aufgegriffen und zur Bewertung der Projektvorschläge in der polnisch-deutschen Grenzregion vorgeschlagen.

4.1.3 Die Multikriterien-Analyse

Die Multikriterien-Analyse wurde von der Europäischen Union bereits häufig zur Bewertung von Projekten herangezogen. Bei dieser sehr flexiblen Methode können mehrere Kriterien gleichzeitig in eine Bewertung einbezogen werden. Die Multikriterien-Analyse wird angewendet, um eine vergleichende Bewertung von alternativen Projekten durchzuführen mit dem Ziel, anschließend Empfehlungen auszusprechen oder Hinweise zu geben. Anwendung fand sie zum Beispiel bei der Bewertung des Regionalen Entwicklungsprogramms in der Region Hainaut in Belgien (European Commission 1999b, S. 123 f.). Bei der Durchführung der Multikriterien-Analyse sind folgende Schritte wichtig:

- Auswahl der zu bewertenden Projekte;

- Definition eines Kriterienkatalogs;
- Bewertung der abgeschätzten Wirkungen der Maßnahme bzw. des Projekts anhand der ausgewählten Kriterien;
- Zusammenfassung der Bewertung (European Commission 1999b, S. 125).

Diese Art der Analyse hat sich bereits in vielen Bewertungsverfahren bewährt. Sie läßt sich flexibel für unterschiedliche Bewertungsgegenstände auslegen. Kriterien und deren Gewichtung müssen bei jeder Bewertung neu diskutiert und festgelegt werden. Häufig wird die Methode jedoch nicht interaktiv, sondern nur durch einen stark involvierten und wenig neutralen Evaluator angewendet. Sobald Kriterien aufgestellt sind, werden diese häufig festgeschrieben, obwohl ihre Relevanz ständiger Veränderung unterworfen ist und neu diskutiert werden müsste (ebd., S. 126 f.).

4.1.4 Ableitung einer eigener Bewertungsmethodik

Für die Bewertung der **Instrumente Interreg A und Phare CBC** im weiteren Verlauf dieser Arbeit wird das Prinzip der Mapping-Methode aufgegriffen. Statt der genannten Aktionsbereiche werden die Instrumente allerdings anhand der am Ende von Kapitel 3 herausgearbeiteten Handlungsbedarfe einer nachhaltigen Regionalentwicklung bewertet. Dabei erfolgt eine Gegenüberstellung der einzelnen Handlungsbedarfe mit den beiden Programmen Interreg A und Phare CBC. Anhand der Zielsetzungen und der Funktionsweisen der Förderung der beiden Programme werden Aussagen ihres Beitrags zu einer nachhaltigen Regionalentwicklung in der Grenzregion getroffen.

Bei der Bewertung der Interreg A- und Phare CBC-geförderten **Projekte** sind im Hinblick auf die Fragestellung nach dem Beitrag einer nachhaltigen Regionalentwicklung eine Vielzahl von Kriterien zu beachten. Die hier zur Anwendung kommende Methodik zur Projektbewertung lehnt sich daher an die Multikriterien-Analyse an.

Auch im Hinblick auf die Erarbeitung von Empfehlungen für die Regional- und Strukturpolitik im weiteren Verlauf der Arbeit (siehe Kapitel 6) ist die Multikriterien-Analyse an dieser Stelle geeignet. Folgende Bewertungsschritte sind erforderlich:

Schritt 1: Auswahl der Projekte, die bewertet werden sollen. Aus der Vielzahl der Interreg A- und Phare CBC-geförderten Projekte in der polnisch-deutschen Grenzregion müssen einige exemplarisch zur Bewertung ausgewählt werden. Bei dieser Auswahl sind folgende Kriterien zu beachten:

- Zur Übersicht über die gesamte Grenzregion ist eine **räumliche Verteilung** der Projekte wichtig.
- Die Projekte müssen **grenzübergreifend** sein. Nur solche Projekte können im Hinblick auf eine Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit bewertet werden. Ob die Projekte tatsächlich auch grenzübergreifende Wirkung haben, ist im Weiteren einzeln zu untersuchen.
- Die ausgewählten Projekte müssen Aussicht haben, in dieser Bewertung als **erfolgreich** bewertet zu werden. Nur positive Projekte können als Beispiel dienen und auf andere Regionen übertragen werden.

Bevor konkrete Projekte für die Bewertung ausgewählt werden, wird zu Beginn des folgenden Kapitels kurz auf die Interreg A- und Phare CBC-geförderten Projekte in der Grenzregion allgemein eingegangen. Die Auswahl der zu bewertenden Projekte erfolgt daran anschließend.

Schritt 2: Definition eines Kriterienkatalogs. Bei der Bewertung der Interreg A- und Phare CBC-geförderten Projekte müssen im Hinblick auf die Fragestellung die Handlungsbedarfe für eine nachhaltige Regionalentwicklung aus Kapitel 3.4 erneut aufgegriffen und deren Unterstützung durch die Projekte überprüft werden. Hieraus leiten sich die ersten fünf Kriterien ab. Aufgrund der noch aufzuzeigenden Probleme bei der Kompatibilität von Interreg A und Phare CBC wird darüber hinaus bei jedem Projekt untersucht, inwieweit eine grenzüberschreitende Wirkung zu erwarten ist. Weiterhin ist zu klären, ob die Projekte langfristig eigenständig tragfähig sind, das heißt, ob das Projekt nur mit EU-Förderung aufrecht erhalten werden kann oder ob andere Finanzierungsquelle herangezogen werden können bzw. das Projekt sich selbst trägt. Projekte, die Initialfunktion für weitere Projekte übernehmen, sind hier positiv hervorzuheben. Ein letztes Kriterium bei der Bewertung ist die Frage nach dem Modellcharakter. Positiv werden Projekte bewertet, die sich auf andere Grenzregionen übertragen lassen. Unter Zuhilfenahme dieser Anforderungen wurde der in Tabelle 4.1 dargestellte Kriterienkatalog zur Bewertung der einzelnen Projekte aufgestellt.

Tabelle 4.1 Katalog von Bewertungskriterien

Bewertungskriterien zur Befriedigung der Handlungsbedarfe für eine nachhaltige Regionalentwicklung	Wirkungen des Projekts
Unterstützt das Projekt eine grenzüberschreitende Kooperation zwischen Verwaltungen und Unternehmen? Wird der Ausbau der grenzüberschreitenden Infrastruktur gestärkt?	
Werden Potenziale des Natur- und Kulturräumens und der natürlichen Ressourcen in der Grenzregion geschützt oder gestärkt? Wird durch das Projekt Beeinträchtigungen entgegengewirkt? Werden regionale Stoffkreisläufe geschlossen?	
Werden durch das Projekt grenzübergreifende regionale Identitäten gefördert? Werden Hemmnisse aufgrund unterschiedlicher Kulturen und Sprachen abgebaut?	
Stärkt das Projekt die regionale Verwaltungsebene in Polen?	
Wird durch das Projekt die Koordination zwischen den vielen Akteuren in der Grenzregion erleichtert? Werden Kooperations- und Koordinationsprozesse gefördert?	
Allgemeine Kriterien	
Ist das Projekt grenzübergreifend wirksam?	
Ist das Projekt auch ohne EU-Förderung tragfähig? Löst das Projekt Multiplikatoreffekte aus? Hat die Förderung durch die EU Initialfunktion?	
Hat das Projekt Modellcharakter? Kann es auf andere Grenzregionen übertragen werden?	

Eigene Darstellung

Schritt 3: Bewertung der Wirkungen der Maßnahme mittels der ausgewählten Kriterien. Hier werden den einzelnen Bewertungskriterien die durch das Projekt wahrscheinlich ausgelösten Wirkungen gegenübergestellt. Mittels einer kurzen Darlegung wird für jedes Kriterium versucht, die Wirkung des Projekts abzuschätzen.

Schritt 4: Zusammenfassung der Bewertung. Abschließend wird jedes Projekt zusammenfassend bewertet, um eine Vergleichbarkeit der verschiedenen Projekte herzustellen.

In Kapitel 4.4 findet die hier dargelegte Methodik bei der Bewertung der Instrumente Interreg A und Phare CBC sowie der geförderten Projekte Anwendung.

4.2 Die Instrumente Interreg A und Phare CBC der EU-Strukturpolitik

Die EU-Strukturpolitik beeinflusst die Entwicklung der Grenzregion in vielfältiger Weise. Diese Arbeit beschränkt sich auf die Bewertung der beiden Instrumente Interreg A und Phare CBC. Diese Programme sollen die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in der Union bzw. an deren Außengrenzen fördern. Daher sind sie zur Bewertung der grenzüberschreitenden Entwicklung in der polnisch-deutschen Grenzregion maßgeblich. Zur Einordnung der Instrumente Interreg A und Phare CBC ist eine kurze Erläuterung der EU-Strukturpolitik an dieser Stelle notwendig.

Die Strukturpolitik der EU wird im Wesentlichen durch zwei Arten von Fonds - die Strukturfonds und die Kohäsionsfonds - gestützt. Die Kohäsionsfonds dienen der Förderung transeuropäischer Verkehrsnetze und Umweltvorhaben, während die Strukturfonds die Wirtschaftskraft der Regionen stärken sollen, um regionale Unterschiede in der Union abzubauen. Für die Förderperiode 2000-2006 stehen insgesamt 275 Milliarden Euro zur Verfügung (Elsing 1999, S. 113). Ziele der EU-Strukturpolitik für die Entwicklung von Grenzregionen sind:

- die Intensivierung des Dialogs in den Grenzregionen;
- die Förderung der Kooperation auf beiden Seiten der Grenze und
- die Überwindung der Strukturschwäche in den Grenzregionen aufgrund ihrer peripheren Lage (Europäische Kommission, Webseite 1).

Für die Regionalförderung sind der Europäische Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und der Europäische Sozialfonds (ESF) relevant³¹ (Holtzmann 1997, S. 101 ff.). Die hier behandelte Gemeinschaftsinitiative Interreg II A und III A wird beispielsweise durch EFRE finanziert (Elsing 1999, S. 114). Die Vergabe von Strukturfondsmitteln orientiert sich generell an so genannten Förderzielen, die in der derzeitigen Förderperiode 2000-2006 auf die folgenden drei reduziert wurden:

Ziel 1 zur Entwicklung und strukturellen Anpassung der Regionen mit Entwicklungsrückstand

Ziel 2 zur wirtschaftlichen und sozialen Umstellung von Gebieten mit Strukturproblemen

Ziel 3 zur Anpassung und Modernisierung der Bildungs-, Ausbildungs- und Beschäftigungspolitiken und -systeme (Europäische Kommission 2000, S. 10 ff.)

Ergänzt werden diese Förderziele durch die Gemeinschaftsinitiativen. Mit ihnen hat die Europäische Kommission die Möglichkeit geschaffen, Mittel für Maßnahmen bereitzustellen, die im besonderen Interesse der Gemeinschaft liegen. In der neuen Förderperiode wurde die Zahl der Gemeinschaftsinitiativen auf vier reduziert (Miosga 1999, S. 42):

³¹ Ein weiterer Fonds der Strukturpolitik ist beispielsweise der Europäische Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft (EAGFL).

- Interreg III** zur grenzüberschreitenden, transnationalen und interregionalen Zusammenarbeit;
- Leader+** zur Entwicklung ländlicher Räume;
- Equal** zur transnationalen Bekämpfung von Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt;
- Urban** zur wirtschaftlichen und sozialen Wiederbelebung krisenbetroffener Städte und Stadtviertel (Europäische Kommission 2000, S. 17).

Mittlerweile sind drei weitere Instrumente der Regionalförderung in Kraft getreten, die auch Polen und die weiteren Bewerberländer mit den Zielen und Verfahrensweisen der Struktur- und Kohäsionsfonds vertraut machen und auf den Beitritt zur EU vorbereiten sollen:

Phare (Poland and Hungary Assistance for Restructuring of the Economy) zur Unterstützung der Transformationsprozesse in den Beitrittsländern

ISPA (Instrument for Structural Policies for Pre-Accession) zum Ausbau der Infrastruktur in den Bereichen Verkehr und Umweltschutz

SAPARD (Special Accession Programme for Agriculture and Rural Development) zur Modernisierung der Landwirtschaft und Entwicklung der ländlichen Räume (ebd.)

Alle drei Programme werden dezentral verwaltet, um die Verwaltungen in den Beitrittsländern auf die Strukturen in der Union vorzubereiten (Elsing 1999, S. 114 f.).

4.2.1 Die Gemeinschaftsinitiative Interreg

Eine der besonderen Interessen der Europäischen Gemeinschaft ist die grenzüberschreitende Zusammenarbeit sowie die Entwicklung der Grenzregionen. Zu diesem Zweck wurde die Gemeinschaftsinitiative Interreg ins Leben gerufen (Miosga 1999, S. 42). Förderfähige Gebiete sind alle Grenzregionen entlang der Binnen- und Außengrenzen innerhalb der EU. Für die Grenzregion bedeutet dies, dass Interreg-Mittel nur für die deutsche Teilregion zur Verfügung stehen (Europäische Kommission 1997, S. A 4-3).

Ziel- und Prioritätensetzung

Interreg ist eine durch die EU-Strukturfonds unterstützte Gemeinschaftsinitiative mit dem Ziel der

„[...] grenzübergreifenden, transnationalen und interregionalen Zusammenarbeit zur Förderung einer harmonischen und ausgewogenen Entwicklung und Raumplanung im Gemeinschaftsgebiet“ (vgl. Europäische Kommission 2000, S. 17).

Aufgrund der bereits angesprochenen Reform der Strukturpolitik innerhalb der EU muss zwischen Programmen und deren Nachfolgern der Gemeinschaftsinitiative unterschieden werden. In der abgelaufenen Förderperiode 1994-1999 war bereits das zweite Programm Interreg II in Kraft. Es hier erwähnt werden, da noch nicht alle Förderungen in seinem Rahmen abgeschlossen sind, und einzelne Projekte in der Grenzregion nach wie vor durch Interreg II-Mittel gefördert werden. In der neuen Förderperiode 2000-2006 existiert mit Interreg III bereits das dritte Programm dieser Gemeinschaftsinitiative.

Tabelle 4.2 Unterschiedliche Zielsetzungen innerhalb der Gemeinschaftsinitiative Interreg

	Zielsetzung Interreg II (1996-1999)	Zielsetzung Interreg III (2000-2006)
Ausrichtung A	Grenzübergreifende Zusammenarbeit	Förderung einer integrierten Regionalentwicklung in benachbarten Grenzgebieten
Ausrichtung B	Ausbau von Energienetzen	Beitrag zu einer harmonischen räumlichen Integration der Europäischen Union innerhalb der Gemeinschaft und mit den Mitgliedstaaten und anderen Nachbarländern
Ausrichtung C	Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Raumordnung	Verbesserung der Regionalentwicklungspolitik und der damit im Zusammenhang stehenden Verfahrensweisen durch transnationale und interregionale Zusammenarbeit

Quelle: Europäische Kommission 2000, Webseite 3, S. 17. Eigene Darstellung

Im Rahmen von Interreg II und III gibt es wiederum drei verschiedene Teilprogramme, die sogenannten Ausrichtungen A, B und C. Für diese Arbeit ist nur die Ausrichtung A von Interesse, da sich diese auf die Förderung der Grenzregionen sowohl innerhalb der EU als auch an deren Außengrenzen konzentriert und somit maßgeblich für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit sowie die Entwicklung der Grenzregion im Hinblick auf Fördermöglichkeiten ist.

Abbildung 4.1 Der Interreg-geförderte Abfertigungsterminal am Grenzübergang in Altwarp

Foto: R. Knippschild

Bei der Zielsetzung der Ausrichtung A fällt auf, dass in der neuen Förderperiode die Forderung nach einer grenzüberschreitenden Zusammenarbeit präzisiert wird, und für Interreg III nun das Ziel der Förderung einer integrierten Regionalentwicklung in benachbarten Grenzgebieten formuliert wird. Weiter präzisiert oder mit Umsetzungsstrategien untermauert wird diese Formulierung allerdings nicht (Europäische Kommission 2000, S. 17 ff.).

Die Prioritätensetzung der Gemeinschaftsinitiative Interreg wird durch die folgende Liste förderfähiger Maßnahmen deutlich. Laut Europäischer Kommission (2000, S. 25 ff.) sind folgende Maßnahmen förderfähig:

- Förderung der Entwicklung von städtischen, ländlichen und Küstengebieten

- Förderung des Unternehmertums und Unterstützung kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU), des Fremdenverkehrs und der lokalen Entwicklungs- und Beschäftigungsinitiativen
- Schaffung eines integrierten Arbeitsmarktes und Förderung der sozialen Eingliederung
- Zusammenarbeit in den Bereichen Forschung, technologische Entwicklung, Bildung, Kultur, Kommunikation, Gesundheitswesen und Zivilschutz
- Umweltschutz, Energieeffizienz und erneuerbare Energieträger
- Basisinfrastruktur von grenzübergreifendem Interesse
- Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz und Verwaltung
- Zusammenarbeit zwischen Bürgern und Institutionen
- Technische Hilfe

Zuständigkeiten und Verfahren

Im Folgenden wird auf Zuständigkeiten und Verfahren in der neuen Förderperiode 2000-2006 eingegangen. Bevor konkrete Projekte durch die Gemeinschaftsinitiative Interreg gefördert werden können, müssen diese in den bereits angesprochenen „Gemeinsamen deutsch-polnischen Planungsdokumenten“ (JPD – Joint Programming Document) beantragt werden. Diese Programme werden von dem „Gemeinsamen Kooperationsausschuss“ (JCC – Joint Cooperation Committee) unter Beteiligung der deutschen Bundesländer, der polnischen Wojewodschaften und der Euroregionen erstellt (Morhard 1999, S. 6). Derzeit existieren drei Teildokumente für die polnisch-deutsche Grenzregion und zwar zwischen

- dem Land Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und der Wojewodschaft Zachodniopomorskie (Westpommern),
- dem Land Brandenburg und der Wojewodschaft Lubuskie (Lebus) und
- dem Land Sachsen und der Wojewodschaft Dolnośląskie (Niederschlesien)³².

Die einzelnen JPDs enthalten für die betreffende Region³³ ein

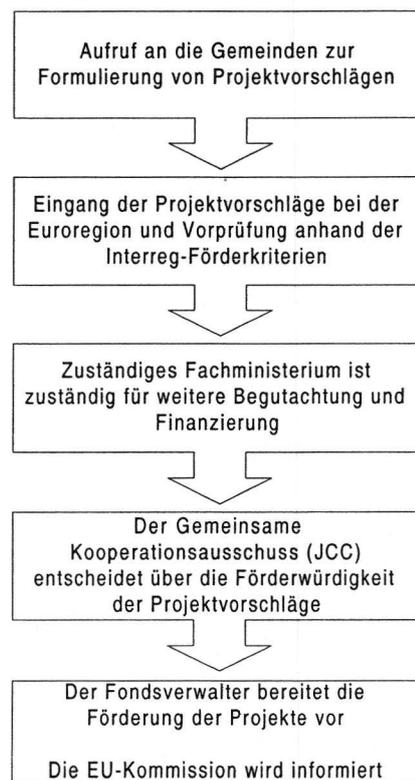
„integriertes Programm [...] mit Angabe der Programmschwerpunkte, einer Kurzbeschreibung der geplanten Maßnahmen und einem [...] Finanzierungsplan“ (Europäische Kommission, Webseite 3)

und sollen später in einem **Einheitlichen Programmplanungsdokument** zusammengefasst werden, welches von der Europäischen Kommission genehmigt werden muss (ebd.). Die JPD bilden die Grundlage für das weitere Verfahren der Antragstellung und der späteren Genehmigung der Förderung eines Projektes. Im Folgenden wird kurz das Verfahren einer Interreg-Projektförderung dargelegt.

³² nach mündlicher Auskunft von Herrn Wulf, Koordinator Interreg Euroregion Pomerania in Löcknitz, am 25.09.2000

³³ Im Fall der Grenzregion umfasst eine Region im Sinne der Operationellen Programme ein Bundesland auf deutscher Seite und eine Wojewodschaft auf polnischer Seite.

Abbildung 4.2 Verfahrensablauf einer Projektförderung im Rahmen von Interreg III



Quelle: Morhard (1999 S. 8, 15, 16). Eigene Darstellung

Nach einem Aufruf an die Gemeinden gehen die Anträge zur Projektförderung bei den Euroregionen ein. Diese führen eine erste Prüfung anhand der nationalen und der Interreg-Förderkriterien durch. Durch die Euroregionen eingesetzte Arbeitsgemeinschaften entscheiden in einem ersten Schritt über die Förderwürdigkeit des Projektes. Anschließend wendet sich die Euroregion an das zuständige Fachministerium des Landes, welches für die fachliche Begutachtung und die Kofinanzierung³⁴ zuständig ist. Der Gemeinsame Kooperationsausschuss (JCC) - bestehend aus deutschen Bundesländern, den polnischen Wojewodschaften und den Euroregionen - befindet in einem weiteren Schritt anhand des jeweiligen Gemeinsamen Deutsch-Polnischen Planungsdokuments (JPD) über die letztendliche Förderwürdigkeit des Projektes. Die EU-Kommission und die Deutsch-Polnische Raumordnungskommission werden abschließend über das zu fördernde Projekt informiert, bevor der Fondsverwalter³⁵ der jeweiligen Bundesländer das Projekt für die Förderung vorbereitet³⁶ (Morhard 1999, S. 7 ff.).

4.2.2 Das Heranführungsinstrument Phare CBC

Das Instrument Phare existiert seit 1994 und stellt Zuschüsse in Höhe von 1,56 Mrd. Euro jährlich für die Förderung des Umstrukturierungsprozess in den Beitrittsländern zur Verfügung, die nicht zurückgezahlt werden müssen (Europäische Kommission 2000, S. 126). Es

³⁴ Die von den Ländern bereitzustellende Kofinanzierung schwankt in der Grenzregion erheblich zwischen 5% in Brandenburg und 15% in Mecklenburg-Vorpommern (nach mündlicher Auskunft von Frau Klandt, am 27.09.2000 und Herrn Wulf, am 25.09.2000).

³⁵ In den meisten Fällen sind dies die Landesbanken (nach mündlicher Auskunft in den Euroregionen).

³⁶ nach mündlicher Auskunft von Herrn Wulf, Koordinator Interreg Euroregion Pomerania, am 25.09.2000, von Frau Klandt, Euroregion Spree-Neiße-Bober, am 27.09.2000 und von Herrn Watterott, Geschäftsführer Euroregion Neiße-Nisa-Nysa, am 28.09.2000

ist das wichtigste Instrument im Zuge der EU-Osterweiterung und soll helfen, Verwaltungen und Institutionen in den Beitrittsländern zu stabilisieren sowie die soziale und regionale Entwicklung zu fördern (ebd.).

Ziele

Die Initiative CBC (**cross-border co-operation**) als Teil des Heranführungsinstruments Phare wurde 1994 mit dem Ziel eingeführt, Verwaltungen und Institutionen in den Beitrittsländern mit den Instrumenten der EU-Strukturpolitik vertraut zu machen; in diesem Fall mit der Gemeinschaftsinitiative Interreg (Elsing 1999, S. 114). Phare CBC ist somit ein Gegenstück zur Gemeinschaftsinitiative Interreg auf der polnischen Seite der Grenzregion. Die Regionalentwicklung soll im Sinne von Phare CBC durch grenzüberschreitende Kooperation gefördert werden.

„Der Austausch von Informationen und Erfahrungen zwischen Grenzregion, sowie gemeinsame Aktivitäten auf verschiedenen Gebieten, wie Umwelt, Wirtschaft und Technologietransfer führen nicht nur zur Förderung des Übergangprozesses und der Integration innerhalb der EU, sondern können auch eine positive sozioökonomische Entwicklung der Grenzregion nach sich ziehen.“ (vgl. Europäische Kommission 1997, S, A 4-5)

Die Zielsetzung ist somit der von Interreg III A ähnlich. Dies verdeutlicht die gleiche Ausrichtung der beiden Instrumente Phare CBC und Interreg.

Abbildung 4.3 Phare CBC-geförderte Radwegebeschilderung



Foto: R. Knippschid

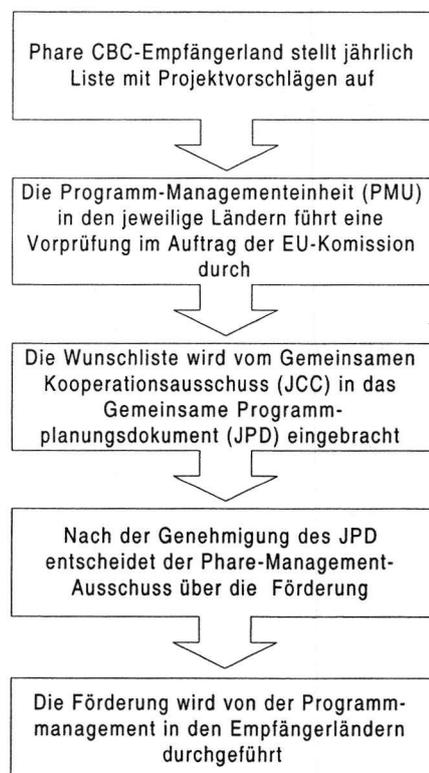
Neben der Förderung der ländlichen Entwicklung, Erziehung, Bildung und Unternehmenszusammenarbeit gibt es im Rahmen von Phare CBC auch einen Fonds für kleinere sogenannte people-to-people-Projekte (Europäische Kommission 1997, S. A 4-6 f.). Die folgende Liste förderfähiger Bereiche läßt eine ähnliche Prioritätensetzung wie bei Interreg erkennen:

- Verkehrliche Infrastruktur;
- Umweltschutz;
- Wirtschaftliche Entwicklung;
- Landwirtschaft;
- Humankapitel;
- Kommunale Infrastruktur;
- „People-to-people-Projekte“ (Władza Wdrażająca Program Współpracy Przygranicznej Phare o.J, S. 45 ff.).

Zuständigkeiten und Verfahren

Die Verwaltung von Phare CBC findet dezentral, das heißt auf nationaler Ebene in den Beitrittsländern statt. Im Fall der polnisch-deutschen Grenzregion ist das Ministerium für Innere Angelegenheiten in Warszawa (Warschau) zuständig (ebd., S. 37). Der im Folgenden beschriebene Verfahrensablauf soll eine größtmögliche Transparenz bei der Projektauswahl sicherstellen (Europäische Kommission 1997, S. A 4-5).

Abbildung 4.4 Verfahrensablauf einer Projektförderung Im Rahmen von Phare CBC



Quelle: Morhard (1999, S. 8, 15, 16), Władza Wdrażająca Program Współpracy Przygranicznej Phare (o.J., S. 43). Eigene Darstellung

Zu Beginn eines jeden Förderjahres stellt das Phare CBC-Empfängerland Polen Wunschliten mit Projektvorschlägen zur EU-Unterstützung auf. Die Behörde für das Phare-Programm (Władza Wdrażająca Program Współpracy Przygranicznej Phare) in Warszawa (Warschau) führt eine Vorprüfung dieser Listen im Auftrag der Europäischen Kommission durch. Diese Wunschliten gehen in die Erarbeitung des JPD (Gemeinsames Programmplanungsdocument) durch den Gemeinsamen Kooperationsausschuss der deutschen Bundes-

länder, polnischen Wojewodschaften und der Euroregionen (JCC - Joint Cooperation Committee) ein. Dieses Programmplanungsdokument ist somit für die Förderung durch Phare CBC maßgeblich. Die JPDs enthalten konkrete Projekte und werden vom Phare-Management-Ausschuss der Europäischen Kommission genehmigt (Europäische Kommission 1997, S. A 4-5). Über die Förderwürdigkeit eines Projektes entscheidet letztendlich ein Verwaltungsausschuss aus Mitgliedern der EU. Die Durchführung und die Koordination der Projekte erfolgt durch die sogenannten Programm-Management-Einheiten (PMUs) in den Empfängerländern. In Polen ist dies die Behörde für das Phare Programm in Warszawa (Warschau) (Morhard 1999, S. 10).

4.2.3 Interreg A und Phare CBC – wichtige Instrumente mit Schwächen

Die Bewertung der Instrumente Interreg A und Phare CBC wird anhand der am Schluss von Kapitel 3 formulierten Handlungsbedarfe für eine nachhaltige Regionalentwicklung in der Grenzregion durchgeführt. Im Sinne der Mapping-Methode werden den jeweiligen Handlungsbedarfen Aussagen der beiden Instrumente zu Zielsetzung und Verfahrensablauf gegenübergestellt. Anschließend folgen allgemeine Kritikpunkte zur Anwendungspraxis von Interreg A und Phare CBC in der Grenzregion.

Bewertung anhand der Handlungsbedarfe für eine nachhaltige Regionalentwicklung

Handlungsbedarf 1

Der Strukturschwäche in der polnisch-deutschen Grenzregion muss entgegengewirkt werden. Grenzübergreifende Kooperation zwischen Verwaltungen, Unternehmen und auf kultureller Ebene muss durch einen Ausbau der grenzüberschreitenden Infrastruktur gefördert werden. Nur so kann die Grenzregion Potenziale, die sich aus ihrer Grenzlage ergeben, nutzen.

Im Allgemeinen ist positiv hervorzuheben, dass beide Programme explizit zur Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zur Verfügung stehen. Ohne die Programme Interreg A und Phare CBC wäre ein Großteil der Projekte mit grenzüberschreitendem Charakter innerhalb der Euroregionen nicht zu finanzieren³⁷. Weiterhin fördern beide Programme eine integrierte Entwicklung in den Regionen im Sinne einer nachhaltigen Regionalentwicklung. Allerdings merkt Vorauer an, dass es aufgrund der EU-Beihilfenpolitik zu einer Außenabhängigkeit der Regionen kommt (Vorauer 1997, S. 170). Die Entscheidungsträger sitzen außerhalb der Region, regionale Wirtschaftskreisläufe sind schwer zu realisieren oder werden aufgelöst (ebd.).

Handlungsbedarf 2

Die Potenziale des Natur- und Kulturräumens und der natürlichen Ressourcen in der Grenzregion müssen geschützt und gestärkt werden. Beeinträchtigungen der Umweltqualität muss entgegengewirkt, regionale Stoffkreisläufe müssen geschlossen werden.

Obwohl die Programme Interreg A und Phare CBC die Förderung der Umwelt bzw. einer „harmonischen und ausgewogenen Entwicklung“ (Europäische Kommission 2000, S. 17) fordern, kommt Vorauer (1997, S. 170) zu dem Schluss, dass aufgrund fehlender Umweltverträglichkeitsprüfungen für Programme und Projekte keine ökologisch orientierte Wirtschaftsweise garantiert werden kann. Die Ausrichtung der Programme auf Wirtschafts-

³⁷ nach mündlicher Auskunft von Herrn Jakob, Geschäftsführer der Euroregion Pro Europa Viadrina in Frankfurt (Oder), am 21.09.2000

wachstum in den Regionen, so unterstellt Vorauer (ebd.), geht automatisch mit einer Verschlechterung der Umweltsituation einher.

Handlungsbedarf 3

Regionale Identitäten müssen auch grenzübergreifend gefördert werden. Hemmnisse aufgrund der unterschiedlichen Kulturen und Sprachen müssen abgebaut werden.

Beide Programme leisten einen erheblichen Beitrag zur Förderung des kulturellen Austauschs zwischen Polen und Deutschen. Durch grenzüberschreitend wirksame Projekte wird immer auch der Austausch zwischen Menschen beider Nationen gefördert. Weiterhin steht bei Phare CBC ausdrücklich ein Fonds für soziokulturelle Aktivitäten, sogenannte people-to-people-Projekte, zur Verfügung (Europäische Kommission 1997, S. A 4-6 f.).

Handlungsbedarf 4

Die regionale Verwaltungsebene in Polen muss weiter gestärkt und mit Kompetenzen und Mitteln ausgestattet werden.

Generell ist positiv anzumerken, dass Phare CBC dezentral in den Beitrittsländern, wenn auch nicht auf regionaler Ebene, verwaltet wird. Die Wojewodschaften haben jedoch bei der Aufstellung der „Gemeinsamen deutsch-polnischen Planungsdokumente“ (JPD – Joint Programming Document) sowohl Einfluss auf die Förderung über Phare CBC als auch über Interreg A. Weiterhin sind die Euroregionen und damit auch die Kommunen auf polnischer Seite in den Prozess der Aufstellung der JPDs involviert. Von polnischer Seite wird jedoch kritisiert, dass die letztendlichen Entscheidungen über die Förderung durch Phare CBC auf Seiten der EU-Mitgliedsstaaten getroffen werden³⁸.

Handlungsbedarf 5

Die Koordination zwischen den verschiedenen Akteuren in der Grenzregion muss erleichtert werden. Kooperations- und Kommunikationsprozesse müssen gefördert werden.

Der grenzüberschreitende Austausch und die Kommunikation zwischen den Regionen werden zweifellos durch die beiden Programme gefördert. Im Rahmen von Interreg A wird eine „[...] interregionale Zusammenarbeit zur Förderung einer harmonischen und ausgewogenen Entwicklung [...]“ gefordert (Europäische Kommission 2000, S. 17). Phare CBC setzt auf eine „positive sozioökonomische Entwicklung der Grenzregion“ durch den „Austausch von Informationen und Erfahrungen zwischen Grenzregionen auf verschiedenen Gebieten [...]“ (Europäische Kommission 1997, S. A 4-5). Allerdings fällt auf, dass die Prozesse innerhalb der Strukturpolitik wenig kooperations- und kommunikationsorientiert sind. Akteure, die nicht direkt in den Verfahrensablauf der beiden Programme eingebunden sind, können sich kaum einbringen und von einem Austausch zwischen den Akteuren profitieren. Vorauer (1997, S. 171) sieht darin ein allgemeines Defizit der EU-Strukturpolitik in Bezug auf Transparenz, Öffentlichkeit und Partizipation der Bevölkerung.

³⁸ nach mündlicher Auskunft von Frau Dziadkowiec, Wojewodschaftsamt Wrocław (Breslau), am 23.09.2000 in Bydgoszcz (Bromberg)

Allgemeine Kritik

Darüber hinaus wird von Experten vor Ort allgemeine Kritik an den Instrumenten der EU-Strukturpolitik angebracht. Ein häufig genannter Punkt ist die **nicht gegebene Kompatibilität** der beiden Programme Interreg A und Phare CBC für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit. Wie bereits ausgeführt, können die Programme jeweils nur zur Förderung von Projekten in einem Land – entweder Phare CBC in Polen oder Interreg A in Deutschland – herangezogen werden. Diese Tatsache erschwert die Förderung von Projekten, die grenzüberschreitend angelegt sind³⁹. Morhard (1997, S. 14) befürchtet, dass auch in der neuen Förderperiode 2000-2006 hauptsächlich autonome polnische oder deutsche Projekte realisiert werden.

Weiterhin besteht **keine Einheitlichkeit bei den Auswahlverfahren der zu fördernden Projekte**. Im Sinne einer nachhaltigen Regionalentwicklung ist eine klare Prioritätensetzung bei der Auswahl von Projektvorschlägen wünschenswert. Oftmals findet jedoch keine nachvollziehbare Unterscheidung in förderwürdige und nicht förderwürdige Projekte statt. Bei den Interviews mit Mitarbeitern der vier Euroregionen wurde von unterschiedlichen Erfahrungen bei der Auswahl von Projekten berichtet. In den Euroregionen Neiße-Nisa-Nysa und Spree-Neiße-Bober erfolgt eine klare Auswahl von zu fördernden Projekten anhand der Entwicklungs- und Handlungskonzepte der Euroregionen, die als Grundlage zur Entscheidung dienen⁴⁰. In der Euroregion Pro Europa Viadrina hingegen wurde berichtet, dass keine Auswahl von Projekten stattfindet, das heißt, es wird versucht, alle Projektanträge im Rahmen von Interreg A und Phare CBC zu fördern. Als Grund für diese Vorgehensweise wurde angegeben, dass die Euroregion von den Kommunen als Mitglieder getragen wird, und eine Ablehnung von Projektvorschlägen von den Kommunen daher nicht gewünscht wird⁴¹. In der Euroregion Pomerania wurde berichtet, dass Projektvorschläge äußerst selten abgelehnt werden und immer versucht wird, Vorschläge soweit weiterzuqualifizieren, bis sie antragsreif sind⁴². Obwohl die Euroregionen nicht die alleinige Kompetenz bei der Entscheidung der Projektförderung haben ist ihr Einfluss im Entscheidungsprozess - die Euroregionen sind im Gemeinsamen Kooperationsausschuss vertreten - erheblich.

4.3 EU-geförderte Projekte in der Grenzregion

Im weiteren Verlauf der Arbeit gilt es, die aufgezeigten Stärken und Schwächen der Programme Interreg A und Phare CBC anhand der Förderung von Projekten zu konkretisieren und zu hinterfragen. Bei der Bewertung der Projekte findet der im Sinne der Multikriterien-Analyse entwickelte Katalog von Bewertungskriterien Anwendung (siehe Kapitel 4.1.4). Da nicht alle durch Interreg A und Phare CBC geförderten Projekte in der Grenzregion betrachtet werden können, ist zunächst Augenmerk auf die nachvollziehbare Auswahl der zu bewertenden Projekte zu legen.

³⁹ nach mündlicher Auskunft von Herrn Wulf, Koordinator Interreg Euroregion Pomerania in Löcknitz, am 25.09.2000, von Frau Klandt, Euroregion Spree-Neiße-Bober in Guben, am 27.09.2000 und von Herrn Watterott, Geschäftsführer Euroregion Neiße-Nisa-Nysa in Zittau, am 28.09.2000

⁴⁰ nach mündlicher Auskunft von Frau Klandt, Euroregion Spree-Neiße-Bober in Guben, 27.09.2000 und Herrn Watterott, Geschäftsführer Euroregion Neiße-Nisa-Nysa in Zittau, am 28.09.2000

⁴¹ nach mündlicher Auskunft von Herrn Jakob, Geschäftsführer Euroregion Pro Europa Viadrina in Frankfurt (Oder), am 21.09.2000

⁴² nach mündlicher Auskunft von Herrn Wulf, Koordinator Interreg Euroregion Pomerania in Löcknitz, am 25.09.2000

4.3.1 Die Projektauswahl

Für eine Auswahl der zu bewertenden Projekte sind in Kapitel 4.1.4 folgende Kriterien aufgestellt worden:

- Räumliche Verteilung in der Grenzregion;
- Grenzübergreifender Anspruch;
- Aussicht auf Erfolg.

Zur Sicherstellung der **räumlichen Verteilung** wurde ein Projekt in jeder der vier Euroregionen ausgewählt. Somit ist es möglich, die Förderpraxis in den jeweiligen Euroregionen nochmals zu überprüfen. Der **grenzüberschreitende Anspruch** muss deutlich formuliert oder erkennbar sein. Es wurden Projekte ausgewählt, in die sowohl polnische als auch deutsche Akteure eingebunden sind. Ungeeignet sind Projekte, die lediglich indirekte Wirkungen auf das Nachbarland haben, wie zum Beispiel Straßen(aus)bauprojekte, die Zubringerfunktion für Grenzübergänge haben. Weiterhin sollten die Projekte **Aussicht auf Erfolg** im Hinblick auf eine nachhaltige Regionalentwicklung haben. Dieser Best-practice-Ansatz soll sicherstellen, dass Projekte bewertet werden, die Aussicht auf Übertragbarkeit in die Grenzregion oder andere Regionen haben.

Tabelle 4.3 Auswahl der zu bewertenden Projekte

Euroregion	Ausgewähltes Projekt	Begründung
Pomerania	Deutsch-Polnisches Umweltschulungszentrum Criewen	Das Projekt ist mit dem Schwerpunkt auf polnisch-deutschen Austausch grenzübergreifend angelegt. Obwohl das Projekt noch nicht abgeschlossen ist, scheint es aufgrund des überzeugenden Konzepts erfolgreich zu werden.
Pro Europa Viadrina	Gemeinsamer Umweltbericht Frankfurt (Oder) – Słubice 1998	Es handelt sich um ein grenzübergreifendes Projekt in den Städten Frankfurt (Oder) und Słubice. Das Projekt ist erfolgreich abgeschlossen. Folgemaßnahmen sind bereits beschlossen.
Spree-Neiße-Bober	Räumliches Strukturkonzept Eurostadt Guben-Gubin	Es handelt sich um ein grenzübergreifendes Projekt in den Städten Guben und Gubin. Das bereits abgeschlossene Projekt verspricht durch die Umsetzung vorgeschlagener Maßnahmen positive Wirkungen zu zeigen.
Neiße-Nisa-Nysa	Internationales Begegnungszentrum St. Marienthal in Ostritz	Das Projekt ist mit dem Schwerpunkt auf polnisch-tschechisch-deutschen Austausch grenzübergreifend angelegt. Das Projekt arbeitet erfolgreich und hat bereits weitere Initiativen ausgelöst.

Eigene Darstellung

Um einen Überblick über die Bandbreite der Interreg A- und Phare CBC-geförderten Projekte zu geben, befindet sich im Anhang der Arbeit beispielhaft eine Auflistung aller zwischen 1995 und 1999 realisierten Projekte der Euroregion Spree-Neiße-Bober. Aufgrund der Vielzahl der Interreg A- und Phare CBC-geförderten Projekte kann die hier vorgenommene Auswahl und Bewertung nur als stellvertretend angesehen werden. Da es sich bei der Projektauswahl um einen Best-practice-Ansatz handelt, muss die Projektförderung tendenziell kritischer gesehen werden, als dies im Zuge der hier ausgewählten Projekte erscheint.

4.3.2 Deutsch-Polnisches Umweltschulungszentrum Criewen

Abbildung 4.5 Das Schloss Criewen im unteren Odertal



Quelle: Gemeinde Criewen (o.J., S. 11)

Projektvorstellung

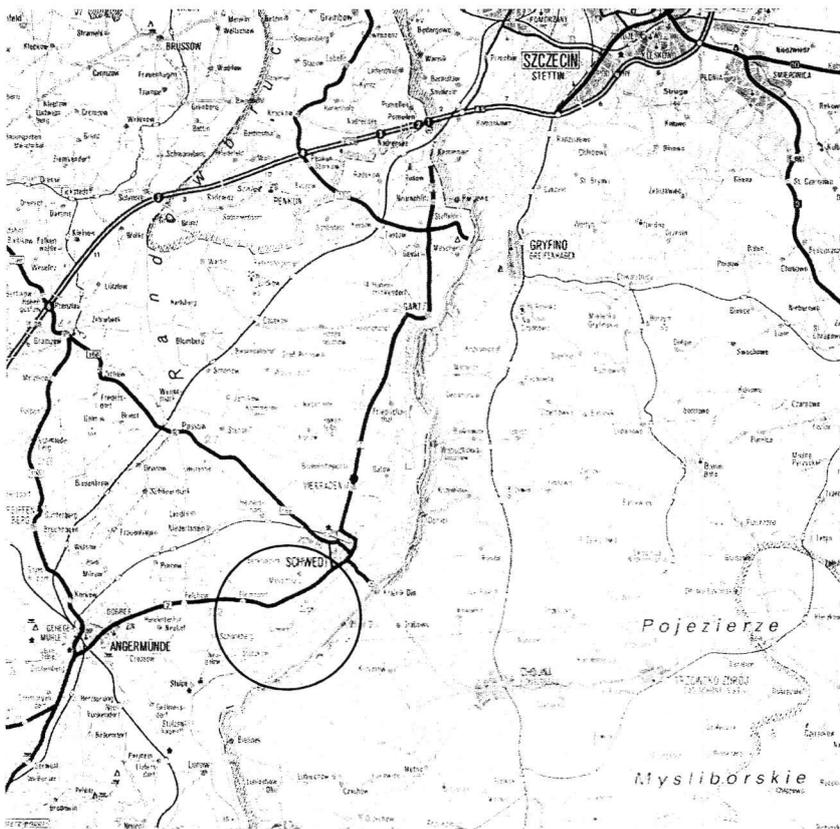
Im nordöstlichen Brandenburg bzw. in Westpommern erstreckt sich am polnischen und deutschen Ufer der Oder der Internationalpark Unteres Odertal. Dieser grenzübergreifende Park ist seit 1993 auf polnischer Seite als Landschaftspark und seit 1995 auf deutscher Seite als Nationalpark ausgewiesen.

Neben periodisch überfluteten Feuchtwiesen und Auenwäldern sind vor allem seltene Pflanzen- und Vogelarten schützenswert (Verein der Freunde des Deutsch-Polnischen Europa-Nationalparks Unteres Odertal o.J.). Ebenfalls 1995 wurde die Nationalparkstiftung Unteres Odertal gegründet, mit dem Ziel,

„den Naturschutz und die Umwelterziehung im Unteren Odertal und in den angrenzenden Gebieten sowie die deutsch-polnische Verständigung im Bereich des Natur- und Umweltschutzes [zu] fördern“ (ebd.).

Mitglieder dieser Stiftung sind unter anderem die Länder Berlin und Brandenburg (Land Brandenburg, Webseite 2). Auf Initiative der Stiftung wird seit 1999 das denkmalgeschützte Schloss Criewen im Landkreis Uckermark zu einem deutsch-polnischen Umweltbegegnungszentrum umgebaut (Land Brandenburg, Webseite 1).

Abbildung 4.6 Die Lage des Umweltschulungszentrums an der polnisch-deutschen Grenze



Quelle: RV Verlag (o.J., Blatt Deutschland 2)

Vorgesehen sind Veranstaltungen in den Bereichen Landwirtschaft, Naturschutz, Umwelt und Raumordnung mit polnischer und deutscher Beteiligung⁴³. Träger des Schulungszentrums ist die Nationalparkstiftung Unteres Odertal, während die gemeinnützige Internationalpark gGmbH das Projekt betreut und als Betreiber fungiert (Verein der Freunde des Deutsch-Polnischen Europa-Nationalparks Unteres Odertal o.J.).

Die Baukosten werden voraussichtlich 13,2 Mio. DM betragen, wovon bisher 4,5 Mio. DM durch Interreg II A abgedeckt wurden. Weitere Förderer sind die Deutsche Bundesstiftung Umwelt (5,8 Mio. DM) und das Land Brandenburg (2,9 Mio. DM) (Land Brandenburg, Webseite 1).

Ansprechpartner

Frau Pötter, Geschäftsführerin

Internationalpark Unteres Odertal gGmbH - Gesellschaft für Umweltbildung und Naturschutz

Schloss Zützen

D-16306 Zützen

Telefon 03332-52 34 00

Telefax 03332-52 34 18

e-Mail Internationalpark.gGmbH@t-online.de

⁴³ nach mündlicher Auskunft von Frau Pötter, Geschäftsführerin Internationalpark Unteres Odertal gGmbH in Criewen, am 26.09.2000

Projektbewertung

Tabelle 4.4 Bewertung Umweltschulungszentrum Criewen

Bewertungskriterien zur Befriedigung der Handlungsbedarfe für eine nachhaltige Regionalentwicklung	Wirkungen des Projekts
Unterstützt das Projekt eine grenzüberschreitende Kooperation zwischen Verwaltungen und Unternehmen? Wird der Ausbau der grenzüberschreitenden Infrastruktur gestärkt?	Ein Erfolg hängt von den Teilnehmern der Veranstaltungen im Schulungszentrum ab.
Werden Potenziale des Natur- und Kulturräumens und der natürlichen Ressourcen in der Grenzregion geschützt oder gestärkt? Wird durch das Projekt Beeinträchtigungen entgegengewirkt? Werden regionale Stoffkreisläufe geschlossen?	Durch den Informationsaustausch in den Bereichen Landwirtschaft, Naturschutz, Umwelt und Raumordnung ist indirekt eine positive Wirkung zu erwarten, obwohl keine direkten Maßnahmen getroffen werden.
Werden durch das Projekt grenzübergreifende regionale Identitäten gefördert? Werden Hemmnisse aufgrund unterschiedlicher Kulturen und Sprachen abgebaut?	Die denkmalgeschützte Schlossanlage wird durch den Umbau zugänglich gemacht und nimmt daher positiven Einfluss auf die Identitätsbildung der Landschaft des unteren Odertals um den grenzübergreifenden Internationalpark. Die Schwerpunktsetzung auf den polnisch-deutschen Austausch trägt zum Abbau von Hemmnissen aufgrund der verschiedenen Kulturen und Sprachen bei.
Stärkt das Projekt die regionale Verwaltungsebene in Polen?	Keine positiven Wirkungen zu erwarten.
Wird durch das Projekt die Koordination zwischen den vielen Akteuren in der Grenzregion erleichtert? Werden Kooperations- und Koordinationsprozesse gefördert?	Kooperationsprozesse werden durch das Schulungszentrum erleichtert. Vor allem im Natur- und Umweltschutz ist ein verstärkter Austausch zwischen polnischen und deutschen Akteuren zu erwarten. Ob auch Koordinationshilfe geleistet werden kann, hängt vom Engagement des Betreibers ab.
Allgemeine Kriterien	
Ist das Projekt grenzübergreifend wirksam?	Obwohl das Schulungszentrum auf deutscher Seite angesiedelt ist und kein polnisches Pendant hat, ist aufgrund der Schwerpunktsetzung im polnisch-deutschen Austausch eine grenzübergreifende Wirkung zu erwarten.
Ist das Projekt auch ohne EU-Förderung tragfähig? Löst das Projekt Multiplikatoreffekte aus? Hat die Förderung durch die EU Initialfunktion?	Erst im Betrieb wird sich zeigen, inwieweit das Projekt von Fördermitteln abhängig ist. Bei der EU-Förderung kann von einer Initialförderung ausgegangen werden, da die Interreg-Mittel nur den Umbau und damit das Entstehen des Schulungszentrums fördern. Multiplikatoreffekte sind lediglich im Beherbergungsgewerbe im Umland und während der Bauphase im Baugewerbe zu erwarten.
Hat das Projekt Modellcharakter? Kann es auf andere Grenzregionen übertragen werden?	Das Projekt hat Modellcharakter, ist jedoch aufgrund der hohen Zentralität eines Umweltbildungszentrums nur bedingt auf andere Regionen übertragbar.

Eigene Darstellung

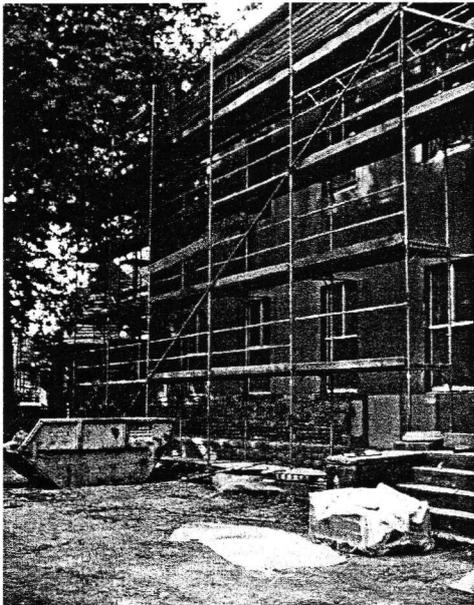
Abbildung 4.7 Der Umbau zum Umweltschulungszentrum

Foto: R. Knippschild

Zusammenfassung

Eine abschließende Bewertung des Umweltbildungszentrums in Criewen ist nicht möglich, da sich das Projekt noch in der Umsetzung befindet und somit keine Aussagen zum Betrieb gemacht werden können. Das Projekt ist jedoch im Hinblick auf positive Effekte für die Grenzregion vielversprechend. Durch Wissenstransfer und Kooperation im Umwelt- und Naturschutzbereich kann vor allem der Internationalpark Unteres Odertal durch Imageverbesserung und konkrete Schutz- und Entwicklungsmaßnahmen profitieren.

Abbildung 4.8 Flussauenlandschaft im unteren Odertal

Quelle: Gemeinde Criewen (o.J., S 15)

4.3.3 Gemeinsamer Umweltbericht Frankfurt (Oder) – Słubice 1998

Abbildung 4.9 Der Gemeinsame Umweltbericht Frankfurt (Oder) – Słubice 1998



Quelle: Städte Słubice und Frankfurt (1998, Titelblatt)

Projektvorstellung

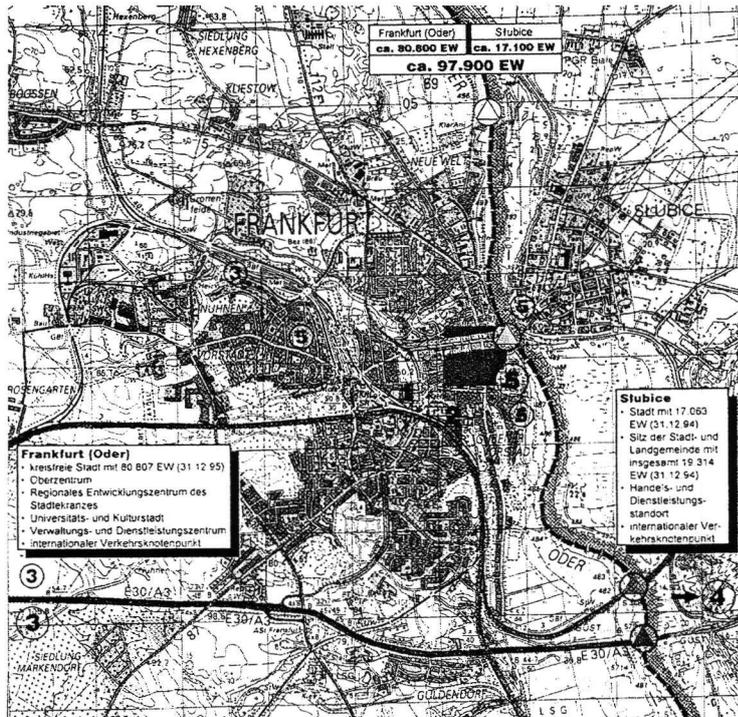
Vor dem Gemeinsamen Umweltbericht gab es bereits zwei getrennte Berichte zur Umweltsituation in den Städten Frankfurt (Oder) und Słubice. Auf Initiative des gemeinsamen Ökologieausschusses der beiden Städte entstand im Jahr 1998 der Gemeinsame Umweltbericht⁴⁴. Daher ist es möglich geworden, der räumlichen Nähe und gemeinsamen Lage der Städte an der Oder Rechnung zu tragen, die Umweltsituation gemeinsam zu analysieren und Maßnahmen zu benennen.

Der Bericht enthält neben der Analyse des Zustands der natürlichen Umwelt und des Schutzes menschliche Gesundheit sowie Lebensqualität auch technische Umweltberichte in den Bereichen Abfallwirtschaft, Altlasten, Stadtentwässerung und Trinkwasser. Weiterhin enthält der Bericht Überlegungen zu Energieeffizienz und CO₂-Minderung sowie einen Maßnahmenkatalog zukünftiger Tätigkeitsfelder des gemeinsamen Ökologieausschusses (Städte Słubice und Frankfurt (Oder) 1998, S. 1 ff.). Folgeprojekte aus dem Maßnahmenkatalog in den Bereichen Hochwasserschutz, ökologische Gestaltung der Abwasserbehandlung und Abfallwirtschaft sind bereits beschlossen⁴⁵.

⁴⁴ nach mündlicher Auskunft von Frau Menzel, Amt für Umwelt und Naturschutz Frankfurt (Oder), am 21.09.2000

⁴⁵ nach schriftlicher Auskunft von Herrn Dr. Mende, Mitglied des Gemeinsamen Ökologieausschusses Frankfurt (Oder) – Słubice vom 04.10.2000

Abbildung 4.10 Das Städtepaar Frankfurt (Oder) - Słubice



Quelle: Institut für Stadtentwicklung und Wohnen des Landes Brandenburg (1996, S. 40)

Die Finanzierung musste wegen der angesprochenen Inkompatibilität der Programme Interreg A und Phare CBC geteilt werden. Während die deutsche Seite mittels Interreg A die fachliche Bearbeitung finanzierte, kam die polnische Seite mit Phare CBC für die Kosten der Übersetzungen und des Drucks auf⁴⁶. Laut Auskunft des Amtes für Umwelt und Naturschutz konnte die Finanzierung nur durch die gute Kooperation der beiden Stadtverwaltungen gesichert werden.

Ansprechpartner

Herr Dr. Mende, Vorsitzender des Gemeinsamen Ökologieausschusses Frankfurt (Oder) - Słubice
 Amt für Umwelt und Naturschutz Stadt Frankfurt (Oder)
 Goepelstraße 38
 15234 Frankfurt (Oder)
 Telefon 0335-52 17 619
 e-Mail umweltamt@frankfurt-oder.de

⁴⁶ nach mündlicher Auskunft von Frau Menzel, Amt für Umwelt und Naturschutz Frankfurt (Oder), am 21.09.2000

Projektbewertung

Tabelle 4.5 Bewertung Gemeinsamer Umweltbericht Frankfurt (Oder) - Słubice

Bewertungskriterien zur Befriedigung der Handlungsbedarfe für eine nachhaltige Regionalentwicklung	Wirkungen des Projekts
Unterstützt das Projekt eine grenzüberschreitende die Kooperation zwischen Verwaltungen und Unternehmen? Wird der Ausbau der grenzüberschreitenden Infrastruktur gestärkt?	Die Realisierung des Gemeinsamen Umweltberichts setzte ein hohes Maß an Kooperation der Stadtverwaltungen in Frankfurt (Oder) und Słubice voraus. Es ist zu erwarten, dass dies ein positives Signal für die Zukunft ist. Im Maßnahmenkatalog des Umweltberichts sind grenzübergreifende Infrastrukturmaßnahmen enthalten, die teilweise schon beschlossen sind.
Werden Potenziale des Natur- und Kulturräumens und der natürlichen Ressourcen in der Grenzregion geschützt oder gestärkt? Wird durch das Projekt Beeinträchtigungen entgegengewirkt? Werden regionale Stoffkreisläufe geschlossen?	Durch eine Ist-Analyse werden Potenziale des Naturraums und der natürlichen Ressourcen benannt. Der Maßnahmenkatalog zeigt auf, in welchen Bereichen Handlungsschwerpunkte liegen. Folgeprojekte zum Schutz der Umwelt sind bereits beschlossen.
Werden durch das Projekt grenzübergreifende regionale Identitäten gefördert? Werden Hemmnisse aufgrund unterschiedlicher Kulturen und Sprachen abgebaut?	Außer auf der Verwaltungsebene sind keine positiven Wirkungen zu erwarten.
Stärkt das Projekt die regionale Verwaltungsebene in Polen?	Keine positiven Wirkungen zu erwarten.
Wird durch das Projekt die Koordination zwischen den vielen Akteuren in der Grenzregion erleichtert? Werden Kooperations- und Koordinationsprozesse gefördert?	Kooperations- und Koordinationsarbeit wird nur auf der Ebene der Verwaltungen geleistet. Weitere Akteure, wie zum Beispiel Umweltverbände sind nicht eingebunden, können dies in Zukunft aber beantragen ⁴⁷ .
Allgemeine Kriterien	
Ist das Projekt grenzübergreifend wirksam?	Beim Gemeinsamen Umweltbericht handelt es sich um ein grenzübergreifendes Projekt. Nicht nur die Analyse, sondern auch der Maßnahmenkatalog ist grenzübergreifend angelegt.
Ist das Projekt auch ohne EU-Förderung tragfähig? Löst das Projekt Multiplikatoreffekte aus? Hat die Förderung durch die EU Initialfunktion?	Das Projekt ist abgeschlossen und daher auf keine weitere Förderung angewiesen. Multiplikatoreffekte sind bei eventueller Umsetzung der bereits beschlossenen Maßnahmen zu erwarten.
Hat das Projekt Modellcharakter? Kann es auf andere Grenzregionen übertragen werden?	Das Projekt hat Modellcharakter für die geteilten Städte an der polnisch-deutschen Grenze, könnte aber auch auf grenzübergreifende Regionen übertragen werden.

Eigene Darstellung

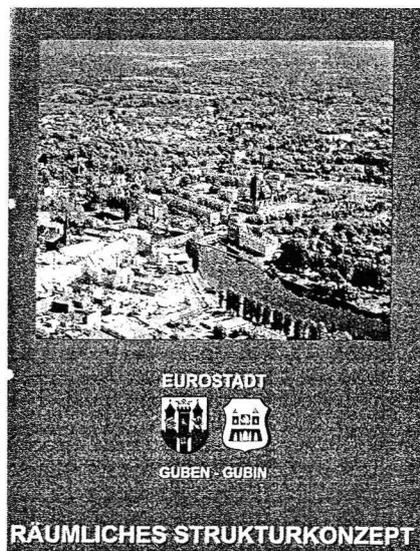
⁴⁷ nach schriftlicher Auskunft von Herrn Dr. Mende, Mitglied des Gemeinsamen Ökologieausschusses Frankfurt (Oder) – Słubice vom 04.10.2000

Zusammenfassung

Das Projekt Gemeinsamer Umweltbericht Frankfurt (Oder) – Słubice ist bereits erfolgreich abgeschlossen. Die Analyse dient als Grundlage für Maßnahmen zur Verbesserung der Umweltsituation. Der enthaltene Maßnahmenkatalog bereitet konkrete Umsetzungsschritte dazu vor. Positiv ist weiterhin die Kooperationsbereitschaft zwischen den Städten Frankfurt (Oder) und Słubice bei der Realisierung des Projekts zu bewerten. Der Umweltbericht ist ein beispielhafter Mosaikstein bei der grenzüberschreitenden nachhaltigen Regionalentwicklung in der Untersuchungsregion.

4.3.4 Räumliches Strukturkonzept Eurostadt Guben-Gubin

Abbildung 4.11 Das Räumliche Strukturkonzept Eurostadt Guben-Gubin



Quelle: Stadt Guben, Stadt Gubin (1998, Titelblatt)

Projektvorstellung

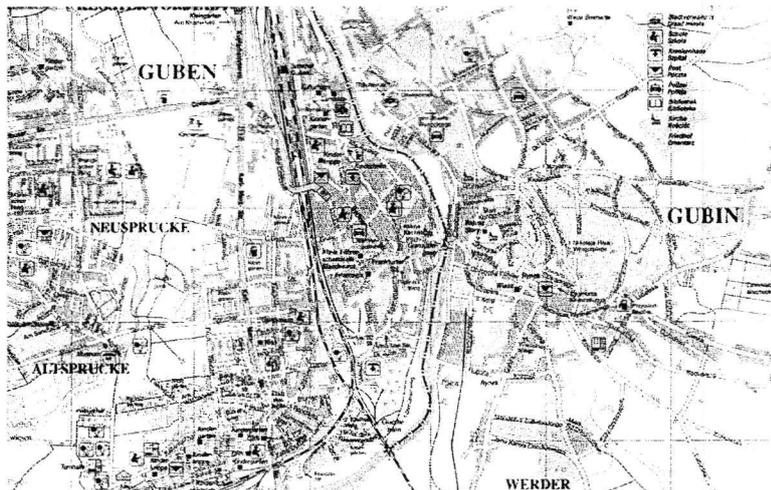
Das Räumliche Strukturkonzept soll den städtebaulichen Rahmen für das Zusammenführen der geteilten Stadt Guben-Gubin setzen. Nach dem Projekt-Aufruf der EXPO 2000 wurde das Modellprojekt Eurostadt Guben-Gubin im Jahr 1997 als EXPO-Projekt registriert. Eines von sechs Untervorhaben war das Räumliche Strukturkonzept⁴⁸ (Stadt Guben 1998).

Neben einer Analyse und einem städtebaulichen Leitbild enthält das Strukturkonzept 17 Initialprojekte. Dabei liegt der Schwerpunkt auf der Entwicklung eines gemeinsamen Stadtzentrums. Grünzonen sollen partnerschaftlich entwickelt und zugänglich gemacht werden. Die Theaterinsel, inmitten der Neiße gelegen, soll als kultureller Treffpunkt zwischen den beiden Städten reaktiviert und die grenzüberschreitende Hauptstraße als Einkaufsstraße und Fußgängerzone für beide Stadtteile entwickelt werden (Stadt Guben, Stadt Gubin 1998, S. 49 ff.). Initiator und zu Beginn auch Träger des Projekts waren die beiden Stadtverwaltungen. Nach dem Ende der EXPO 2000 fungiert die Internationale Bauausstellung Fürst-Pückler-Land⁴⁹ als Träger der Projekte im Rahmen des Räumlichen Strukturkonzepts⁵⁰.

⁴⁸ Weitere Vorhaben sind zum Beispiel eine deutsch-polnische Schule (*Europaschule Marie & Pierre Curie*), eine Begegnungsstätte des politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Lebens (*Eurogemeindeforum*) oder das Projekt *Beziehungen zwischen den Menschen zum Austausch von Tradition, Sprache und Kultur* (Stadt Guben 1998, S. 3 ff.).

⁴⁹ Die IBA (Internationale Bauausstellung) Fürst-Pückler-Land hat sich zum Ziel gesetzt, innerhalb von zehn Jahren innovative und unkonventionelle Ideen zum Umbau der Industrielandschaft in den Lausitzer Braunkohlerevieren zu entwickeln. Ein Projekt der IBA Fürst-Pückler-Land ist das Stadtzentrum Guben-Gubin (IBA Vorbereitungsgesellschaft mbH 1999, S. 4 ff. und 38 f.) Weitere Informationen siehe: <http://www.iba-fuerst-pueckler-land.de.htm>

⁵⁰ nach mündlicher Auskunft von Frau Richter, Amtsleiterin Wirtschafts- und Planungsamt Guben, am 27.09.2000

Abbildung 4.12 Die geteilte Stadt Guben-Gubin

Quelle: Euroverlag (1997, Stadtplan Guben-Gubin)

Die Finanzierung erfolgte zu 75% aus Interreg A-Mitteln, während die restlichen 25% von den Projektträgern, den Städten Guben und Gubin, getragen wurde. Obwohl es sich um ein grenzübergreifendes Projekt handelt, war aufgrund der Vorgaben keine Finanzierung aus Phare CBC-Mitteln möglich. Die EXPO 2000 und das Land Brandenburg stellten keine Mittel zur Verfügung⁵¹.

Ansprechpartner

Frau Richter, Amtsleiterin
Wirtschafts- und Planungsamt Guben
Uferstraße 22-26
03161 Guben
Telefon 03561-687 11 42
Telefax 03561-687 11 80
e-Mail Info@guben.de

⁵¹ ebd.

Projektbewertung

Tabelle 4.6 Bewertung Räumliches Strukturkonzept Eurostadt Guben-Gubin

Bewertungskriterien zur Befriedigung der Handlungsbedarfe für eine nachhaltige Regionalentwicklung	Wirkungen des Projekts
Unterstützt das Projekt eine grenzüberschreitende Kooperation zwischen Verwaltungen und Unternehmen? Wird der Ausbau der grenzüberschreitenden Infrastruktur gestärkt?	Die Abstimmung während der Realisierung des Strukturkonzepts, aber auch die Umsetzung der Maßnahmen verlangt ein hohes Maß an Kooperation zwischen den Stadtverwaltungen. Innerstädtisch wird durch den Infrastrukturausbau auch die Kooperation zwischen Unternehmen, vor allem im Einzelhandel, unterstützt.
Werden Potenziale des Natur- und Kulturräumens und der natürlichen Ressourcen in der Grenzregion geschützt oder gestärkt? Wird durch das Projekt Beeinträchtigungen entgegengewirkt? Werden regionale Stoffkreisläufe geschlossen?	Neben einer Analyse in den Bereichen Umweltschutz, Naturräume und Ver- und Entsorgungsinfrastruktur beinhaltet das Konzept auch Ziele und Maßnahmen zum Schutz des Naturraums und der natürlichen Ressourcen. Regionale Stoffkreisläufe werden durch Biotopvernetzung, regionale Grünzüge, Maßnahmen zur Regenwassernutzung, dezentrale Abwasserreinigung und Flächensanierung geschlossen.
Werden durch das Projekt grenzübergreifende regionale Identitäten gefördert? Werden Hemmnisse aufgrund unterschiedlicher Kulturen und Sprachen abgebaut?	Ziel des Projekts ist die Stärkung der gemeinsamen Identität der Städte Guben und Gubin. Positive Wirkungen auch auf die regionale Identität sind zu erwarten. Das übergeordnete Modellprojekt Eurostadt Guben-Gubin, in welches das Strukturkonzept eingebunden ist, sieht eine Vielzahl von Projekten zum kulturellen Austausch zwischen Polen und Deutsche vor.
Stärkt das Projekt die regionale Verwaltungsebene in Polen?	Keine positiven Wirkungen zu erwarten.
Wird durch das Projekt die Koordination zwischen den vielen Akteuren in der Grenzregion erleichtert? Werden Kooperations- und Koordinationsprozesse gefördert?	Durch das Strukturkonzept selbst sind keine positiven Wirkungen zu erwarten, jedoch werden durch Maßnahmen im Rahmen des übergeordneten Modellprojekts Kooperations- und Koordinationsprozesse gefördert.
Allgemeine Kriterien	
Ist das Projekt grenzübergreifend wirksam?	Durch das Projekt und dessen Folgemaßnahmen sind vielfältige grenzübergreifende Wirkungen zu erwarten.
Ist das Projekt auch ohne EU-Förderung tragfähig? Löst das Projekt Multiplikatoreffekte aus? Hat die Förderung durch die EU Initialfunktion?	Das Räumliche Strukturkonzept bildet die Grundlage für weitere grenzüberschreitende Projekte. Multiplikatoreffekte sind in Zukunft zu erwarten. Die Interreg-Förderung hat somit Initialfunktion.
Hat das Projekt Modellcharakter? Kann es auf andere Grenzregionen übertragen werden?	Das Projekt ist auf die geteilten Städte Görlitz/Zgorzelec, Kostrzyn/Küstrin und Frankfurt (Oder)/Słubice in der Grenzregion übertragbar. Auch für Städte in anderen Grenzregionen hat das Projekt Modellcharakter.

Eigene Darstellung

Zusammenfassung

Eine zusammenfassende Bewertung des Räumlichen Strukturkonzept Modellstadt Guben-Gubin fällt schwer, da es sich bei diesem Projekt bisher lediglich um einen Entwurf handelt. Der Erfolg im Hinblick auf die Unterstützung einer nachhaltiger Regionalentwicklung in der Grenzregion hängen von der Umsetzung der vorgeschlagenen Maßnahmen ab. Die Ideen und Maßnahmenvorschläge des Strukturkonzepts sind jedoch positiv zu bewerten, da eine räumliche Verknüpfung der beiden Städte im Zuge der Grenzöffnung der EU-Erweiterung zwingend notwendig ist. Die grenzüberschreitende Kooperation wird auf Verwaltungsebene sowohl durch die Ausarbeitung des Strukturkonzepts als auch durch die Realisierung der Maßnahmen gefördert. Inwieweit die Bewohner der beiden Städte von diesem Projekt profitieren können, hängt unter anderem von der Einbindung der Öffentlichkeit während der Realisierung der Maßnahmen ab.

4.3.5 Internationales Begegnungszentrum St. Marienthal in Ostritz

Abbildung 4.13 Das Kloster St. Marienthal bei Ostritz



Quelle: Deutsche Bundesstiftung Umwelt (o.J., S. 24)

Projektvorstellung

Das Internationale Begegnungszentrum (IBZ) wurde 1992 von den Zisterzienserinnen des Klosters St. Marienthal in Ostritz (heute Landkreis Löbau-Zittau) als Stiftung gegründet. Ziel war und ist es, die Begegnung zwischen Menschen verschiedener Nationalitäten - aufgrund der Lage direkt an der Neiße im Dreiländereck insbesondere zwischen Deutschen, Polen und Tschechen - zu fördern und dabei nicht nur über Nachhaltigkeit, Natur- und Umweltschutz zu reden, sondern diese auch zu praktizieren (Stadt Ostritz-St. Marienthal 2000, S. 1 f.).

Im Begegnungszentrum finden jährlich ca. 100 Veranstaltungen zu ökologischen, sozialen, aber auch kulturellen und religiösen Themen statt. Die Gäste werden mit regionalen, ökologisch angebauten Lebensmitteln verpflegt; Energie wird aus einer eigenen Wasserkraftanlage an der Neiße bezogen; bei der Sanierung der Gebäude kamen überwiegend umweltverträgliche Baustoffe aus der Region zum Einsatz. Darüber hinaus hat das IBZ auch lokalökonomische und soziale Funktion. Mehr als 30 Dauerarbeitsplätze sind bisher entstanden, es wurden Sozialwohnungen eingerichtet, und es finden kulturelle Veranstaltungen statt (ebd., S. 4 ff.). Das IBZ arbeitet außerdem mit dem Internationalen Hochschulinstitut Zittau, der Hochschule für Technik, Wirtschaft und Soziales Zittau/Görlitz und dem Internationalen Transferzentrum für Umwelttechnik GmbH in Leipzig an einem regen Wissens- und Technologietransfer im Bereich Umweltschutz (ebd., S. 34).

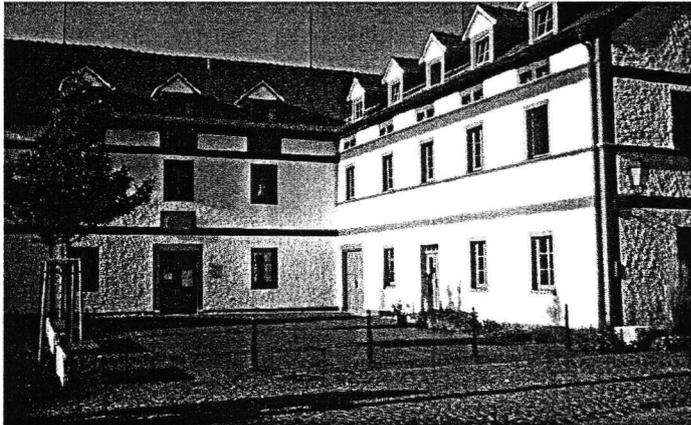
Abbildung 4.14 Die sanierten Gebäude des Internationalen Begegnungszentrums

Foto: R. Knippschild

Das IBZ war Initiator des Projekts Energieökologische Modellstadt Ostritz-St. Marienthal, dessen Ziel es ist, ein Konzept für eine nachhaltige Stadtentwicklung exemplarisch in der Kleinstadt Ostritz umzusetzen. Projektbausteine sind ein Biomasseheizkraftwerk, eine Pflanzenkläranlage, Sonnenenergienutzung, ein Windpark, eine ökologische Siedlung, Kleinwasserkraftwerke, ökologischer Waldbau, die Ausstellung „Energie-Werk-Stad(t)“ zur Umweltbildung und der Wissens- und Technologietransfer vor allem zwischen Deutschland, Polen und Tschechien⁵² (Deutsche Bundesstiftung Umwelt o.J., S. 8 ff.).

Neben Mitteln aus Interreg A (ca. 1 Mio. DM⁵³) wurde der Aufbau des IBZ vor allem durch die Deutsche Bundesstiftung Umwelt, die Allianz-Stiftung zum Schutz der Umwelt und die Robert-Bosch-Stiftung gefördert (Stadt Ostritz-St. Marienthal 2000, S. 1 f.).

Ansprechpartner (Internationales Begegnungszentrum St. Marienthal)

Herr Dr. Schlitt, Direktor
Internationales Begegnungszentrum St. Marienthal
St. Marienthal 10
D-02899 Ostritz
Telefon 035823-77 0
Telefax 035823-77 250
e-Mail IBZ-St.Marienthal@t-online.de

Ansprechpartner (Energieökologische Modellstadt Ostritz-St. Marienthal)

Herr Ebermann
Stadt Ostritz-St. Marienthal
Markt 1
D-02899 Ostritz
Telefon 035823-884 22
Telefax 035823-865 84
e-Mail post.ostritz@kin-sachsen.de

⁵² Weitere Informationen: <http://www.ostritz-st-marienthal.de.htm>

⁵³ nach schriftlicher Auskunft von Herrn Dr. Schlitt, Direktor des IBZ in Ostritz vom 07.12.2000

Projektbewertung

Tabelle 4.7 Bewertung Internationales Begegnungszentrum St. Marienthal

Bewertungskriterien zur Befriedigung der Handlungsbedarfe für eine nachhaltige Regionalentwicklung	Wirkungen des Projekts
Unterstützt das Projekt eine grenzüberschreitende Kooperation zwischen Verwaltungen und Unternehmen? Wird der Ausbau der grenzüberschreitenden Infrastruktur gestärkt?	Keine positiven Wirkungen zu erwarten.
Werden Potenziale des Natur- und Kulturräumens und der natürlichen Ressourcen in der Grenzregion geschützt oder gestärkt? Wird durch das Projekt Beeinträchtigungen entgegengewirkt? Werden regionale Stoffkreisläufe geschlossen?	Die Vermittlung und Praktizierung einer ökologisch nachhaltigen Wirtschafts- und Lebensweise und der Wissens- und Technologietransfer lassen positive Wirkungen nicht nur vor Ort, sondern auch für die Grenzregion erwarten. Auf lokaler Ebene wird versucht, Stoffkreisläufe zu schließen.
Werden durch das Projekt grenzübergreifende regionale Identitäten gefördert? Werden Hemmnisse aufgrund unterschiedlicher Kulturen und Sprachen abgebaut?	Aufgrund der Lage und der sehenswerten Klosteranlage direkt an der Neiße hat das Begegnungszentrum positiven Einfluss auf die Identitätsbildung der Landschaft an der Lausitzer Neiße. Die Schwerpunktsetzung auf den polnisch-deutsch-tschechischen Austausch trägt tendenziell zum Abbau von Hemmnissen aufgrund der verschiedenen Kulturen und Sprachen in der Region bei.
Stärkt das Projekt die regionale Verwaltungsebene in Polen?	Keine positiven Wirkungen zu erwarten.
Wird durch das Projekt die Koordination zwischen den vielen Akteuren in der Grenzregion erleichtert? Werden Kooperations- und Koordinationsprozesse gefördert?	Kooperationsprozesse werden durch das Bildungszentrum erleichtert. Vor allem im Natur- und Umweltschutz und in nachhaltigen Wirtschaftsweisen ist ein verstärkter Austausch zwischen polnischen und deutschen Akteuren zu erwarten. Durch den Wissenstransfer mit dem Internationalen Transferzentrum für Umwelttechnik in Leipzig und mit der Stadt Ostritz werden auch Koordinationsprozesse gefördert.
Allgemeine Kriterien	
Ist das Projekt grenzübergreifend wirksam?	Obwohl das Bildungszentrum auf deutscher Seite angesiedelt ist und kein polnisches Pendant hat, ist aufgrund der Schwerpunktsetzung im deutsch-polnisch-tschechischen Austausch eine grenzübergreifende Wirkung zu erwarten.
Ist das Projekt auch ohne EU-Förderung tragfähig? Löst das Projekt Multiplikatoreffekte aus? Hat die Förderung durch die EU Initialfunktion?	Mit den Interreg-Mitteln ist nur der Bau des Bildungszentrums gefördert worden. Das Projekt ist heute unabhängig von der EU-Förderung. Das Projekt Modellökologische Energiestadt Ostritz ist ein Folgeprojekt des IBZ. Daher kann bei der Interreg-Förderung von einer starken Initialwirkung gesprochen werden. Beim Bau und Betrieb des IBZ wurde und wird stark auf die Verwendung regionaler Produkte und Dienstleistungen Wert gelegt. Multiplikatoreffekte sind daher vor allem bei der regionalen Wirtschaft zu erwarten.
Hat das Projekt Modellcharakter? Kann es auf andere Grenzregionen übertragen werden?	Das Projekt hat Modellcharakter, ist jedoch aufgrund der hohen Zentralität eines Umweltbildungszentrums nur bedingt auf andere Regionen übertragbar. Das Folgeprojekt Energieökologische Modellstadt Ostritz hat sehr starken Modellcharakter und sollte auf andere Gemeinden übertragen werden.

Abbildung 4.15 Das Wasserkraftwerk des Klosters

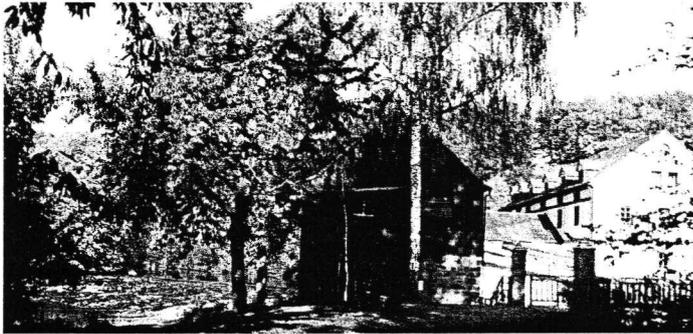


Foto: R. Knippschild

Zusammenfassung

Beim IBZ handelt es sich im Hinblick auf die Fragestellung um ein äußerst positives Projekt in der Grenzregion mit wichtiger Vorbildfunktion. Kooperation und Wissenstransfer im Umweltbereich zusammen mit sozialen Maßnahmen sind entscheidende Impulse für eine nachhaltige Regionalentwicklung gerade in der Grenzregion. Dabei dienten die EU-Mittel lediglich als Initialförderung. Weiterhin ist das Folgeprojekt *Energieökologische Modellstadt Ostritz-St. Marienthal* positiv hervorzuheben. Hier wird mit Hilfe der Vernetzung lokaler Akteure ein Konzept einer nachhaltigen Stadtentwicklung mit Schwerpunkt im Energiebereich exemplarisch umgesetzt. Obwohl dieses Projekt keine EU-Förderung genossen hat, ist die Interreg-Förderung des IBZ als besonders positiv hervorzuheben, da es ein anderes ebenfalls erfolgreiches Projekt nach sich gezogen hat.

4.4 Mit der EU-Strukturpolitik zu einer nachhaltigen Regionalentwicklung?

Zusammenfassend lässt sich schlussfolgern, dass trotz der aufgezeigten Schwächen der Instrumente Interreg A und Phare CBC eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit in der polnisch-deutschen Grenzregion im vorhandenen Umfang ohne die beiden Programme nicht denkbar wäre. Inwieweit tatsächlich eine nachhaltige Regionalentwicklung unterstützt werden kann, ist anhand der Bewertung der Projekte deutlich geworden.

Die Bewertung der vier Projekte hat gezeigt, dass die Förderung im Zuge der Programme Interreg A und Phare CBC durchaus unterstützende Wirkungen auf eine nachhaltige Regionalentwicklung in der Grenzregion hat. Insbesondere bei der grenzüberschreitenden Kooperation sind positive Effekte zu erwarten. Durch die EU-Förderung konnten Projekte realisiert werden, die Multiplikatoreffekte auslösen und Potenziale in der Grenzregion entwickeln, wie beispielsweise das Profitieren von der Grenzlage im bilateralen Austausch oder die gemeinsame Entwicklung von Grenzstädten.

Jedoch sind in den ausgewählten Fällen auch Schwächen der EU-Förderung deutlich geworden. Bei keinem der Projekte konnten positive Wirkung auf die Stärkung der regionalen Verwaltungsebene in Polen ausgemacht werden. Hier liegt ein Defizit der EU-Strukturpolitik. Da diesem Defizit auf Projektebene nicht begegnet werden kann, sind Konsequenzen auf europäischer Ebene notwendig. Durch den Best-practice-Ansatz war es leider nicht möglich,

die Schwierigkeiten durch die unterschiedlichen Vorgehensweise in den Euroregionen bei der Auswahl der zu fördernden Projekte deutlich zu machen. Bei weitem nicht alle Interreg A- und Phare CBC-geförderten Projekte können im Hinblick auf eine nachhaltige Regionalentwicklung positiv bewertet werden. Viele Projekte erfüllen nicht die Ansprüche, eine grenzüberschreitende Wirkung zu haben und eine integrierte Regionalentwicklung zu unterstützen. Zur Orientierung erfolgt im Anhang dieser Arbeit eine Auflistung der Interreg A- und Phare CBC-geförderten Projekte beispielhaft in der Euroregion Spree-Neiße-Bober. Weiterhin wurden Probleme durch die Inkompatibilität der Programme Interreg A und Phare CBC deutlich. Grenzüberschreitende Projekte setzen eine hohe Kooperationsbereitschaft der Projektträger auf beiden Seiten der Grenze voraus. Falls dies nicht der Fall ist, kann die Inkompatibilität der Programme eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit behindern.

Das Kapitel 4.3 hat gezeigt, dass die Förderung von Projekten eine Möglichkeit der Unterstützung einer nachhaltigen Regionalentwicklung in Regionen ist. Mittels der Förderung von Projekten ist es möglich, durch externe Akteure, im Falle dieser Arbeit durch die Europäische Union, die Entwicklung einer Region in eine bestimmte Richtung zu lenken. Projekte haben immer einen lokalen Bezug. Ressourcen und Know-how vor Ort können genutzt werden. Im Sinne einer nachhaltigen Regionalentwicklung ist diese Form der Regionalförderung daher sinnvoll. Unter Beachtung der genannten Probleme im Fall der Grenzregion ist die Förderung von Projekten eine geeignete Strategie zur Unterstützung einer nachhaltigen Regionalentwicklung.

Abschließend läßt sich festhalten, dass die EU-Strukturpolitik die regionale Entwicklung der polnisch-deutschen Grenzregion unterstützt. Ob diese Entwicklung nachhaltig ist, scheint bislang, solange nicht überall ein Bewusstsein dafür entwickelt wird, zu sehr von der Verantwortung vor Ort abzuhängen. Nicht in allen Euroregionen werden beispielsweise die Interreg A- und Phare CBC-Mittel konsequent auf Projekte im Sinne einer nachhaltigen Regionalentwicklung konzentriert. Weiterhin sind Schwächen innerhalb der Instrumente deutlich geworden. Folglich resultiert Handlungsbedarf auf zwei Ebenen. Um eine nachhaltige Regionalentwicklung konsequent anzustreben, sind auf Ebene der EU-Strukturpolitik trotz der soeben begonnenen Förderperiode 2000-2006 Maßnahmen notwendig, die den aufgezeigten Schwächen der Instrumente Interreg A und Phare CBC begegnen. Weiterhin sind auf regionaler Ebene in der Grenzregion Initiativen zur adäquaten Nutzung der Fördermittel und zur Umsetzung einer nachhaltigen Regionalentwicklung anzustoßen. Leitlinien zur Neuorientierung von Struktur- und Regionalpolitik im Sinne einer nachhaltigeren Regionalentwicklung werden in Kapitel 6 ebenso formuliert wie Handlungsvorschläge auf verschiedenen Akteursebenen zur Umsetzung derselben.

5 Zwei Entwicklungspfade für die Grenzregion bis zum Jahr 2016

Die bisherigen Kapitel dieser Arbeit haben deutlich gemacht, dass die polnisch-deutsche Grenzregion an einem Scheideweg steht. Die Diskussion von Regionalentwicklungstheorien zu Beginn (siehe Kapitel 2) hat gezeigt, dass die Ansätze einer nachhaltigen Regionalentwicklung Chancen für die Grenzregion bedeuten, während klassische regionalökonomische Ansätze ein weiteres Zurückfallen prognostizieren. In der Analyse der Ausgangssituation in der Untersuchungsregion (siehe Kapitel 3) konnte dargelegt werden, dass trotz struktureller Schwächen Potenziale für eine endogene Entwicklung der Grenzregion vorhanden sind. Die Bewertung der Programme und Projekte der EU-Strukturpolitik (siehe Kapitel 4) hat weiterhin gezeigt, dass es Ansätze gibt, Potenziale vor Ort für die Entwicklung der Region zu nutzen. Es bleibt die Frage offen, für welchen Weg sich die polnisch-deutsche Grenzregion in ihrer zukünftigen Entwicklung entscheidet.

5.1 Warum Entwicklungspfade?

Die beiden einzuschlagenden Wege bei der Entwicklung der Grenzregion unterscheiden sich im Aufgreifen und Nutzen dieser regionalen Potenziale. Danach wird sich auch der Grad der Erreichung einer nachhaltigen Regionalentwicklung richten.

- Entweder die Grenzregion tritt in Wettbewerb mit anderen Regionen, verbessert mit massiven Investitionen ihre Erreichbarkeit, versucht durch verstärkten Infrastrukturausbau ihre periphere Lage zu kompensieren und entfernt sich langfristig von einer nachhaltigen Regionalentwicklung,
- oder es gelingt der Grenzregion, sich auf ihre endogenen Potenziale zu besinnen und eine eigenständige, nachhaltige Regionalentwicklung anzustreben. Dazu muss der Strukturschwäche durch verstärkte interregionale und internationale Kooperation entgegengewirkt werden, um von der Grenzlage profitieren zu können. Potenziale in Bereichen wie Umweltqualität, Natur- und Kulturräum müssen aufgespürt und entwickelt werden.

Welchen Weg wird die zukünftige Entwicklung in der Grenzregion also einschlagen? Mit den teilweise noch unklaren Modalitäten des EU-Beitritt Polens, mit der sich noch entwickelnden regionalen Verwaltungsebene und mit den weiteren bevorstehenden Reformen der EU-Strukturpolitik bestehen unwägbar Rahmenbedingungen, die eine eindeutige Beantwortung dieser Frage schwierig machen.

In dieser Arbeit soll daher nicht über die Zukunft der Grenzregion spekuliert werden, sondern es werden mehrere Pfade aufgezeigt, in welche Richtung die Entwicklung der Region gehen kann. Es wird also eine Bandbreite verschiedener Entwicklungsalternativen aufgezeigt. Das Umweltbundesamt nennt folgende Gründe für mehrdimensionale Prognosemodelle:

„Weil die Entwicklung komplexer und dynamischer Prozesse grundsätzlich nur unter großer Unsicherheit zu prognostizieren ist, hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, dass Prognosemodelle nicht nur von einer „einzigen Zukunft“ ausgehen sollten. Man ist deshalb dazu übergegangen, mögliche Entwicklungen in Szenarien zu beschreiben. Das eröffnet die Möglichkeit, „wenn-dann“-Zukunftsbilder zu entwerfen, indem man die zugrunde gelegten Annahmen (zum Beispiel über Wirtschaftsentwicklung, Bevölkerungswachstum, Inflationsrate oder politische Rahmenbedingungen) systematisch variiert. Szenarien vermitteln im Gegensatz zu Prognosen nicht den Eindruck, als sei die zukünftige Entwicklung zwangsläufig, sie lenken die Aufmerksamkeit vielmehr auf die

ihnen zugrunde liegenden Rahmenbedingungen und verdeutlichen damit den vorhandenen Gestaltungsspielraum.“ (Umweltbundesamt 1998, S. 34)

Bei der Erstellung von Entwicklungsalternativen geht es darum, komplexe Themen diskussionsfähig zu machen. Ziel ist es nicht, die wahrscheinlich eintreffende Zukunft vorauszusagen, sondern verschiedene Alternativen aufzuzeigen (Arras 1989, S. 28). Dabei ist es wichtig, auf die Kommunikationsfähigkeit der aufgezeigten Pfade zu achten. Häußermann und Siebel (1989, S. 15) halten eine bildhafte, plastische Darstellung und das Herausstellen von qualitativen Veränderungen für entscheidend. Kunzmann äußert sich dazu:

“[...] recent research in Europe has shown that symbols and spatial images play an underestimated role in spatial planning. In the end visualized concepts can contribute more to achieving certain political goals than legal and financial instruments. Visualized spatial symbols, for all their vagueness, can reduce complexity enormously. They are easy to communicate, and much easier to grasp and to accept” (Kunzmann 1996, S. 2).

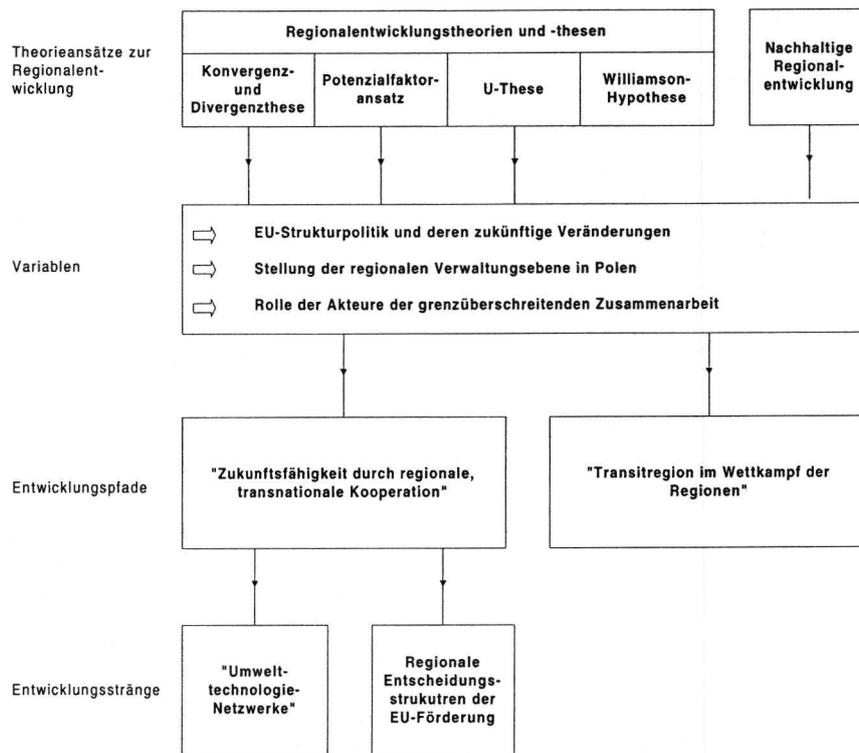
Die Entwicklungsalternativen werden in dieser Arbeit daher mit Hilfe von Raumbildern und Symbolen visualisiert sowie anschließend textlich beschrieben und erläutert. Die Erstellung von Entwicklungsalternativen, in dieser Arbeit Entwicklungspfade genannt, macht es möglich, Wenn-dann-Beziehungen zu berücksichtigen, wobei die zugrunde liegenden Annahmen variieren. In dieser Arbeit sind dies:

- die EU-Strukturpolitik und deren zukünftige Veränderungen;
- die Stellung der regionalen Verwaltungsebene in Polen sowie
- die Rolle der Akteure der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit.

Der Zeithorizont der Entwicklungspfade von 15 Jahren erscheint aus mehreren Gründen sinnvoll. Einerseits werden die angesprochenen Rahmenbedingungen nach einer kürzeren Zeitspanne kaum etabliert sein bzw. erkennbare Wirkungen zeigen. Auch der Beginn einer nachhaltigen Regionalentwicklung ist sicherlich nicht in kürzeren Zeitdimensionen absehbar (Umweltbundesamt 1998, S. 36 f.). Andererseits sind 15 Jahre aus heutiger Sicht noch abschätzbar. Akteure und Organisationen werden größtenteils die Chance haben, die Prozesse zu beobachten und zu gestalten (ebd.).

Die Grundlage für den Entwurf der Entwicklungspfade sind die aufgezeigten Perspektiven einer nachhaltigen Regionalentwicklung (Kapitel 2.2.3) einerseits und die in Kapitel 2.1.5 anhand der Theorieansätze zur Regionalentwicklung beschriebenen möglichen räumlichen Tendenzen (vgl. Tabelle 2.1) andererseits. Daraus wurden die beiden Entwicklungspfade **Zukunftsfähigkeit durch regionale, transnationale Kooperation** und **Transitregion im Wettkampf der Regionen** erarbeitet.

Abbildung 5.1 Ableitung der Entwicklungspfade aus der bisherigen Arbeit



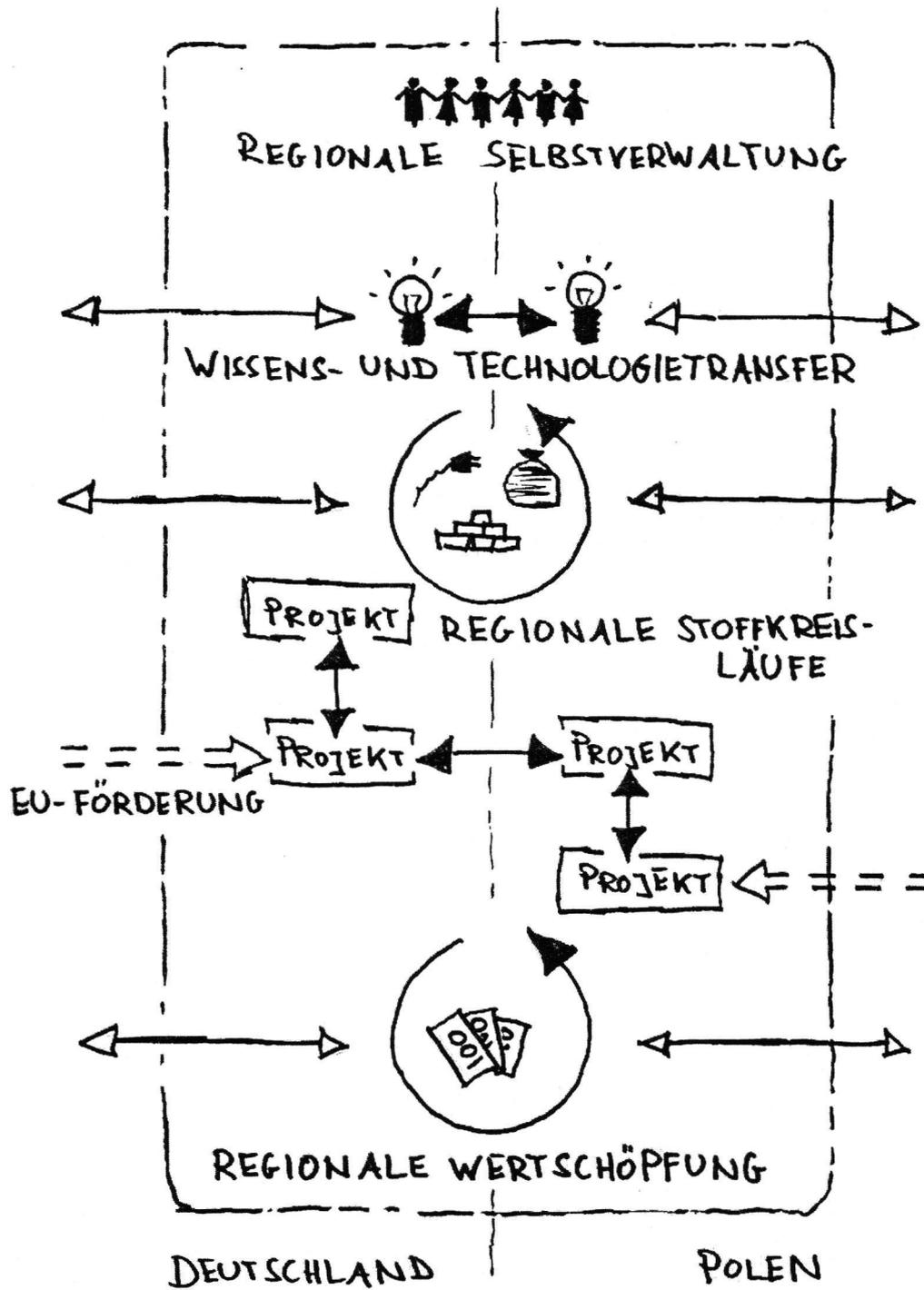
Eigene Darstellung

Der erste Entwicklungspfad *Zukunftsfähigkeit durch regionale, transnationale Kooperation* beschreibt eine Vision für die Grenzregion, bei der es gelingt, ihre Stärken und Potenziale zu fördern und diese in den Vordergrund zu stellen. Innerhalb dieses Pfades werden zur Erläuterung zwei Entwicklungsstränge für einige Teilbereiche aufgezeigt, die Details der regionalen Entwicklung veranschaulichen. Der Ansatz der regionalen Netzwerkbildung wird im Entwicklungsstrang **Umwelttechnologie-Netzwerke** aufgegriffen und anhand eines Beispiels bis ins Jahr 2016 fortgeschrieben. Die in der Grenzregion existierenden Bildungs- und Schulungszentren im Umweltbereich, von denen zwei bewertet wurden, waren Ausgangslage für die Erstellung dieses Entwicklungsstrangs. Ein zweites Beispiel zur Konkretisierung des Entwicklungspfades *Zukunftsfähigkeit durch regionale, transnationale Kooperation* ist die Etablierung regionaler Entscheidungsstrukturen bei der EU-Förderung. Diese Vision wird im Entwicklungsstrang **Regionale Entscheidungsstrukturen bei der EU-Förderung** veranschaulicht. Ein wichtiger Ansatz der nachhaltigen Regionalentwicklung ist die Dezentralisierung der Entscheidungsstrukturen und die Partizipation der Akteure und der Bevölkerung an regionalen Prozessen.

Der zweite Entwicklungspfad *Transitregion im Wettkampf der Regionen* ist als Fortschreibung des derzeitigen Trends der Entwicklung in der Grenzregion zu sehen. Hier sollen Gefahren beschrieben werden, die durch ein Missachten der endogenen Potenziale und Stärken auf die Grenzregion zukommen können. Die Entwicklungspfade richten sich daher an alle an der Entwicklung der Grenzregion beteiligten Akteure. Sie sollen zur Initiative für eine nachhaltige Regionalentwicklung ermutigen und an die Kooperationsbereitschaft der verschiedenen Akteure auf beiden Seiten der Grenze appellieren.

5.2 Entwicklungspfad „Zukunftsfähigkeit durch regionale, transnationale Kooperation“

Abbildung 5.2 Entwicklungspfad „Zukunftsfähigkeit durch regionale, transnationale Kooperation“



„In den vergangenen Jahren seit dem EU-Beitritt Polens hat sich die Grenzregion zu einem Bindeglied der polnischen und deutschen Wirtschaft entwickeln können. Durch die Konzentration von Know-how aus beiden Ländern war es aufgrund der räumlichen Nähe möglich, sich zu einem Standort für grenzübergreifend agierende Unternehmen mit zukunftsfähigen Arbeitsplätzen zu profilieren. So sind grenzübergreifende regionale Ökonomien und Netzwerke entstanden. Ein Schwerpunkt liegt auf der Entwicklung und Herstellung von Produkten und Dienstleistungen im Umweltbereich. Hier konnte von den Projekten im Technologie- und Wissenstransfer in früheren Jahren der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit profitiert werden (siehe auch Kapitel 5.3.1).

Die konsequente Entwicklung weicher Standortfaktoren, wie die hohe Qualität der natürlichen Umwelt oder die kulturelle Vielfalt in den Grenzstädten, hat dazu beigetragen, dass die Grenzregion ein attraktiver Standort für qualifizierte Arbeitskräfte geworden ist. Problematischen Entwicklungen, wie Arbeitslosigkeit und Abwanderung, konnte somit auf beiden Seiten der Grenze Einhalt geboten werden.

Durch zahlreiche gezielt geförderte Projekte ist es gelungen, Sprachbarrieren und kulturelle Hemmnisse weitgehend zu überwinden und Vorurteile abzubauen. Neben einer frühen Kooperationsbereitschaft zwischen den Unternehmen sind sich mittlerweile auch Verwaltungen und Menschen durch die vielen Projekte näher gekommen. Gemeinsame Schulen, kulturelle Veranstaltungen und ein gemeinsames Regionalparlament (siehe auch Kapitel 5.3.2) sind nur einige Beispiele für die grenzüberschreitende regionale Identität.

Während der letzten Jahre wurde verstärkt auf regionale Ressourcen gesetzt. Vor allem bei der Energieversorgung wird intensiv Wasserkraft, Windkraft und Biomasse genutzt. Auch bei der Versorgung setzt sich der Trend zu kleinen, dezentralen Anlagen fort. Die Modellprojekte in diesen Bereichen haben durch die Bildungs- und Informationsleistungen in der ganzen Grenzregion Schule gemacht und sind mittlerweile ein bedeutender Wirtschaftsfaktor.

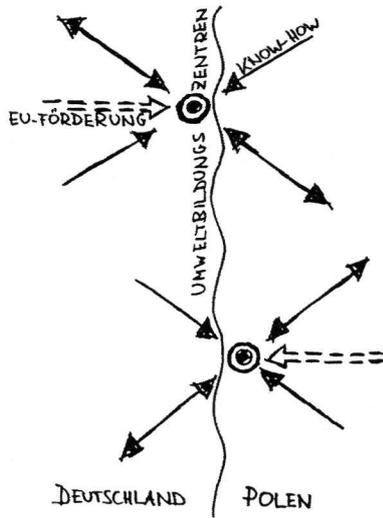
Die Region profitiert weiterhin von der Strukturförderung der EU. Dabei werden gezielt einzelne Projekte gefördert, die eine nachhaltige Regionalentwicklung unterstützen. Anhand einheitlicher Kriterien werden nur Projekte gefördert, die horizontal, also grenzübergreifend, und vertikal mit anderen Projekten vernetzt sind. Schon vor dem EU-Beitritt Polens ist es gelungen, ein einheitliches Förderprogramm für beide Seiten der Grenze zu schaffen, was für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit von großer Bedeutung war.

Durch eine mittlerweile etablierte interaktive und prozessorientierte Bewertung der EU-geförderten Projekte kann eine Zielorientierung bei der Projektförderung gewährleistet werden. Schon frühzeitig werden Projektvorschläge dahingehend überprüft, ob diese das Zielsystem der in den entsprechenden Programmen angelegten Kriterien erfüllen. Nach Abschluss der Förderung ist es möglich, die Projekte mit den ausgewählten Bewertungskriterien auf die Erfüllung des Förderziels hin zu überprüfen.

Die Vergabe der EU-Fördermittel wurde noch vor dem EU-Beitritt Polens in die Verantwortung der Wojewodschaften gelegt, was ein wichtiger Schritt zur Stärkung der regionalen Ebene in Polen war. Mittlerweile sind die Wojewodschaften mit weitreichenden Kompetenzen, ähnlich denen der deutschen Länder, ausgestattet. Die Kontrollfunktion durch die nationale Regierung wurde durch den Abzug der Wojewoden aufgegeben. Die Wojewodschaften arbeiten bei der Landesplanung intensiv mit den deutschen Bundesländern zusammen. Weiterhin sind die vier polnisch-deutschen Euroregionen mit weitreichenden Kompetenzen der Regionalplanung ausgestattet. Die grenzüberschreitenden Regionalparlamente übernehmen Entscheidungsfunktionen innerhalb der Euroregionen. Öffentlichkeit und Akteure sind in den Diskussionsprozess um die Entwicklung der Grenzregion durch regelmäßige Regionalforen eingebunden.“

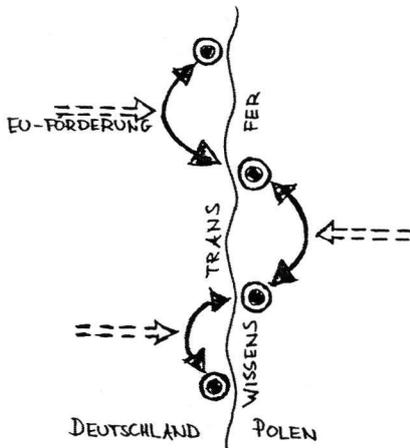
5.2.1 Entwicklungsstrang „Umwelttechnologie-Netzwerke“

Abbildung 5.3 Das Jahr 2006: Transfer in die Region



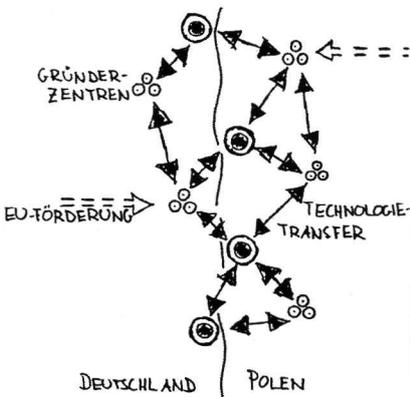
„Im Jahr 2006 haben sich die Bildungs- und Schulungseinrichtungen im Bereich Umwelt, wie das Umweltschulungszentrum in Criewen (vgl. Kapitel 4.3.2) oder das Internationale Bildungszentrum in Ostritz (vgl. Kapitel 4.3.5) zu Transferstellen für Wissen und Umwelttechnologie entwickelt. In der Grenzregion findet ein reger Austausch zwischen Wissenschaft, Forschung, Herstellern und Anwendern von Umwelttechnologie statt. Die EU fördert gezielt weitere grenzüberschreitende Modellprojekte in diesem Bereich, die eine Initialwirkung für Folgeprojekte erwarten lassen.“

r in der Region



„Entlang der Grenze haben sich im Jahr 2011 weitere Transferzentren im Umweltbereich angesiedelt. Neben fachlichem Input von außerhalb der Grenzregion findet ein verstärkter Austausch zwischen den einzelnen Einrichtungen innerhalb der Region statt. Die Bildungs- und Schulungszentren leisten verstärkt Koordinationsarbeit zwischen Polen und Deutschland, sowohl zwischen Akteuren im Umweltbereich als auch zwischen Unternehmen und Forschungseinrichtungen. Die EU fördert weniger den Aufbau neuer Transferinstitutionen als vielmehr einzelne Aktionen zum Austausch neuer Strategien und Technologien.“

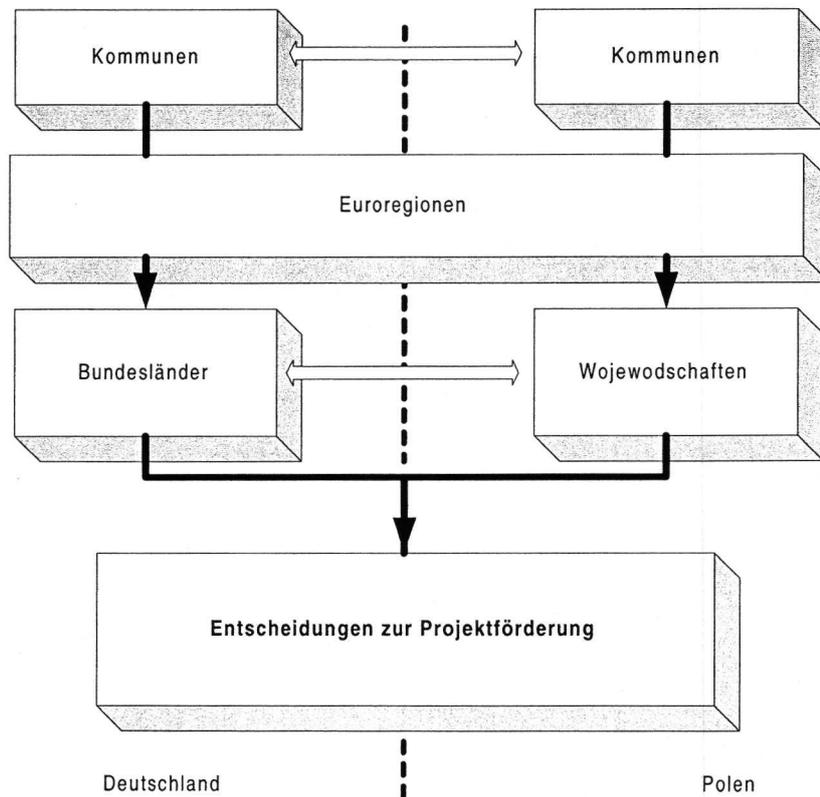
us der Region



„Als Folge des regen Austauschs zwischen den beiden Ländern im Bereich Umwelttechnologie haben sich im Jahr 2016 Netzwerke von Folgeindustrien in der Grenzregion gebildet. Hersteller von Produkten und Dienstleistungen sowie Forschungsinstitute im Umweltbereich profitieren von der Nähe zum polnischen und deutschen Markt sowie zu den Transferinstitutionen und siedeln sich auf polnischer und deutscher Seite der Grenzregion an. Die EU-Förderung unterstützt hauptsächlich kleine Folgeunternehmen in der Gründungsphase. Die Region hat sich mittlerweile als Exporteur von Technologien und Dienstleistungen im Bereich Umweltschutz etabliert. Hier ist es außerdem möglich, die Anwendung wegweisender Strategien und Technologien in den Bereichen Umwelt- und Ressourcenschutz zu beobachten und von den Erfahrungen in der Region zu profitieren.“

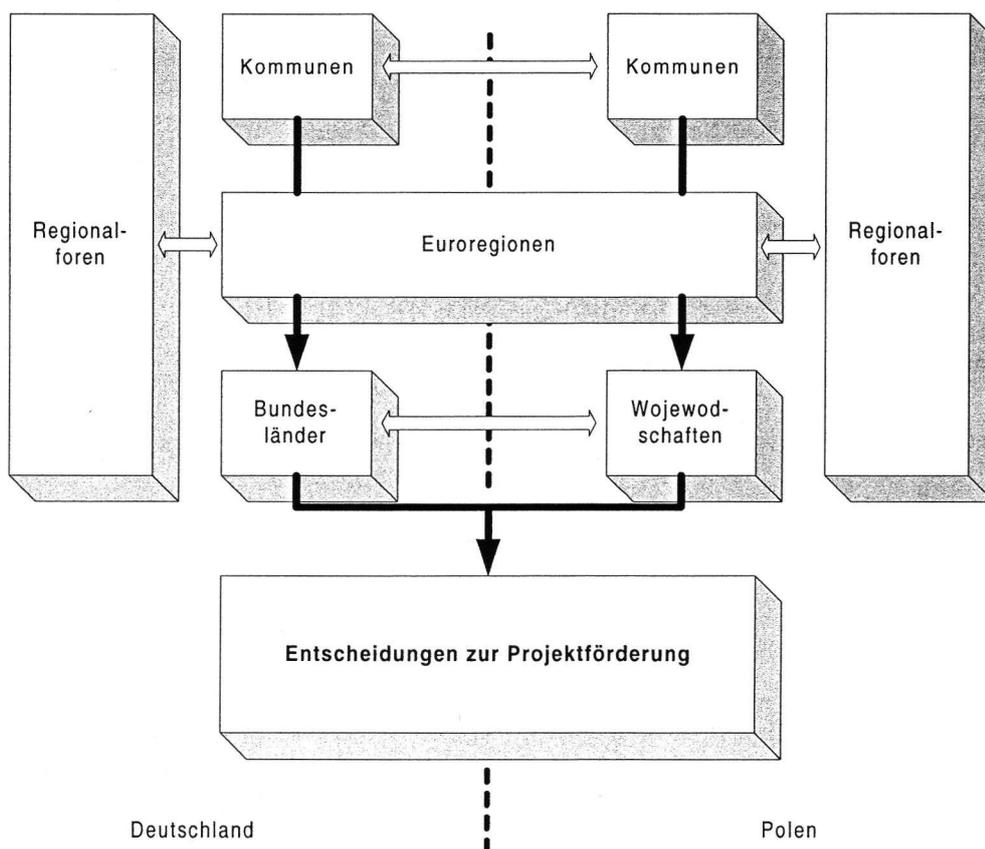
5.2.2 Entwicklungsstrang „Regionale Entscheidungsstrukturen bei der EU-Förderung“

Abbildung 5.6 Entscheidungsstrukturen im Jahr 2006



„Bei den Entscheidungsstrukturen in der Grenzregion ist ein erster Schritt in Richtung Dezentralisierung und Demokratisierung bei den Entscheidungsprozessen gekommen. Im **Jahr 2006** hat sich die regionale Ebene in Polen mit den Wojewodschaften gefestigt, und es findet eine enge Kooperation mit den deutschen Bundesländern statt. Bei den Prozessen für die EU-Projektförderung finden in allen Euroregionen einheitliche Entscheidungskriterien Anwendung. Damit ist es möglich, klar nachvollziehbare Richtlinien zur Förderung durch EU-Gelder aufzustellen und einzuhalten. Schon vor Auslaufen der Förderperiode 2000-2006 sind die beiden Instrumente Interreg A und Phare CBC zu einem Programm vereint worden. Dies führte zu einfacheren und transparenteren Entscheidungsprozessen bei der Projektförderung.“

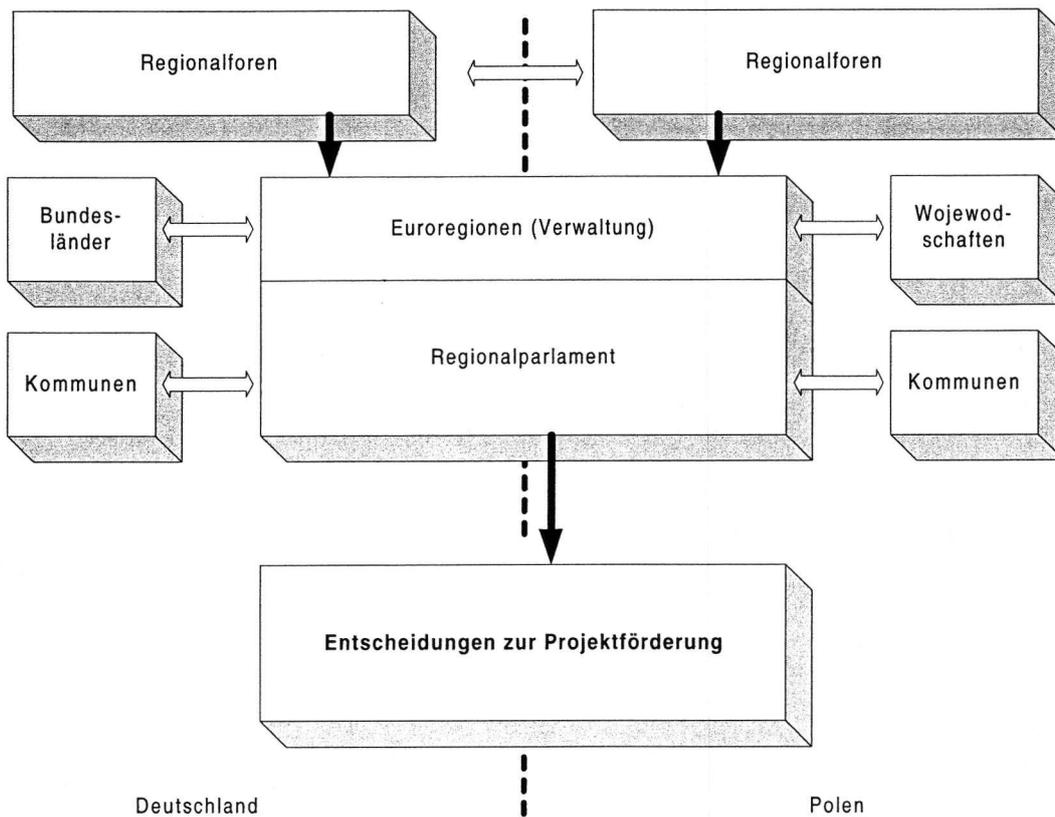
Abbildung 5.7 Entscheidungsstrukturen im Jahr 2011



„Dem Beispiel anderer Regionen folgend haben sich im **Jahr 2011** entlang der polnisch-deutschen Grenze sogenannte Regionalforen entwickelt und ihre Arbeit aufgenommen. Ihre Aufgabe besteht darin, Entscheidungen, die die EU-Strukturpolitik beschäftigen, auf regionaler Ebene zu diskutieren und vorzubereiten. Mitglieder der Regionalforen sind Interessensverbände, Umweltverbände, Vereine, Gebietskörperschaften und weitere regionale Akteure, die sich zu Arbeitskreisen mit bestimmten Themenschwerpunkten zusammenfinden. Die Ergebnisse dieser regelmäßig tagenden Regionalforen werden als Empfehlungen an die Euroregionen weitergegeben und damit in den Entscheidungsprozess eingebracht. Durch die Beteiligung regionaler Akteure und organisierter, sachkundiger Bürger stoßen die Abläufe der Projektförderung auf mehr Akzeptanz und können transparenter gemacht werden.⁵⁴“

⁵⁴ Ansätze dieser Art existieren in anderen Regionen bereits erfolgreich. Weitere Informationen hierzu siehe Kapitel 2.2.2

Abbildung 5.8 Entscheidungsstrukturen im Jahr 2016

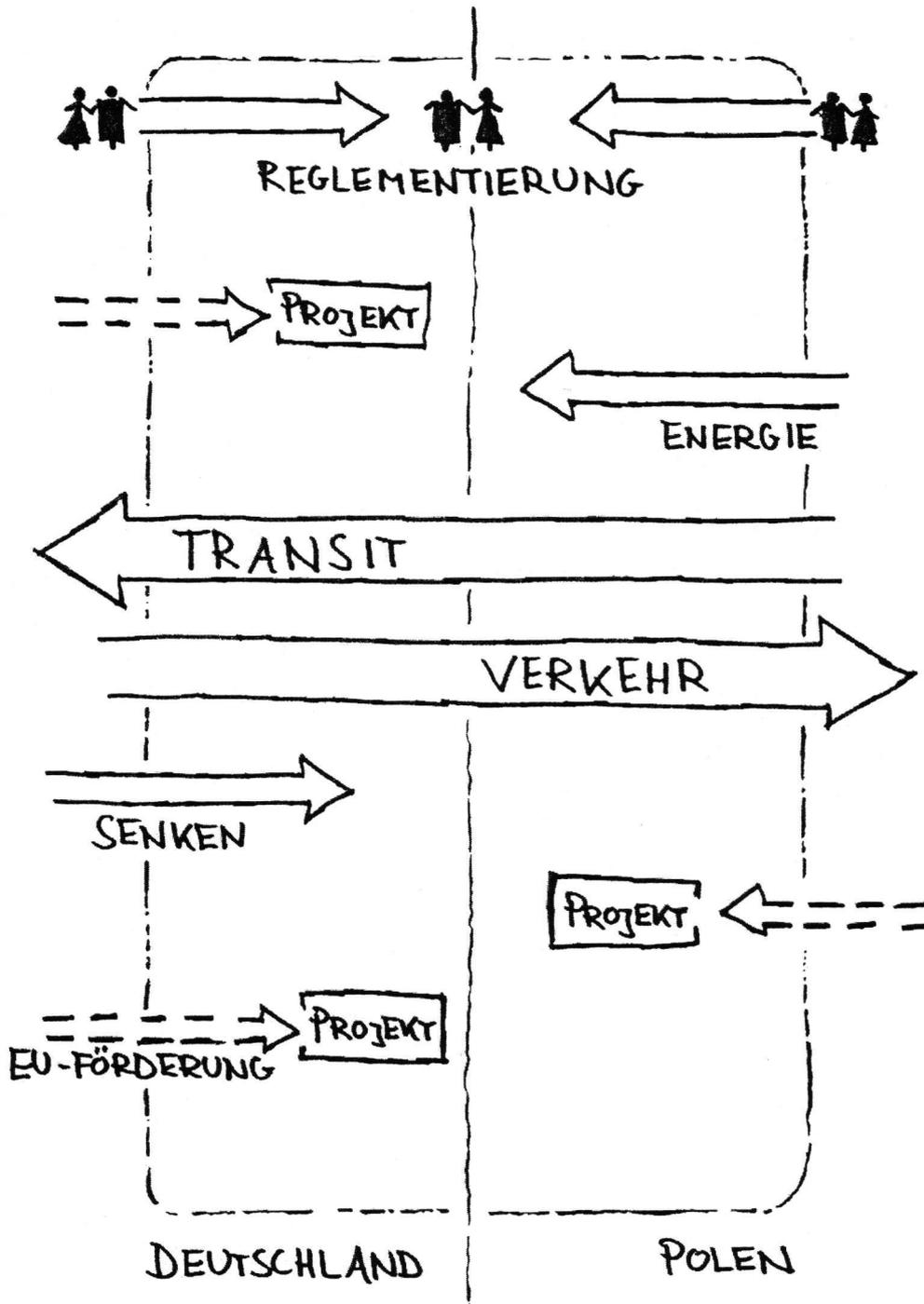


„Im **Jahr 2016** nimmt ein grenzübergreifendes Regionalparlament in der Untersuchungsregion die Arbeit auf. Dieses von den Bürgern der Region gewählte Regionalparlament⁵⁵ entscheidet neben der Vergabe der EU-Fördergelder über weitere Fragen der Regionalentwicklung. Das Regionalparlament greift hierbei die Arbeit der verschiedenen Regionalforen auf und vertritt die Interessen der Grenzregion zwischen den polnischen Wojewodschaften und den deutschen Bundesländern. Dabei arbeiten auch die Regionalforen auf beiden Seiten der Grenze eng zusammen. Während das Regionalparlament die politische Ebene auf regionaler Ebene darstellt, haben sich die Euroregionen zu einer grenzübergreifend arbeitenden Verwaltungsebene entwickelt. Es gibt weiterhin Geschäftsstellen in beiden Ländern, die allerdings personell und organisatorisch verknüpft sind“.

⁵⁵ Neben Regionalparlamenten in Großbritannien gibt es neuerdings auch ein Beispiel in einer deutschen Stadtregion. Über die Regionalversammlung, dem Regionalparlament der Region Stuttgart, können Bürger über Wahlen Entscheidungen auf regionaler Ebene mit beeinflussen. Aufgabenbereiche des Regionalparlaments sind Wirtschaftförderung und Planung, aber auch Querschnittsthemen wie Nachhaltigkeit oder Fraueninteressen (www.region-stuttgart.org.htm und SRL Vereinigung für Stadt-, Regional- und Landesplanung e.V. 1999, S. 27 ff.).

5.3 Entwicklungspfad „Transitregion im Wettkampf der Regionen“

Abbildung 5.9 Entwicklungspfad „Transitregion im Wettkampf der Regionen“



Eigene Darstellung

„Die polnisch-deutsche Grenzregion konnte von der EU-Erweiterung nicht profitieren. Vom seit der Erweiterung nochmals drastisch angestiegenen Transitverkehr gehen mittlerweile enorme ökologische und gesundheitliche Belastungen für die Region und ihre Bewohner aus. Es ist nicht gelungen, sich zwischen der deutschen und der stark wachsenden polnischen Wirtschaft zu behaupten. Infrastrukturmaßnahmen führten bisher nur zu einem Anstieg des Transitverkehrs. Die Zentren Berlin und Poznań (Posen) sind Konzentrationspunkte grenzübergreifend agierender Unternehmen und Institutionen geworden. Hohe Arbeitslosigkeit und Abwanderungstendenzen vor allem von qualifizierten Bevölkerungsgruppen sind weiterhin Phänomene der Grenzregion.

Langfristig konnten kaum international agierende Unternehmen in der Region angesiedelt werden. Das Lager-, Speditions- und Halbfertiggewerbe, welches auf polnischer Seite der Grenzregion bis zum EU-Beitritt für einen Boom gesorgt hat, ist mittlerweile nicht mehr konkurrenzfähig und zieht sich aus der Region zurück. Es werden großflächige Gewerbebrachflächen hinterlassen, die kaum zu vermarkten sind und die Attraktivität der Region weiter beeinträchtigen. Die polnische und die deutsche Teilregion haben sich in ihrer regionalen Wirtschaftskraft angeglichen und gehören in beiden Ländern zu den strukturschwächsten Regionen.

Trotz dem bereits zehn Jahre zurückliegenden EU-Beitritt Polens ist es nur stellenweise gelungen, die Kommunikationsbereitschaft zwischen Bevölkerung, Verwaltungen und Unternehmen in der Region zu erhöhen. Erfolgreiche grenzübergreifende Projekte sind aufgrund der Inkompatibilität der Förderprogramme in der wichtigen Förderperiode 2000-2006 vor dem Beitritt Ausnahmen geblieben. Die meisten Projekte beschränken sich auf ein Land. Es fehlen grenzüberschreitende Strukturen für die Begleitung der Projekte. So wurde es versäumt, Sprachbarrieren und kulturelle Hemmnisse zu überwinden und von der Nähe der beiden Kulturen und Gesellschaften in der Grenzregion zu profitieren.

Außer einigen dezentralen grenzübergreifend arbeitenden Kläranlagen aus der Zeit der Kooperations-Euphorie vor dem EU-Beitritt gibt es keine Bestrebungen, regionale Stoffkreisläufe zu schließen. Regionale Ressourcen, wie Wasser- oder Windkraft, werden kaum genutzt. Die Grenzregion wird weitgehend von außerhalb versorgt und übernimmt im Gegenzug überregionale Entsorgungsfunktionen. Die Ende der neunziger Jahre entstandenen Bildungs- und Schulungszentren zum Wissenstransfer im Umweltbereich konnten sich etablieren, sind leider ohne Nachahmung geblieben.

Die polnisch-deutsche Grenzregion ist mittlerweile von den Mitteln der EU-Strukturförderung abhängig. Eine Fokussierung der Mittel auf bestimmte Projekte ist gar nicht mehr denkbar. Nachdem jahrelang die Prioritätensetzung der Förderung weiter aufgeweicht wurde, sind die Kommunen auf die EU-Förderung als Grundförderung angewiesen. Innovative Projekte können nicht mehr gefördert werden.

Weiterhin gibt es kaum Bestrebungen, Entscheidungen grenzübergreifend auf regionaler Ebene zu treffen. Die für die Entwicklung der Region maßgeblichen EU-Mittel werden nun zwar auch in Polen auf regionaler Ebene bei den Wojewodschaften verwaltet, diese Ebene konnte sich jedoch darüber hinaus nicht etablieren. Die Kontrollfunktion der Regierung in Warszawa (Warschau) wurde stärker. Auch Ideen zu grenzübergreifenden Regionalparlamenten in den Euroregionen sind wieder eingeschlafen. Diese beschränken sich auf die Initiierung und Begleitung von Projekten. Dabei sind die polnischen und deutschen Geschäftsstellen jeweils für die Projekte auf ihrer Seite zuständig. Da es aufgrund der Finanzierungsschwierigkeiten kaum noch grenzüberschreitende Projekte gibt, ist die Kooperation innerhalb der Euroregionen zurückgegangen. Weitere Kompetenzen konnten nicht erlangt werden.“

6 Konsequenzen für die Struktur- und Regionalpolitik

Die beschriebenen Entwicklungspfade haben gezeigt, welche Spielräume unter Annahme verschiedener, variabler Rahmenbedingungen für die Entwicklung der Grenzregion denkbar sind. Keiner der aufgezeigten Entwicklungspfade wird genau wie beschrieben eintreten. Mit einiger Wahrscheinlichkeit wird es zu einer Überlagerung von unterschiedlichen Tendenzen kommen (Kunzmann 1996, S. 8). Jedoch ist deutlich geworden, dass bereits jetzt Maßnahmen eingeleitet werden müssen, um langfristig Veränderungen für die Rahmenbedingungen der Grenzregion herbeizuführen.

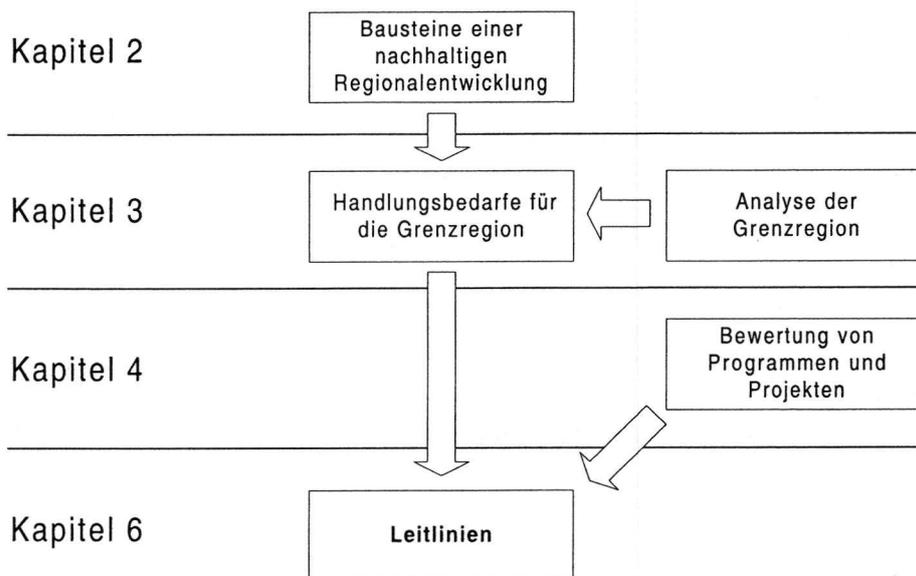
Im letzten Kapitel dieser Arbeit werden daher zunächst Leitlinien für die zukünftige Entwicklung der polnisch-deutschen Grenzregion aus der bisherigen Arbeit abgeleitet. Anschließend werden Handlungsvorschläge für die Akteure der Region formuliert, die Anregungen für die Umsetzungen der Leitlinien geben sollen. Abschließend erfolgt eine zusammenfassende Betrachtung der Fragestellung nach den Chancen einer nachhaltigen Regionalentwicklung in der Grenzregion.

6.1 Fünf Leitlinien für die Entwicklung der Grenzregion

Im Folgenden werden fünf Leitlinien für die zukünftige Entwicklung der Grenzregion aufgestellt. Damit sollen Vorschläge und Anstöße geliefert werden, wie die Rahmenbedingungen durch die EU-Strukturpolitik und die Regionalpolitik in der Grenzregion verändert werden können, um eine nachhaltige Regionalentwicklung zu unterstützen. Darüber hinaus werden im Zusammenhang mit der EU-Erweiterung sicherlich weitgehende Reformen der EU-Strukturpolitik außerhalb der Grenzregion notwendig, auf die hier allerdings nicht näher eingegangen werden soll⁵⁶. Die Leitlinien 1 und 2 beziehen sich auf die Strukturpolitik der Europäischen Union und erfordern ein Handeln auf überregionaler Ebene, während die Leitlinien 3 bis 5 sich auf die Grenzregion beziehen und von den Akteuren vor Ort umgesetzt werden müssen. Handlungsvorschläge zur Umsetzung der Leitlinien folgen im Kapitel 6.2.

⁵⁶ Mit der Aufnahme von Polen, Tschechien, der Slowakei und Ungarn würde sich unter Beibehaltung der heutigen Förderpolitik die Summe der benötigten Strukturmittel verdoppeln. Diese Belastung könnten die heutigen Mitglieder nicht tragen (Vorauer 1997, S. 172).

Abbildung 6.1 Ableitung der Leitlinien aus der bisherigen Arbeit



Eigene Darstellung

Leitlinie 1: Die Instrumente Interreg A und Phare CBC müssen so bald wie möglich zu einem Programm zusammengeführt werden.

Die Kompatibilitätsprobleme, die mit der Zweiteilung der Instrumente Interreg A und Phare CBC bei der Projektförderung verbunden sind, hemmen eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit. Die Beispiele haben deutlich gemacht, dass die Durchführung grenzüberschreitender Projekte schwierig ist, falls nicht bereits eine große Kooperationsbereitschaft in den Verwaltungen in Polen und Deutschland besteht. Wenn diese Bereitschaft nicht vorhanden ist, stellt die Zweiteilung der Instrumente ein Umsetzungshemmniss dar.

Die Arbeit hat deutlich gemacht, wie wichtig grenzüberschreitende Projekte für die Zusammenarbeit in der Grenzregion sind. Neben den Effekten durch die Projekte selbst sind auch positive Effekte durch die persönlichen Kontakte zwischen den verschiedenen Akteuren auf beiden Seiten der Grenze während der Umsetzung nicht zu vernachlässigen. Daher sollte eine Zusammenführung der beide Instrumente noch vor dem EU-Beitritt Polens erfolgen, um möglichst schnell die grenzüberschreitende Zusammenarbeit durch die Förderung gemeinsamer Projekten zu unterstützen.

Leitlinie 2: Die Verwaltung von Phare CBC oder einem Folgeprogramm muss auch in Polen auf regionaler Ebene stattfinden. Die regionale Verwaltungsebene in Polen muss mit weiteren Kompetenzen ausgestattet werden.

Die noch im Aufbau befindliche regionale Verwaltungsebene in Polen muss mit weiteren Kompetenzen und Aufgaben die Möglichkeit zur Etablierung und Stabilisierung bekommen. Nach der Verwaltungsreform in Polen steht mit den Wojewodschaften kompetente Institutionen auf regionaler Ebene zur Verfügung. Um die neu entstandene regionale Verwaltungsebene zu stärken und deren Etablierung zu ermöglichen, ist die Verwaltung von Phare CBC oder einem Folgeprogramm auf Ebene der Wojewodschaften anzustreben. Im Hinblick auf den EU-Beitritt Polens muss eine erfahrene regionale Verwaltungsebene im Interesse der EU liegen.

„In einer reformierten und erweiterten EU muss die regionale und lokale Dimension viel stärker ausgeprägt sein. Ein umfangreiches Mitspracherecht für die Regionen könnte dazu beitragen, die [...] Probleme, die den Prozess der institutionellen Reformen bislang gehemmt haben, zu lösen. Es würde außerdem für einen reibungslosen Beitritt der Bewerberstaaten sorgen, weil dann sichergestellt werden kann, dass jede Gemeinde oder Region genau weiß, wie sich der Beitritt auf sie auswirkt und wie sie sich auf diese Auswirkungen einstellen kann.“ (Chabert 2000, S. 2)

Die neu eingerichtete Ebene der Kreise sollte ebenfalls mit Kompetenzen und vor allem mit finanziellen Mitteln ausgestattet werden. Nur durch die Stärkung der regionalen Verwaltungsebene kann die Basis für eine Koordination der Prozesse für eine nachhaltige Regionalentwicklung geschaffen werden.

Leitlinie 3: Es müssen einheitliche Auswahl- und Bewertungsmethoden für die Projektförderung gefunden und implementiert werden, so dass eine Schwerpunktsetzung in Richtung nachhaltiger Regionalentwicklung möglich wird.

Die Bewertung von Interreg A und Phare CBC und geförderten Projekten hat gezeigt, dass in den Euroregionen der Grenzregion unterschiedliche Vorgehensweisen bei der Vorauswahl der Projektvorschläge und der Bewertung der Projekte üblich sind. Es wurde deutlich, dass aufgrund dieser Tatsache eine Prioritätensetzung in Richtung einer nachhaltigen Regionalentwicklung im Rahmen der Projektförderung schwierig ist. Daher ist eine einheitliche Vorgehensweise bei der Auswahl der Projektvorschläge und eine abschließende Bewertung zur Kontrolle notwendig. Nur so können die in den Programmen formulierten Ziele mittels der Förderung ausgewählter Projekte erreicht werden. Die vorgestellte IPSP-Methode (Interactive Project Selection Procedure) des TARUS-Instituts ist ein Beispiel für eine prozessbegleitende Auswahl- und Bewertungsmethode, die bereits bei der Auswahl der Projektvorschläge ansetzt. Weiterhin wird Transparenz und Nachvollziehbarkeit im Auswahl- und Bewertungsprozess gewährleistet.

Auf der Ebene der EU-Strukturpolitik sollten derzeit diskutierte Ansätze zur Projektauswahl und -bewertung weiter entwickelt werden und einheitlich Anwendung finden. Durch ein interaktives Verfahren, beispielsweise mit Vertretern aus den Euroregionen, ausgewählten Vertretern der Interessensverbände, den Bundesländern, den Wojewodschaften und der EU, kann gewährleistet werden, dass die Auswahlprozesse transparent gemacht werden. Nach der Projektrealisierung ist eine Bewertung im Hinblick auf die Erreichung der angestrebten Ziele notwendig.

Leitlinie 4: Das Leitbild der nachhaltigen Regionalentwicklung muss in der Grenzregion aufgegriffen, diskutiert und entwickelt werden.

Die Diskussion der verschiedenen Theorieansätze zu Beginn der Arbeit hat gezeigt, dass die nachhaltige Regionalentwicklung trotz der schwierigen Ausgangslage Perspektiven in der Grenzregion aufzeigt. Die Region darf nicht am Wettkampf mit anderen Regionen um Erreichbarkeit und Attraktivität im herkömmlichen Sinne teilnehmen. Die polnisch-deutsche Grenzregion muss sich auf ihre endogenen Potenziale, wie die Qualitäten des Umwelt- und Kulturrums, das regionale Know-how, die erneuerbaren Energien konzentrieren. Diese Bereiche müssen konsequent gefördert werden.

Daher ist es notwendig, dass in der Grenzregion ein Leitbild für die zukünftige Entwicklung entworfen und verfolgt wird. In diesem Prozess sollte der Ansatz der nachhaltigen Regionalentwicklung aufgegriffen und diskutiert werden. Die EU-Förderung muss in diesem

Zusammenhang als externe Initialförderung zur Entwicklung endogener Potenziale verstanden werden.

Leitlinie 5: Zur Förderung der Kommunikation und Koordination zwischen den verschiedenen Akteuren in der Grenzregion müssen Formen der Zusammenarbeit, wie Regionalforen, Regionalkonferenzen oder ähnliches angedacht werden. Langfristig ist über ein Regionalparlament für die Grenzregion zu diskutieren.

Ein wichtiger Baustein der nachhaltigen Regionalentwicklung ist die Kommunikation und Kooperation zwischen den verschiedenen Akteuren sowie die Beteiligung der Öffentlichkeit innerhalb der Region. Aufgrund der Kommunikationsschwierigkeiten zwischen beiden Nationen besteht gerade in der Grenzregion in diesem Bereich ein großer Nachholbedarf. Um die Internationalität der Region als Potenzial nutzen zu können, sind Maßnahmen zur Verbesserung der Kooperation und Kommunikation zwingend erforderlich. Die EU-Förderung muss hier eine klare Priorität setzen.

Für die Grenzregion müssen neue Formen der Zusammenarbeit zwischen den Akteuren diskutiert werden. Von positiven Erfahrungen mit Regionalforen oder Regionalkonferenzen in anderen Regionen kann bereits profitiert werden. Die verschiedenen Akteure, wie Verwaltungen, Initiativen, Verbände und Vereine sollten sich zu thematischen Arbeitskreisen zusammenfinden und Vorschläge in den Verwaltungsprozess einbringen. Die Euroregionen könnten als grenzübergreifende Moderatoren die Startphase begleiten.

Weiterhin sind neue Formen der regionalen Verwaltung anzudenken. Mit den Euroregionen stehen grenzübergreifende Institutionen zur Verfügung, die stärker als heute die Kooperation zwischen polnischer und deutscher Verwaltung steuern sollten.

6.2 Handlungsvorschläge an die Akteure zur Umsetzung der Leitlinien

Die vorangegangenen Kapitel haben deutlich gemacht, dass die grenzübergreifenden Projekte ein wichtiges Element für die zukunftsfähige Entwicklung der Grenzregion sind. Weitere Initiativen in diese Richtung und insbesondere die Koordination zwischen den verschiedenen Akteuren scheinen momentan vorrangig für die Unterstützung einer nachhaltigen Regionalentwicklung an der polnisch-deutschen Grenze zu sein. Dabei kommen den verschiedenen Akteursebenen unterschiedliche Verpflichtungen zu. An dieser Stelle werden Empfehlungen an die Akteure der Grenzregion formuliert, die bei der Umsetzung der vorangestellten Leitlinien helfen sollen. Diese Empfehlungen dienen als Anregungen und können in der Region aufgegriffen und zu konkreten Strategien weiterentwickelt werden.

Die überregionale Ebene

Innovative Prozesse lassen sich nur aus der Region heraus anstoßen. Auf europäischer und nationaler Ebene ist es jedoch möglich, die nötigen Rahmenbedingungen und Anreize zu schaffen. In den Leitlinien 1 und 2 sind die wichtigsten Änderungen dieser Rahmenbedingungen bereits angesprochen worden. Die Leitlinien 3 bis 5 müssen in der Grenzregion selbst umgesetzt werden. Hierzu werden im Folgenden einige Anregungen gegeben.

Die Euroregionen

Mit den vier Euroregionen stehen in der Untersuchungsregion grenzübergreifend kompetente Institutionen zur Initiierung einer nachhaltigen Regionalentwicklung zur Verfügung. Ihnen kommt daher eine Schlüsselposition bei der Umsetzung der vorangegangenen Leitlinien zu. Folgende Aktivitäten werden als Priorität angesehen:

- die Abstimmung zwischen den verschiedenen Euroregionen bei der Auswahl und Bewertung der EU-geförderten Projekte (siehe Leitlinie 3) und bei der Diskussion eines Leitbildes der nachhaltigen Regionalentwicklung für die Grenzregion (siehe Leitbild 4);
- die Koordination zwischen Akteuren in der Grenzregion (Mitglieder der Euroregionen), aber auch solchen, die bisher nicht in Entscheidungsprozesse eingebunden waren, wie Verbände und Vereine sowie die Etablierung einer institutionalisierten Form der Kommunikation in der Grenzregion (siehe Leitlinie 5).

Diese erweiterten Kompetenzen für die Euroregionen sind nur möglich, wenn diese mit zusätzlichen Ressourcen ausgestattet werden. Neben finanzieller Unterstützung durch Interreg A- und Phare CBC-Mittel sind Personalschulungen und Wissenstransfer aus anderen Regionen denkbar. Weiterhin ist eine Kontinuität der Aktivitäten von großer Bedeutung, da es sich um Prozesse handelt, die nur langfristig erfolgreich sein können.

Sonstige grenzübergreifend aktive Akteure

Alle weiteren Akteure in der Grenzregion, wie Gemeinden, Landkreise, regionale Planungsbehörden, Vereine und Interessensverbände, sind aufgerufen, sich aktiv in den Prozess der grenzüberschreitenden Regionalentwicklung einzubringen. Das Formulieren von Positionen zu bestimmten Themen kann für Beteiligungsprozesse hilfreich sein. Eine Etablierung von Institutionen zur regionalen Kommunikation kann nur gelingen, wenn alle angesprochenen und kompetenten Akteure zur Mitarbeit und Beteiligung bereit sind.

Vorschläge zur Umsetzung in der Grenzregion

In Kapitel 2.2.2 sind bereits Beispiele vorgestellt worden, wie die genannten Forderungen in anderen Regionen umgesetzt wurden. Die Beispiele können als Anregung für die polnisch-deutsche Grenzregion dienen. Im Folgenden werden diese Ideen nochmals aufgegriffen und ihre Möglichkeiten zur Umsetzung in der Grenzregion dargelegt.

Die Einrichtung einer **Regionalkonferenz**, eines **Regionalforums** oder einer **regionalen Agenda** ist auch für die Grenzregion denkbar und sinnvoll. Allerdings existieren mit den Euroregionen bereits Institutionen, die sowohl Gebietskörperschaften als auch nicht-staatliche Akteure als Mitglieder haben. Die Gefahr einer ähnlichen Struktur in der Region ist damit gegeben. Daher scheint es sinnvoller, die Initiativen zu bündeln und die Euroregionen, wie oben angedeutet, mit weiterreichenden Kompetenzen und Ressourcen auszustatten. Trotzdem sind nicht-staatliche Initiativen, wie regionale Agenden, zu unterstützen und in die grenzüberschreitende Zusammenarbeit einzubeziehen.

Der Ansatz des **Regionalmanagement** erscheint bei den vorhandenen Strukturen in der Grenzregion sinnvoll. Ein erster Schritt mit überschaubarem Aufwand ist die Einrichtung eines oder mehrerer Regionalmanagement-Büros. Von hier aus könnte die euroregionsübergreifende Koordination gesteuert werden. Das Büro wäre Anlaufstelle für alle Akteure der Grenzregion. Die Regionalmanagerin oder der Regionalmanager sollte die Akteurskonstella-

tion und die Prozesse in der Grenzregion oder in den Teilregionen genauestens kennen. Die Ernennung eines Regionalmanagers durch die Euroregionen ist denkbar. Zu Beginn der Arbeit ist die Koordination zwischen den Euroregionen wichtig, während später eine Vernetzung mit weiteren Akteuren vor Ort, wie Unternehmen, der Deutsch-Polnischen Wirtschaftsförderungsgesellschaft, Verbänden anzustreben ist. Gleichzeitig können neue Aufgabenfelder erschlossen werden, wie es das Beispiel aus Niederösterreich gezeigt hat. So ist beispielsweise die grenzübergreifende Marketing- und Imageförderung auch ein wichtiger Ansatz für die polnisch-deutsche Grenzregion. Die Bildung von Arbeitskreisen zu verschiedenen Themengebieten ist denkbar. Finanziell muss ein solches Projekt zu Beginn durch eine externe Förderung angeschoben werden, während später selbst Mittel zu akquirieren sind. Wie das Beispiel aus Niederösterreich zeigen, kann durch Vermarktung regionaler Produkte oder Dienstleistungen die Tragfähigkeit eines solchen Projekts zu einem späteren Zeitpunkt erhöht werden⁵⁷.

Die Idee der **Internetplattform** oder der **Infopools** ist vor allem für grenzüberschreitende Regionen wie die polnisch-deutsche Grenzregion ein interessanter Ansatz. Hier ist es möglich, Informationen und Erfahrungen schnell und einfach auszutauschen. Es sind etwa verschiedene Sprachversionen denkbar. Kurzfristig muss die Priorität in der Grenzregion jedoch auf regionsinternen Formen der Kommunikation liegen. Weiterhin ist der persönliche Austausch gerade in der polnisch-deutschen Grenzregion wichtig, um negative Effekte der Grenze abzubauen. Trotzdem steht der Nutzung aufkommender Internetplattformen und Infopools nichts entgegen. Die Grenzregion kann mit erfolgreichen Projekten und Aktivitäten der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zu solchen Kommunikationsplattformen beitragen und auch von positiven Erfahrungen aus anderen Regionen profitieren.

6.3 Nachhaltige Regionalentwicklung in der Grenzregion?

Zu Beginn dieser Arbeit wurde die Frage gestellt, inwieweit die Instrumente der EU-Strukturpolitik in der Lage sind, eine nachhaltige Regionalentwicklung in der Grenzregion mit dem EU-Beitrittskandidaten Polen zu unterstützen. Folgende Erkenntnisse lassen sich gegen Ende der Arbeit zusammenfassen.

Die **Diskussion von regionalen Entwicklungstheorien** in Kapitel 2 hat deutlich gemacht, dass der Ansatz der nachhaltigen Regionalentwicklung langfristige Perspektiven für die Grenzregion und ihre schwierige Ausgangslage aufzeigt. Die rein ökonomisch ausgerichteten Regionalentwicklungstheorien prognostizierten für die Region keine guten Zukunftsperspektiven. Die Gefahren des Übergangens bei der Integration Polens in die Europäische Union und zumindest der Stagnation sind deutlich geworden. Der Ansatz der nachhaltigen Regionalentwicklung unter der Einbeziehung ökologischer und sozialer Ansprüche ist somit als ein geeignetes Leitbild für die Entwicklung der Grenzregion identifiziert worden.

Die **Analyse der Ausgangslage** in Kapitel 3 hat die Probleme der Untersuchungsregion dargelegt. Wanderungsverluste, ländliche Struktur, hohe Arbeitslosigkeit und die Probleme der Grenzlage, wie Defizite bei der Infrastrukturausstattung oder eine geringe Bereitschaft zur grenzüberschreitenden Kooperation, kennzeichnen weiterhin die polnisch-deutsche Grenzregion. Gleichzeitig konnten unter Berücksichtigung des Ansatzes der nachhaltigen Regionalentwicklung regionalspezifische Stärken ausgemacht werden. Potenziale des Natur- und Kulturrums, der Grenzlage und der institutionellen Ausstattung der Region sind im Sin-

⁵⁷ nach mündlicher Auskunft von Herrn Becker, Regionalmanager in der Region Mostviertel-Eisenwurzen, am 24.10.2000 in Leipzig

ne der nachhaltigen Regionalentwicklung Ansatzpunkte zur behutsamen und endogenen Entwicklung.

Im Weiteren galt es also, die **Instrumente und Projekte der EU-Strukturpolitik** auf die Nutzung dieser Stärken und die Beseitigung der Schwächen in der Grenzregion hin zu untersuchen. Die Bewertung in Kapitel 4 hat deutlich gemacht, dass ohne die Programme Interreg A und Phare CBC eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit im vorgefundenen Maße nicht möglich wäre. Allerdings erschweren die Inkompatibilität der Programme und die uneinheitlichen Vorgehensweisen bei der Auswahl der Projektvorschläge die Umsetzung einer nachhaltigen Regionalentwicklung. Die Darstellung und Bewertung ausgewählter EU-geförderter Projekte in der Grenzregion hat jedoch gezeigt, welche wichtige Impulse die Programme für diese geben können. Der Best-practice-Ansatz bei der Projektbewertung darf jedoch nicht darüber hinweg täuschen, dass etliche EU-geförderte Projekte im Sinne einer nachhaltigen Regionalentwicklung wenig sinnvoll sind.

Mit den **Entwicklungspfaden** in Kapitel 5 ist deutlich geworden, welche Chancen und Gefahren sich langfristig aus dem heutigen Handeln für die Grenzregion ergeben können, und wie wichtig wegweisende Projekte für die Entwicklung einer Region sind. Um langfristig positive Entwicklungen anzustreben, ist bereits heute eine klare Prioritätensetzung bei der Vergabe der Fördermittel sowie die Schaffung der notwendigen Rahmenbedingungen erforderlich.

Als Konsequenz aus den bisherigen Erkenntnissen der Arbeit wurden **Leitlinien** zur Entwicklung der Grenzregion formuliert. Diese Leitlinien setzen auf verschiedenen Ebenen an. Auf der Ebene der Europäischen Union ist die Bereitstellung der erforderlichen Rahmenbedingungen und die Schaffung von Anreizen erforderlich, während die eigentliche Initiative zum Paradigmenwechsel in Richtung einer nachhaltigen Regionalentwicklung aus der Grenzregion kommen muss. Hierzu wurden Anregungen und Vorschläge formuliert, die größtenteils auf Erfahrungen aus anderen Regionen basieren.

Aus der Fragestellung dieser Arbeit ergibt sich **weiterer Untersuchungsbedarf**, der innerhalb des gesetzten Schwerpunkts jedoch nicht bearbeitet werden konnte. Die Theorien zur Regionalentwicklung in Kapitel 2 wurden lediglich auf ihre prognostischen Aussagen für die Entwicklung der Grenzregion hin diskutiert. Um den Aussagegehalt der Theorien und Thesen weiter zu hinterfragen, könnten dieselben Theorien zur Erklärung der heute vorgefundenen Situation herangezogen werden. Des Weiteren konnte nicht beantwortet werden, welche Konsequenzen sich aus dem EU-Beitritt Polens und der anderen Bewerberländer für die Strukturpolitik und deren Instrumente und somit für die Förderpolitik in der Grenzregion ergeben. Ebenso wäre zu untersuchen, welche Wirkungen von anderen Instrumenten der EU-Strukturpolitik im Sinne einer nachhaltigen Regionalentwicklung ausgehen. Ein Vergleich mit anderen Grenzregionen, deren Integrationsprozesse bereits weiter fortgeschritten sind, könnte neue Impulse für die polnisch-deutsche Grenzregion bringen. Die Allgemeingültigkeit der getroffenen Aussagen könnte durch eine Untersuchung der Übertragungsmöglichkeiten der erarbeiteten Ansätze auf andere Grenzregionen überprüft werden.

Abschließend bleibt die **Beantwortung der einleitenden Fragestellung**, welche Chancen für eine nachhaltige Regionalentwicklung in der polnisch-deutschen Grenzregion bestehen. Geht man davon aus, dass ein gewisser Leidensdruck in einer Region die Bereitschaft für unkonventionelle Wege bei der zukünftigen Entwicklung erhöht, so stehen die Aussichten für eine nachhaltige Regionalentwicklung an der polnisch-deutschen Grenze nicht schlecht. Diese Sichtweise wird durch das Aufzeigen von positiven Rahmenbedingungen in der Region

gestärkt. Die Grenzregion besitzt eine Vielzahl endogener Potenziale, durch deren Entwicklung eine regionale Dynamik angestoßen werden kann. Spezifische Vorteile der Grenzregion sind im Hinblick auf den EU-Beitritt Polens die Grenzlage und die als Impulsgeber zur Verfügung stehenden EU-Mittel zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Falls es gelingt, diese und andere Ressourcen gezielt zur Entwicklung der endogenen Potenziale einzusetzen, ist zu erwarten, dass die Grenzregion eine eigene Identität aufbauen kann, die ihr Attraktivität nach innen, also für die eigene Bevölkerung, und auch nach außen, für Investoren, Unternehmen oder Touristen, verleiht. Der aufgezeigte Entwicklungspfad *Zukunftsfähigkeit durch regionale, transnationale Kooperation* muss keine Utopie bleiben. Vorbilder aus anderen ländlichen Regionen, wie etwa in Österreich, zeigen, dass eine behutsame und endogene Entwicklung durchaus Stabilität und Wohlstand bedeuten kann. Dabei ist nicht außer Acht zu lassen, dass es sich bei regionaler Entwicklung um langfristige Prozesse handelt. Kurzfristige Erfolge sind nicht zu erwarten.

Literaturverzeichnis

- Abraham, Thomas, Eser, Thimo (1999): Regionalentwicklung in Mittel- und Osteuropa am Spannungsfeld von Transformation und Integration am Beispiel Polens, in: Raumordnung und Raumforschung 2/3.1999, S. 83-95
- Arras, Hartmut E. (1989): Szenarien als Instrumente zur Kommunikation, in: Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung (Hrsg.): Szenarien in der Stadtentwicklung, Dortmund, S. 27-38
- Bertelsmann Lexikon Verlag (Hrsg.) (1989): Die DDR und Berlin – Ein Staat und eine Stadt im Brennpunkt der Geschichte, Gütersloh
- Biehl, Dieter (1995): Infrastruktur als Bestimmungsfaktor regionaler Entwicklungspotentiale in der Europäischen Region; in: Karl, Helmut, Henrichsmeyer, Wilhelm (Hrsg.): Regionalentwicklung im Prozeß der Europäischen Integration, Bonner Schriften zur Integration Europas Band 4, Bonn, S. 56-77
- Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau (1994): Raumordnungskonzept für den deutsch-polnischen Grenzraum (Interne Diskussionsgrundlage), Essen
- Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (2000): Deutsch-Polnischer Umwelttrat – Ergebnisse der Sitzung am 21. September 2000, in: Umwelt 11/2000, S. 547-549
- Bürgerconsulting.de i.G. (o.J.): Internetplattform für Regionen, Informationsbroschüre, Mülheim
- Chabert, J. (2000): Der Schlüssel zu einer erfolgreichen Erweiterung liegt auf regionaler Ebene, in: Europäische Union – Ausschuss der Regionen: Die Stimme der Regionen No. 1, Nov./Dez. 2000, Brüssel
- Czyż, Theresa (1999): Die neue territoriale Struktur der Verwaltung und die regionale sozioökonomische Struktur in Polen, in: Europa Regional 7/1999, S. 33-44
- Deutsche Bundesstiftung Umwelt (o.J.): Energieökologische Modellstadt Ostritz-St. Marienthal, Informationsbroschüre, Osnabrück
- Diefenbacher et al. (1997): Nachhaltige Wirtschaftsentwicklung im regionalen Bereich, Heidelberg
- Elsing, Stefan (1999): Strukturfonds der Europäischen Union – Vorbereitung der zehn Beitrittsländer in Mittel- und Osteuropa, in: Raumplanung 85, 1999 Seite 113-117
- Eser, Thimo (1998): Räumliche Auswirkungen der geplanten Osterweiterung auf die Regionen der EU, in: Informationen zur Raumentwicklung 9.1998, S. 587-607
- Eser, Thimo, Hallet, Martin (1993): Der mögliche Beitrag der EU-Regionalpolitik bei einer EU-Erweiterung der EG – Hilfe oder Hindernis?, in: Osteuropa-Wirtschaft 38. Jg., 3/1993, S. 195-217
- Eser, Thimo, Sauerborn, Klaus, Tischer, Martin (2000): The Interactive Project Selection Procedure (ISPS) – from arbitrariness via technocracy to process orientation, TAURUS-Diskussionspapier 6, Trier
- Europäische Kommission (1997): Praktisches Handbuch zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, Gronau
- Europäische Kommission (2000): Strukturpolitische Maßnahmen 2000-2006 – Kommentare und Verordnungen, Luxemburg
- European Commission (1998): A Handbook on Environmental Assessment of Regional Development Plans and EU Structural Funds Programmes, London
- European Commission (1999a): European Union assistance for regional development: A brief guide for future Member States, Luxemburg
- European Commission (1999b): Evaluating socio-economic programmes, Volume 3: Principle evaluation techniques and tools, Luxemburg
- European Commission (1999c): Evaluating socio-economic programmes, Volume 5: Transversal evaluation of impacts on the environment, employment and other intervention priorities, Luxemburg

- Euroregion Pomerania (1999): Grenzüberschreitendes Entwicklungs- und Handlungskonzept der Euroregion Pomerania für den Zeitraum 2000 – 2006, Löcknitz
- Euroregion Pro Europa Viadrina Mittlere Oder e.V. (1999): Konzept Viadrina 2000, Frankfurt (Oder)/Gorzów Wlkp.
- Euroregion Spree-Neiße-Bober e.V. (1999): Entwicklungs- und Handlungskonzept der Euroregion Spree-Neiße-Bober, Guben
- Foißner, Peter (2000): Endogene Entwicklung in peripheren Regionen: Möglichkeiten der Aktivierung endogener Potenziale in der Region Vorpommern, in: Raumforschung und Raumordnung 2-3/2000, S. 297-306
- Foschepoth, Josef (1995): Potsdam und danach – Die Westmächte, Adenauer und die Vertriebenen, in: Benz, Wolfgang (Hrsg.): Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten, Frankfurt (Main), Seite 86-113
- Freiherr von Malchus (1996a): Grenzüberschreitende Zusammenarbeit als wichtige Voraussetzung für die europäische Integration aus europäischer Sicht – eine Einführung, in: Akademie für Raumforschung und Landesplanung: Planerische und raumordnerische Betrachtung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit aus polnischer und deutscher Sicht, Arbeitsmaterial Nr. 232, Hannover, S. 1-19
- Freiherr von Malchus (1996b): Entwicklung der staatlich-regionalen grenzüberschreitenden Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Raumordnung und Regionalpolitik zwischen Deutschland und Polen, in: Akademie für Raumforschung und Landesplanung: Planerische und raumordnerische Betrachtung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit aus polnischer und deutscher Sicht, Arbeitsmaterial Nr. 232, Hannover, S. 28-56
- Freiherr von Malchus (1996c): Regional-kommunale Zusammenarbeit in den vier grenzüberschreitenden Regionen an der deutsch-polnischen Grenze an Oder und Neiße, in: Akademie für Raumforschung und Landesplanung: Planerische und raumordnerische Betrachtung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit aus polnischer und deutscher Sicht, Arbeitsmaterial Nr. 232, Hannover, S. 28-56, S. 57-77
- Friedrich-Ebert-Stiftung (1999): Three Polands: The Potential for and Barriers to Integration with the European Union – EU-monitoring III, Warszawa
- Gemeinde Criewen (o.J.): Criewen – Ein Dorf im Park der Uckermark, Informationsbroschüre, o.O.
- Górka, Kazimierz (1999): Environmental Problems and Local Regionalism in Eastern Europe, in: EMERGO – Journal of Transforming Economies and Societies, Vol. 6, No. 3, 1999, S. 79-105
- Gozelak, Grzegorz (1998): Regional and local potential for transformation in Poland, Warsaw
- Grimm, Frank-Dieter (1996): Diskrepanzen und Verbundenheiten zwischen den deutschen, polnischen und tschechischen Grenzregionen an der Lausitzer Neiße („Euroregion Neiße“), in: Europa Regional 1/1996, S. 1-14
- Groß, Bernd (1994): Europas kooperierende Regionen: Rahmenbedingungen und Praxis transnationaler Zusammenarbeit deutscher Grenzregionen in Europa, Baden-Baden
- Häußermann, Hartmut, Siebel, Walter (1989): Szenarien zur Stadtentwicklung – Zwischen hohen Ansprüchen und bescheidener Praxis, in: Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung (Hrsg.): Szenarien in der Stadtentwicklung, Dortmund, S. 13-26
- Holtzmann, Hans-Dieter (1997): Regionalpolitik der Europäischen Union in theoretischer und empirischer Sicht, Berlin
- IBA Vorbereitungsgesellschaft mbH (1999): Internationale Bauausstellung (IBA) Fürst-Pückler-Land 2000 bis 2010, Großbräschen
- Institut für Stadtentwicklung und Wohnen des Landes Brandenburg (1996): Stadtentwicklung im Grenzraum Brandenburg – Polen, Beiträge zu Stadtentwicklung und Wohnen im Land Brandenburg, Schriftenreihe 3 – 96, Potsdam
- Institut für Management-, Markt- und Medieninformation (2000): Länderanalyse Polen, Frankfurt (Main)

- Institute of Physical Planning and Municipal Economy (1998): Polish space in european integration and transborder co-operation, Warsaw
- Kanatschnig, D., Fischbacher, Ch., Schmutz, P. (1999): Regionalisierte Raumentwicklung – Möglichkeiten zur Umsetzung einer Nachhaltige Raumentwicklung aus regionaler Ebene, Wien
- Kistenmacher, Hans, Mangels, Kirsten (2000): Regionalmanagement als Motor für eine nachhaltige Raumentwicklung?, in: Raumforschung und Raumordnung 2-3/2000, S. 89-102
- Kommission der Europäischen Gemeinschaften (2000): Interreg III – Mitteilung der Kommission an die Mitgliedstaaten, Brüssel
- Kommunalgemeinschaft Euroregion Pomerania (1999): Grenzüberschreitendes Entwicklungs- und Handlungskonzept der Euroregion Pomerania für den Zeitraum 2000 – 2006, Löcknitz
- Krätke, Stefan (1998): Problems of cross-border regional integration – The case of the German-Polish border area, in: European Urban and Regional Studies 1998 5 (3), S. 249-262
- Kunzmann, Klaus R. (1996): Euro-magalopolis or Themepark Europe? Scenarios for European Spatial Development, Reprint aus: International Planning Studies Vol 1, No. 2, (1996) Journals Oxford Ltd., S. 143-163
- Ministerium für Wirtschaft und Mittelstand, Technologie und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen (1999): NRW in Europa Band 11 – Untersuchung des Nachhaltigkeitsaspekts beim NRW-EU-Programm Ziel-2 für die Jahre 1997-1999, Trier
- Ministry of Economy (1999): Poland - Preliminary National Development Plan 2000-2002, Warsaw
- Miosga, Manfred (1999): Europäische Regionalpolitik in Grenzregionen – Die Umsetzung der Interreg-Initiative am Beispiel des nordrhein-westfälisch-niederländischen Grenzraums, Passau
- Morhard, Bettina (1999): Institutionell-politische, grenzüberschreitende Kooperation in der deutsch-polnischen Grenzregion: eine Bilanz und Ausblick der Förderpraxis für INTERREG und PHARE CBC (1994-1999 und 2000-2006), unveröffentlichtes Vortragsmanuskript, Frankfurt (Oder)
- PARR (Polnische Agentur für die Regionale Entwicklung) (o.J.), Informationsbroschüre, Warszawa
- Peters et al. (1996): Nachhaltige Regionalentwicklung – ein neues Leitbild für eine veränderte Struktur- und Regionalpolitik, Trier
- Raumordnungsgesetz (ROG) vom 18.8.1997 (BGB1. I S. 2081), verkündet als Art. 2 des Bau- und Raumordnungsg 1998 (BauROG) v. 18.8.1997 (BGB1. I S. 2081)
- Regionaler Planungsverband Vorpommern (2000): Strukturkonzept zur nachhaltigen Entwicklung der Insel Usedom-Wolin – Studie zur grenzübergreifenden Planung, Berlin
- Regionalverband Mostviertel – Eisenwurzten (2000): Mosteisen – Informationsblatt Herbst 2000, Informationsbroschüre, Amstetten
- Sartorius, Withold (1997): Strategien zur Bewältigung der sektoralen und regionalen Strukturprobleme in Polen, in: Transformation – Leipziger Beiträge zu Wirtschaft und Gesellschaft, Nr. 6 Aug. 1997, S. 117-141
- Schätzl, Ludwig (1998): Wirtschaftsgeographie 1, Paderborn
- Schmidt, Klaus-Dieter (1999): The German-Polish border belt: Bridge or barrier on the route to new Europe? in: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): The changing map of Europe – The trajectory Berlin-Poznań-Warsaw, Warszawa 1999, Seite 21-33
- SRL Vereinigung für Stadt-, Regional- und Landesplanung e.V. (1999): 3rd Biennial of Towns and Town Planners in Europe, Berlin
- Stadt Guben (1998): Modellprojekt Eurostadt Guben-Gubin, Informationsbroschüre, Guben
- Stadt Guben, Stadt Gubin (1998): Räumliches Strukturkonzept Eurostadt Guben-Gubin, Guben/Gubin
- Stadt Ostritz-St Marienthal (2000): Umwelt- und Naturschutz, Informationsbroschüre, Ostritz
- Städte Ślubice und Frankfurt (Oder) (1998): Gemeinsamer Umweltbericht Frankfurt (Oder) – Ślubice 1998, Frankfurt (Oder) und Ślubice

- Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen Kamenz, Statistisches Amt Jelenia Góra und Tschechisches Statistisches Amt, Bereich Liberec (1998): Jahrbuch der Euroregion Neiße-Nisa-Nysa 1998, Kamenz, Jelenia Góra, Liberec
- Strzelecki, Zbigniew (1999): Strategic goals of economic, spatial and regional policy and the trajectory Berlin-Poznań-Warsaw, in: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): The changing map of Europe – The trajectory Berlin-Poznań-Warsaw, Warszawa, S. 87-91
- Szlachta, Jacek (1998): Polish regional development policy at the turn of the 21th century, in: Foundation for Economic Education :Regional Development and Policies in Transforming Economies, Katowice 1998, Seite 159-172
- Thierstein, A., Walser, M. (1996): Stein der Weisen oder Mogelpackung? – Sustainable Development als Strategie für Regionen, in: DISP Nr. 125. Jg. 1996, S. 10-17
- Tillkorn, Erich (1998): Chancen und Probleme grenzüberschreitender Regionalplanung, in: Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung: Zukunftsfähiger Grenzraum im zusammenwachsenden Europa, Dortmund, S. 15-20
- Umweltbundesamt (1998): Nachhaltiges Deutschland – Wege zu einer dauerhaft umweltgerechten Entwicklung, Berlin
- Vorauer, Karin (1997): Europäische Regionalpolitik – Regionale Disparitäten: Theoretische Fundierung, empirische Befunde und politische Entwürfe, Passau
- Władza Wdrażająca Program Współpracy Przygranicznej Phare (o.J.): Phare Cross Border Cooperation Programme, Informationsbröschüre, Warszawa

Konsultierte Webseiten

- Aachener Gesellschaft für Innovation und Technologietransfer mbH, Webseite 1: <http://www.agit.de/Reguionalkonferenz/organisation.htm>, konsultiert am 12.12.2000
- Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, Webseite 1: <http://www.zukunftsregionen.de.htm>, konsultiert am 16.01.2001
- Bürgerconsulting.de i.G., Webseite 1: <http://www.wissen-regional.de>, konsultiert am 10.01.2001
- Deutsch-Polnische Wirtschaftsentwicklungsgesellschaft mbH: Webseite 1: http://www.viadrina.eu-frankfurt-o.de/~fbev/bruecke/2_5.htm, konsultiert am 18.11.2000
- Europäische Kommission: Webseite 1: http://www.europa.eu.int/comm/enlargement/pas/phare/pt/cbc/spf/spf_intro.htm, konsultiert am 01.11.2000
- Europäische Kommission, Webseite 2: <http://www.europa.eu.int/scadplus/leg/de/lvb/l60013.htm>, konsultiert am 29.10.2000
- Europäische Kommission, Webseite 3: <http://www.europa.eu.int/scadplus/leg/de/lvb/l60014.htm>, konsultiert am 29.10.2000
- Geschäftsstelle der Regionalen Innovationsstrategie Weser-Ems, Webseite 1: <http://www.ris-weser-ems.de.htm>, konsultiert am 09.01.2001
- IBA Vorbereitungsgesellschaft mbH, Webseite 1: <http://www.iba-fuerst-pueckler-land.de.htm>, konsultiert am 18.11.2000
- Land Brandenburg, Webseite 1: <http://www.brandenburg.de/land/mdf/pm/criewen.htm>, konsultiert am 28.11.2000
- Land Brandenburg, Webseite 2: <http://www.brandenburg.de/land/mi/stiftung/umwelt/odertal.htm>, konsultiert am 28.11.2000
- Landkreis Bergstraße, Webseite 1: <http://www.kreis-bergstrasse.de/agenda21/agenda21-regional.htm>, konsultiert am 12.12.2000
- Landkreis Niederschlesische Oberlausitz, Website 1: http://www.nol-kreis.de/ak3_1999.htm, konsultiert am 04.01.2001

- Landkreis Rottal-Inn, Webseite 1: http://www.rottal-inn.de/twist/reg_management/projektumsetzung.htm, konsultiert am 01.02.2001
- Regionalverband Mostviertel, Webseite 1: <http://www.mostviertel.at.htm>, konsultiert am 10.01.2001
- Stadt Magdeburg, Webseite 1: http://www.magdeburg.de/Wirtschaft_Verkehr/RKM1.htm, konsultiert am 12.12.2000
- Stadt Ostritz-St. Marienthal, Webseite 1: <http://www.ostritz-st-marienthal.de/proj09.htm>, konsultiert am 28.11.2000
- Stadt Warendorf, Webseite 1: <http://www.warendorf.de/veranstaltung/regionale.htm>, konsultiert am 09.01.2001
- Statistisches Bundesamt, Webseite 1: <http://www.statistik-bund.de/basis/d/erwerb/erwerbtxt.htm>, konsultiert am 06.12.2000
- Universität Leipzig, Webseite 1: <http://www.uni-leipzig.de/ifl.htm>, konsultiert am 12.12.2000
- Verband Region Stuttgart, Webseite 1: <http://www.region-stuttgart.org/vrs/index.html>, konsultiert am 12.12.2000
- VTI Saalfeld e.V., Webseite 1: <http://www.saalebogen.de/forum/agenda.htm>, konsultiert am 12.12.2000

Kartengrundlagen

- Polskie Przedsiębiorstwo Wydawnictw Kartograficznych, S.A. (1999): Polska mapa administracyjna, Warszawa
- RV Verlag-Karte (o.J.): Euro Cart D – A – CH 1:300.000, Berlin, Gütersloh, Leipzig, München, Potsdam/Werder, Stuttgart
- Euroverlag (1997): Euroregion Spree-Neiße-Bober, Cottbus

Schriftliche Auskünfte

- Schriftliche E-Mail-Auskunft Dr. Mende, Amt für Umwelt und Naturschutz Stadt Frankfurt (Oder), vom 04.12.2000
- Schriftliche Auskunft von Dr. Schlitt, Direktor des Internationalen Bildungszentrums St. Marienthal in Ostritz, vom 08.12.2000

Anhang

Gesprächsleitfaden für die Expertengespräche in den Euroregionen

- Wie schätzen Sie die Instrumente Interreg A und Phare der EU-Strukturpolitik im Hinblick auf die Förderung einer nachhaltigen Regionalentwicklung in ihrer Euroregionen ein?
- Wie schätzen Sie die Zukunftsperspektiven für ihre Euroregion auf beiden Seiten der Grenze ein, im Hinblick auf eine ökonomisch, sozial und ökologisch ausgewogene Regionalentwicklung?
- Was denken Sie sind die Variablen dabei? Von was hängt das Wohl oder Weh in der Grenzregion ab? Sind es eher planerisch steuerbare Faktoren wie Struktur- und Regionalpolitik, Wirtschaftsförderung oder sind es eher externe Faktoren?
- Wie geht die Auswahl von zu fördernden Projekten in ihrer Euroregion vonstatten? Gibt es klare Prioritäten bei der Auswahl der Projektvorschläge?
- Wie läuft die Projektkoordination und der Ablauf der Projektförderung?

Gesprächsleitfaden für die Expertengespräche mit den Projektträgern

- Wie ist der derzeitige Stand bei der Förderung des Projekts X?
- Wie bewerten sie die Förderung über das Programm Interreg A/Phare CBC?
- Wie lief/läuft die Projektkoordination mit der zuständigen Euroregion und weiteren Akteuren?
- Unterstützt das Projekt X ihrer Meinung nach eine nachhaltige Regionalentwicklung in der Euroregion?

Gesprächspartner

Euroregion Neiße, Herr Watterott, Geschäftsführer, am 28.09.2000 in Zittau

Euroregion Pomerania, Herr Wulf, Koordinator Interreg, am 25.09.2000 in Löcknitz

Euroregion Pro Europa Viadrina, Herr Jakob, Geschäftsführer, am 21.09.2000 in Frankfurt (Oder)

Euroregion Spree-Neiße-Bober, Frau Klandt, am 27.09.2000 in Guben

Projekt Deutsch-Polnisches Umweltschulungszentrum Criewen, Frau Pötter, Geschäftsführerin, Internationalpark Unteres Odertal gGmbH - Gesellschaft für Umweltbildung und Naturschutz, am 26.09.2000 in Criewen

Projekt Gemeinsamer Umweltbericht Frankfurt (Oder) – Słubice, Frau Menzel, Amt für Umwelt und Naturschutz Stadt Frankfurt (Oder), am 21.09.2000 in Frankfurt (Oder)

Projekt Internationales Begegnungszentrum St.-Marienthal, Herr Ebermann, Stadt Ostritz-St. Marienthal, am 28.09.2000 in Ostritz

Projekt Räumliches Strukturkonzept Eurostadt Guben-Gubin, Frau Richter, Amtsleiterin, Wirtschafts- und Planungsamt Guben, am 27.09.2000 in Guben

Interreg- und Phare CBC-geförderte Projekt in der Euroregion Spree-Neiße-Bober

Interreg-geförderte Projekte

Kläranlage Guben/Gubin
 Kläranlage Spremberg
 Kläranlage Cottbus
 Euroforst Peitz/Zielona Góra
 Staffellauf Cottbus-Zielona Góra
 Kartierung/Kennzeichnung von Wanderwegen in der Gemeinde Burg
 Revitalisierung Gubener Mühle
 Forschungsvorhaben Stahlsilos, BTU Cottbus
 Koordinierungsbüro der Euroregion
 Hundert Begegnungen beiderseits der Grenze
 Poetendampfer
 Schüler- und Jugendaustausch Cottbus-ZielonaGóra
 Spotkania heißt Begegnung – Polnische AG in Grundschulen
 Bau von zwei Otterpassagen in Cottbus
 Bau der Haupterschließungsstraße Gewerbegebiet Cottbus Südeck
 Multi-Media-Assistent für KMU
 Umbau Sportgelände Priorgrabe Cottbus
 Lean Mangement in Sanierungsgebieten
 Kinder- und Jugenddorf Forst
 Straßenbau- und –beleuchtung in Groß Gastrose
 Errichtung Marktplatz Großsee in Peitz
 Grüner Ring Guben-Gubin
 Straßenanbindung Museum Guben
 Rosengarten Forst
 Branchenkonzept Technologie Cottbus
 Deutsch-Polnisches Touristenleitsystem
 Entwicklungsstrategie grenzüberschreitender Tourismus
 Rekonstruktion H. Löns-Weg in Spremberg
 Kreisstraße 7114 Bräsinschen/Neuhausen
 Erschließungsstraße Gewerbegebiet Peitz
 Wiederbelebung des traditionellen Ortskerns Cottbus-Ströbitz
 Einrichtung einer Kunstschmiede in Groß Gastrose
 Anschaffung eines Mobilkrans in Groß Gastrose
 Deutsch-Polnisches Modellprojekt Textil
 Beschäftigungsprojekt Tierhaltung
 Strukturkonzept Guben-Gubin
 Wasserwandern Spree
 Öko-Teams
 Holzheizkraftwerk Groß Gastrose
 Raumflugplanetarium Cottbus – Anschaffung einer Projektionsanlage
 Stadtmarketingkonzept Guben/Gubin
 Mehrzweckhalle Forst
 Europaschule Guben
 Tandemralley Peitzer Land
 Vervielfältigung raumordnerischer Grundlagenkarten
 Bau des Schmutzwasserkanals Forst-Noßdorf III

Ausstattung Stadtbibliothek Guben
 Umbau Sportgelände Cottbus
 Ortsverbindung Cottbus-Wilschwitz
 Deutsch-Polnisches Eurozentrum Guben
 Stauseestraße Bagenz
 Ausbau der Gubener Straße in Forst, 2. Bauabschnitt
 Umwelt- und Katastrophenschutz
 Erneuerung Muckrower Weg in Hornow
 Straßenbau Jahnstraße/Weberstraße Forst
 Erschließungsstraße HKW Cottbus
 Straßenbau Dorfstraße in Taubendorf
 Straßenbau Albertineräue Groß Gastrose

Phare CBC-geförderte projekte

Kläranlage Guben-Gubin
 Kläranlage in Krosno Odrzańskie
 Kläranlage in Łęknica
 Kläranlage in Żagań
 Kläranlage in Zielona Góra
 Euroforst Peitz/Zielona Góra
 Umgehungsstraßen in Jasień, Żary, Szprotowa und Wolsztyn
 Mülldeponien in Buczyn und Goznica
 Abwassernetz in Nowogród, Bobrowice und Lagów
 Straße zum Grenzübergang zum Grenzübergang Gubinek
 Straße zum Grenzübergang in Zasieki/Przewóz
 Konversion der Militärfächen in Zasieki
 Präsentation Öko-Tourismus
 Planung der Fahrradwege in der Euroregion
 Bau einer Brücke in Szrotowa
 Modernisierung der Kläranlage in Nowa Sól
 Müllverbrennungsanlage in Zielona Góra
 Behindertenfestival in Lubsko
 Sanierung Musikzentrum Zielona Góra
 Sanierung Internationales Jugendzentrum in Drzonków



Praxis Kultur- und Sozialgeographie

Herausgegeben von Prof. Dr. Wilfried Heller (Potsdam) und Prof. Dr. Hartmut Asche (Potsdam)
in Verbindung mit apl. Prof. Dr. Hans-Joachim Bürkner (Erkner)

Federführender Herausgeber: Prof. Dr. Wilfried Heller

Schriftleitung: Dr. Waltraud Lindner

Zielsetzung:

Die Reihe "Praxis Kultur- und Sozialgeographie" soll ein Forum vor allem für Beiträge folgender Art sein:

- methodisch und thematisch besonders interessante Diplomarbeiten und andere wissenschaftliche Hausarbeiten von Hochschulabsolventen
- Arbeitsberichte über Lehrveranstaltungen (z.B. Geländepraktika und Exkursionen)
- Diskussionspapiere und Forschungsmittelungen in Form von Berichten aus der "Forschungswerkstatt".

Bisher erschienen sind:

- Heft 1 **SÖHL, I.: Zur Stadterneuerung in der Bundesrepublik Deutschland.** Bauliche und sozialstrukturelle Änderungen in Altbauvierteln am Beispiel der Göttinger Südstadt. 1988. 97 S. DM 12,-
- Heft 2 **Alternative Ökonomie - Modelle und Regionalbeispiele.** Inhalt: **SPERSCHNEIDER, W.: Alternative Ökonomie und selbstverwaltete Betriebe** - eine Strukturanalyse im südlichen Niedersachsen; **UHLENWINKEL, A.: Alternativökonomie in der Region Bremen** - zwischen endogenem Potential und neuen regionalen Wirtschaftsstrukturen. 1988. 162 S. DM 18,-
- Heft 3 **FELGENTREFF, C.: Egerländer in Neuseeland.** Zur Entwicklung einer Einwandererkolonie (1863 - 1989). 1989. 48 S. DM 8,-
- Heft 4 **KOBERNUSS, J.-F.: Reiseführer als raum- und zielgruppenorientiertes Informationsangebot.** Konzeption und Realisierung am Beispiel Kulturlandschaftsführer Lüneburger Heide. 1989. 123 S. Beilage: Lüneburger Heide - Begleiter durch Kultur & Landschaft. DM 17,-
- Heft 5 **STAMM, A.: Agrarkooperativen und Agroindustrie in Nicaragua.** Entwicklung zwischen Weltmarkt und bäuerlicher Selbsthilfe. 1990. 98 S. DM 12,-
- Heft 6 **HELLER, W. (Hrsg.): Albanien 1990.** Protokolle und thematische Zusammenfassungen zu einem Geländekurs des Geographischen Instituts der Universität Göttingen. 1991. 87 S. DM 14,-
- Heft 7 **SCHROEDER, F.: Neue Länder braucht das Land!** Ablauf und Umsetzung der Länderbildung in der DDR 1990. 1991. 90 S. DM 15,-
- Heft 8 **EBERHARDT, W.: Die Sonderabfallentsorgung in Niedersachsen.** Fakten, Probleme und Lösungsansätze. 1992. 194 S. DM 30,-
- Heft 9 **HOFMANN, H.-J. / BÜRKNER, H.-J. / HELLER, W.: Aussiedler - eine neue Minorität.** Forschungsergebnisse zum räumlichen Verhalten sowie zur ökonomischen und sozialen Integration. 1992. 83 S. DM 15,-
- Heft 10 **SCHLIEBEN, C. v.: Touristische Messen und Ausstellungen** - ihre Nutzung als Marketinginstrumente durch Fremdenverkehrsorganisationen. 1993. 121 S. DM 18,-
- Heft 11 **FRIELING, H.-D. v. / GÜSSEFELDT, J. / KOOPMANN, J.: Digitale Karten in GIS.** 1993. 74 S. DM 15,-
- Heft 12 **OHMANN, M.: Der Einsatz von Solaranlagen in öffentlichen Freibädern in der Bundesrepublik Deutschland.** Realisierbarkeit und Wirtschaftlichkeit am Beispiel des Wellen- und Sportbades Nordhorn. 1995. 152 S. DM 20,-

- Heft 13 **HELLER, W. (Hrsg.): Identität - Regionalbewußtsein - Ethnizität.** Mit Beiträgen von Wolfgang Aschauer, Stefan Buchholt, Gerhard Hard, Frank Hering, Ulrich Mai und Waltraud Lindner.
Teil 1:
ASCHAUER, W.: Identität als Begriff und Realität.
HARD, G.: „Regionalbewußtsein als Thema der Sozialgeographie.“ Bemerkungen zu einer Untersuchung von Jürgen Pohl.
Teil 2:
BUCHHOLT, S.: Transformation und Gemeinschaft: Auswirkungen der „Wende“ auf soziale Beziehungen in einem Dorf der katholischen Oberlausitz.
HERING, F.: Ländliche Netzwerke in einem deutsch-sorbischen Dorf. Eine sozialgeographische Untersuchung.
MAI, U.: Persönliche Netzwerke nach der Wende und die Rolle von Ethnizität: Die Sorben in der ländlichen Lausitz.
LINDNER, W.: Ethnizität und ländliche Netzwerke in einem niedersorbischen Dorf der brandenburgischen Niederlausitz nach der Wiedervereinigung beider deutscher Staaten.
1996. 152 S. DM 20,-
- Heft 14 **PAPE, M.: Obdachlosigkeit in Ost- und Westdeutschland im Vergleich.** Dargestellt am Beispiel der Städte Nordhausen und Northeim. 1996. 105 S. DM 18,-
- Heft 15 **BÜRKNER, H.-J. / KOWALKE, H. (Hrsg.): Geographische Grenzraumforschung im Wandel.**
Inhalt:
BÜRKNER, H.-J.: Geographische Grenzraumforschung vor neuen Herausforderungen - Forschungskonzeptionen vor und nach der politischen Wende in Ostmitteleuropa
MAIER, J. / WEBER, W.: Grenzüberschreitende aktivitäts- und aktionsräumliche Verhaltensmuster im oberfränkischen Grenzraum vor und nach der Wiedervereinigung
JURCZEK, P.: Möglichkeiten und Schwierigkeiten der grenzüberschreitenden Entwicklung sowie Formen der grenzübergreifenden Kooperation im sächsisch-bayerisch-tschechischen Dreiländereck
STRYJAKIEWICZ, T.: Euroregionen an der deutsch-polnischen Grenze und Probleme der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit
ASCHAUER, W.: Systemwandel und Grenzöffnung als Faktoren der Regionalentwicklung - das Beispiel der ungarisch-österreichischen Grenzregion
KOWALKE, H.: Themen und Perspektiven der „neuen“ Grenzraumforschung
1996. 82 S. DM 15,-
- Heft 16 **OBST, Andreas: Bürgerbeteiligung im Planungsprozess.** Qualitative Untersuchungen zu Problemen der Dorferneuerung. 1996. 116 S. DM 18,-
- Heft 17 **KUHR, Jens: Konzeption eines Geographischen Reiseführers als zielgruppenorientiertes Bildungsangebot.** 1997. 204 S. DM 26,-
- Heft 18 **MOTZENBÄCKER, Sabine: Regionale und globale Verflechtungen der biotechnologischen Industrie Niedersachsens.** 1997. 158 S. DM 22,-
- Heft 19 **TÖDTER, Sven: Car-Sharing als Möglichkeit zur Reduzierung der städtischen Verkehrsbelastung.** Eine vergleichende Untersuchung des Nutzer- und Anforderungsprofils des „stadt-teil-autos“ in Göttingen. 1998. 71 S. DM 15,-
- Heft 20 **ASCHAUER, Wolfgang / BECKER, Jörg / FELGENTREFF, Carsten (Hrsg.): Strukturwandel und Regionalbewußtsein.** Das Ruhrgebiet als Exkursionsziel. 1999. 108 S. DM 20,-
- Heft 21 **FELGENTREFF, Carsten, HELLER, Wilfried (Hrsg.): Neuseeland 1998.** Reader zur Exkursion des Instituts für Geographie der Universität Potsdam mit den Schwerpunkten Migration und Restrukturierung / Deregulierung. Mit Beiträgen von Monika Bock, Lars Eggert, Anja Farke, Tanja Gärtig, Matthias Günther, Thomas Hahmann, Christian Heilers, Anke Heuer, Annkathrin Jakobs, Heinrich Kanstein, Katrin Kobus, Michael Ksinsik, Carmen Liesicke, Tilly Müller, Jörg Pasch, Antje Schmallowsky, Olaf Schröder, Alexander Spieß, Bettina Wedde, Markus Wolff. 1999. 238 S. DM 30,00
- Heft 22 **KRUSE, Jörg / LERNER, Markus: Jüdische Emigration aus der ehemaligen Sowjetunion nach Deutschland. Aspekte eines neuen Migrationssystems.** 2000. 150 S. DM 25,00

- Heft 23 **HELMS, Gesa: Glasgow – the friendly city. The safe city.** An agency-orientated enquiry into the practices of place-marketing, safety and social inclusion. 2001. S. 126 DM 25,00 ISBN 3-935024-21-5
- Heft 24 **BEST, Ulrich / GEBHARDT, Dirk: Ghetto-Diskurse.** Geographien der Stigmatisierung in Marseille und Berlin. 2001. S. 177 DM 29,00 DM ISBN 3-935024-24-X
- Heft 25 **KNIPPSCHILD, Robert: Die EU-Strukturpolitik an Oder und Neiße.** Chancen einer nachhaltigen Regionalentwicklung in der Grenzregion mit dem EU-Beitrittskandidaten Polen. 2001. 107 S. DM 20,00 DM ISBN 3-935024-32-0

Bezugsadressen:

Universität Potsdam
Universitätsbibliothek
Publikationsstelle
Postfach 60 15 53
14415 Potsdam
Tel.: 49 (0331) 977-4517
Fax: 49 (0331) 977-4625
E-mail: baumann@info.ub.uni-potsdam.de

Universität Potsdam
Institut für Geographie
Dr. W. Lindner
Postfach 60 15 53
14415 Potsdam
Tel.: 49 (0331) 977-2287
Fax: 49 (0331) 977-2717
E-mail: lindnerw@rz.uni-potsdam.de

ISBN 2-935024-32-0
ISSN 0934-716X